

Balch: Hilfskassen

II

3146



EIGENTUM  
DES  
INSTITUTS  
FÜR  
WELTWIRTSCHAFT  
KIEL

---

BIBLIOTHEK

---

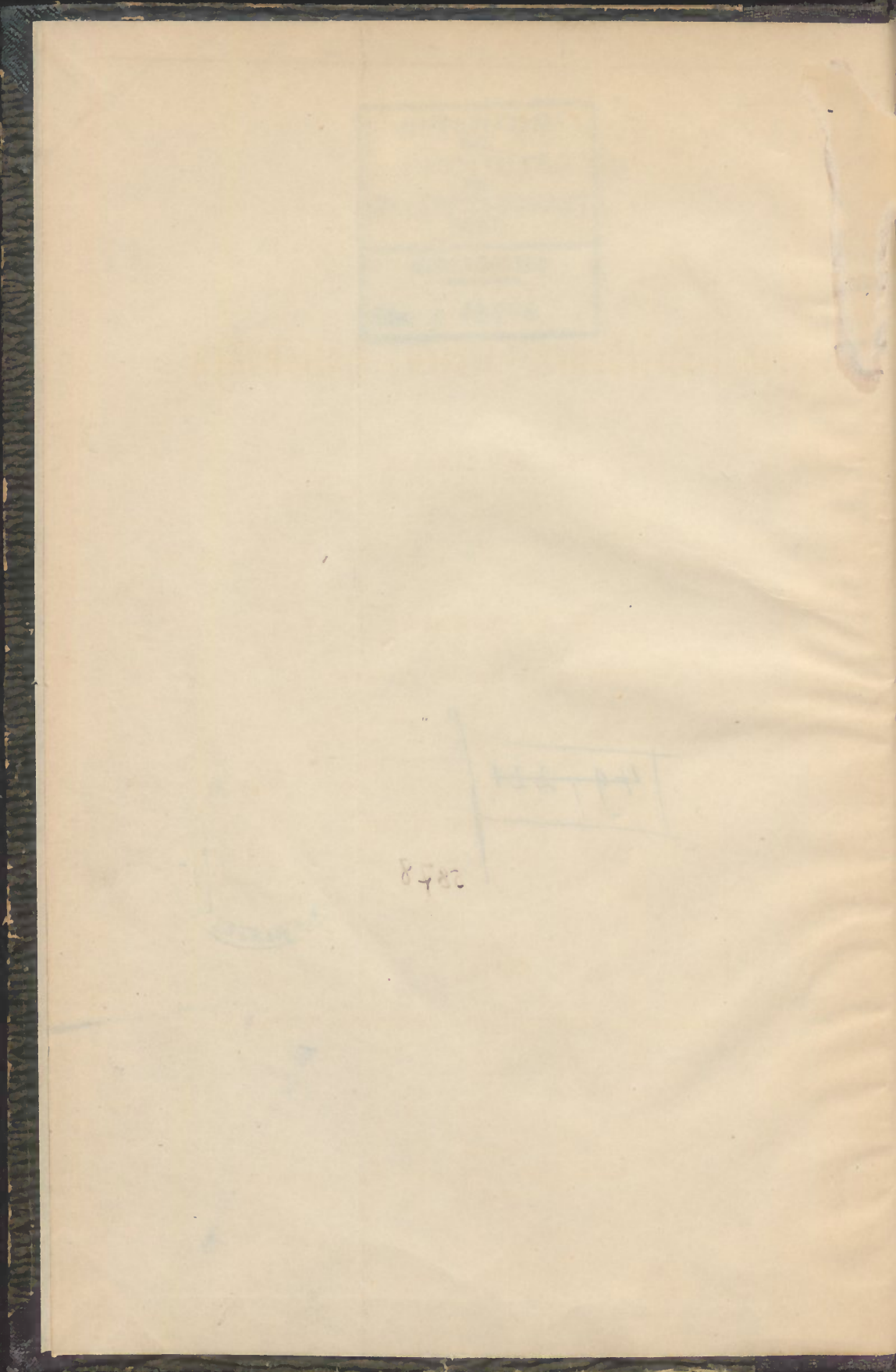
Nr. II 13146

Die  
eingetragenen (freien) Hilfskassen

49,224

5878





# Die eingeschriebenen (freien) Hilfskassen

systematisch dargestellt

von

**C. W. A. Bald,**

Großherzogl. Medlbg. Geh. Finanzrath.

5878

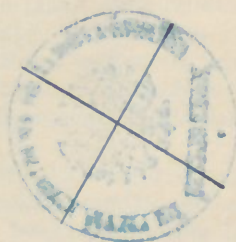
Wismar.

In Commission der Hinstorff'schen Hofbuchhandlung Verlagscompt.

Schwerin.

Druck der Herberger'schen Buchbruderel.

1886.







# V o r w o r t.

Auf dem weiten Gebiete der Krankenversicherung behaupten die eingeschriebenen (freien) Hilfsklassen einen hervorragenden Platz, und der Wettstreit zwischen ihnen und den neuen Einrichtungen des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883 ist noch immer nicht entschieden. Wegen der ihnen gelassenen freien Bewegung bieten sie daneben manche wechselnde und interessante Erscheinung, und auch die Gesetzgebung über dieselben ist keine einheitliche, sondern in mehrere, theilweis ziemlich lose zusammenhängende Publikationen zerstreuet. Dennoch ist ihre bisherige Literatur — abgesehen von der Besprechung einzelner wichtigerer Punkte, besonders in der „Arbeiterversorgung“ — über bloße Textausgaben mit Noten kaum hinausgekommen, denen aber ein übersichtliches und vollständiges Bild nicht entnommen werden kann. Ein solches hier zu zeichnen, habe ich versucht, wobei mir mehrjährige dienstliche Erfahrungen zur Seite standen. Als Form der Darstellung erscheint aber nur eine rein systematische, aus der Eintheilung und Reihenfolge der Gesetzesparagraphen losgelöste, die geeignetste.

Bestimmt ist auch diese Abhandlung für die weiteren Kreise, welche sich über die betreffenden Gesetze möglichst schnell unterrichten und dieselben sofort praktisch handhaben wollen, namentlich für die Verwaltungsbeamten, die Vorstände und Mitglieder der Kassen selbst, weniger für Juristen von Fach. Einer der letzteren — sein Name findet sich unter den Rechtsanwälten und Notaren zu Frankfurt a. M. — erscheint freilich hiervon bei Recension meiner vorjährigen Schrift über die „Krankenversicherung der Arbeiter“ in der „Kritischen Vierteljahrsschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft“ 1886 S. 305 wenig befriedigt; doch entgeht ihm wohl, daß jenen Allen mit vorwiegender Ausnahme juristischer Controversen nur wenig gebient sein kann. Eine berufene Feder aus der Mitte des Reichsversicherungsamtes selbst heißt dagegen im „Archiv für Deffentliches Recht“ 1886 S. 611 ff. jene Arbeit willkommen, mit ihr noch eine Anzahl bekannter Zeitschriften und Tagesblätter. Demnach hoffe ich den richtigen Weg eingeschlagen zu haben, um ein allgemeineres Verständniß dieser wichtigen Fragen anzubahnen und zu fördern.

Weil es von Werth ist, daß der Leser nicht allein die eingeschriebenen Hilfsklassen abgeschlossen für sich, sondern auch ihre vielen Gegensätze zu den Einrichtungen des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883 kennen lernt, habe ich letztere überall in den Text hineingesflochten. Im Uebrigen habe ich zur möglichen Einschränkung der Noten in diesen nur auf den reichen Inhalt der „Arbeiterversorgung“ (N.-B.) und ferner auf meine eigene vorgenannte Schrift dort Bezug genommen, wo sie stellenweise eingehender ist als andere bisher erschienene Commentare. Die in Parenthese stehenden Paragraphen im Texte selbst beziehen sich nur auf die gegenwärtige Abhandlung und erscheinen zu schnellerer Orientirung nützlich.

Schwerin, am 11. September 1886.

**Der Verfasser.**



## Inhalts-Übersicht.

	Seite.
§ 1. I. Die einschlagenden Gesetze . . . . .	1 bis 3.
§ 2. II. Gründung der eingeschriebenen Hilfskassen . . . . .	3 und 4.
III. Kassenstatut.	
§ 3. A. Bedeutung desselben . . . . .	4.
§ 4. B. Inhalt desselben . . . . .	4 bis 6.
§ 5. C. Errichtung desselben; Zulassung und Einschreibung der Kasse	6 und 7.
§ 6. D. Abänderung desselben . . . . .	8.
§ 7. IV. Zweck der eingeschriebenen Hilfskassen . . . . .	9.
§ 8. V. Name und Umfang derselben . . . . .	10.
§ 9. VI. Sitz derselben . . . . .	10.
§ 10. VII. Rechtliche Stellung derselben . . . . .	10 bis 12.
VIII. Erwerb und Anfang der Kassenmitgliedschaft; Eintritt.	
§ 11. A. Bedingungen und Voraussetzung . . . . .	12 bis 15.
§ 12. B. Verfahren . . . . .	15 und 16.
IX. Verlust und Ende der Kassenmitgliedschaft.	
§ 13. A. Durch unmittelbares Erlöschen . . . . .	16 und 17.
§ 14. B. Durch Austritt . . . . .	17 und 18.
§ 15. C. Durch Ausschluß . . . . .	18 bis 20.
§ 16. X. Kassenbeiträge . . . . .	20 bis 24.
XI. Unterstützungen.	
§ 17. A. Charakter und Verhältnisse derselben . . . . .	24 bis 26.
	B. Dauer, Art, Umfang derselben.
§ 18. AA. Nach Hilfskassen-Gesetz vom 7. April 1876 . . . . .	26 bis 29.
§ 19. BB. Nach Krankenversicherungs-Gesetz vom 15. Juni 1883	29 bis 38.
§ 20. CC. Nach Novelle vom 1. Juni 1884 . . . . .	38 bis 41.
§ 21. DD. Nach Unfallversicherungs-Gesetz vom 6. Juli 1884 . .	41 und 42.
§ 22. XII. Vermögen, Kasse, Rechnung . . . . .	42 bis 44.
XIII. Verwaltung, Organisation.	
§ 23. A. Vorstand . . . . .	45 bis 48.
§ 24. B. Ausschuß . . . . .	48.
§ 25. C. Generalversammlung . . . . .	48 bis 50.
§ 26. D. Vertikale Verwaltungsstelle . . . . .	50 bis 52.
XIV. Ende der eingeschriebenen Hilfskassen.	
§ 27. A. Durch Auflösung . . . . .	53 und 54.
§ 28. B. Durch Schließung . . . . .	54 und 55.
§ 29. XV. Beaufsichtigung; Strafen . . . . .	55 bis 57.
§ 30. XVI. Kassenverband . . . . .	57 und 60.



## § 1.

### I. Die einschlagenden Gesetze.

1) Hilfskassen — zur Unterstützung ihrer Mitglieder besonders in Krankheits- und Sterbefällen, seltener zur Altersversorgung sowie zur Gewährung von Pensionen an die Wittwen und Waisen derselben — haben schon seit einer Reihe von Jahren in den verschiedenen deutschen Ländern bestanden. Sie wurden gegründet durch unmittelbare Vorschrift des Landesrechts, durch Anordnung von Verwaltungsbehörden und Ortsstatut der Gemeinden, durch Zünfte, Innungen und Korporationen, Fabrikanten und größere Arbeitgeber, durch Vereine und einzelne Personen. Sie hatten theils Beitrittszwang, theils nicht, umfaßten bald nur selbstständige Gewerbetreibende, bald nur Arbeiter, zuweilen auch beide. Mannigfaltig wie ihr Ursprung, war auch ihre ganze Einrichtung und Bedeutung.

2) Mit der Neubildung des deutschen Reiches und dem Erwachen gemeinsamer gewerblicher Bestrebungen machte sich auch das Bedürfniß gleichmäßiger Organisation der Hilfskassen geltend. — Im § 140 der deutschen Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 wurde für die bestehenden Unterstützungskassen selbstständiger Gewerbetreibender der Beitrittszwang aufgehoben, neuen die Möglichkeit der Gewinnung juristischer Persönlichkeit durch höhere Genehmigung, falls letztere landesgesetzlich überhaupt nöthig war, verliehen. — Im § 141 jenes Gesetzes wurde ferner zwar die weitere Gültigkeit der landesgesetzlichen Anordnungen über die Hilfskassen für Gesellen, Gehülfen und Fabrikarbeiter, also für unselbstständige Mitglieder, bis zum Erlaß eines betreffenden allgemeinen Gesetzes ausgesprochen, gleichzeitig aber doch auch hier der Beitrittszwang jener aufgehoben, soweit sie nachweislich einer anderen Hilfskasse angehörten.

3) Im Reichsgesetz, dem sog. Hilfskassen-Gesetz, vom 7. April 1876 sind die Verhältnisse der sowohl für selbstständige als für unselbstständige Mitglieder (§ 11 III. 1) bestimmten Hilfskassen gleichmäßig geregelt und gewisse allgemeine Grundsätze, besonders auch über das Mindest- oder Meistmaaß der zu leistenden Unterstützungen (§ 18), aufgestellt, bei deren Genügnung diese Kassen eingeschriebene (§ 5 I.) und als solche ohne Weiteres mit juristischer Persönlichkeit begabt werden; die im Gegensatz zu ihnen willkürlich errichteten, sich der neuen Gestaltung nicht anschließenden und deshalb einer festen rechtlichen Stellung entbehrenden Hilfskassen werden wohl wilde genannt.

4) Zur Förderung solcher eingeschriebenen Hilfskassen wurde durch Reichsgesetz vom 8. April 1876 unter Aufhebung des unter 2) vorerwähnten § 141 der deutschen Gewerbeordnung den Gemeinden und größeren Kommunalverbänden die Befugniß verliehen, durch Ortsstatut sowohl jene für Gesellen, Gehülfen und Fabrikarbeiter anzuordnen, als auch gleichzeitig deren Beitrittszwang, soweit sie das 16. Lebensjahr zurückgelegt hatten und nicht bereits anderen eingeschriebenen Hilfskassen nachweislich angehörten (§ 18 II.), zu begründen; im Gegensatz zu ihnen hießen dann die freiwillig, aus eigenem Entschlusse der Betheiligten, besonders der Vereine, Genossenschaften und Privatpersonen (§ 2), und ohne Beitrittszwang errichteten eingeschriebenen Hilfskassen freie. — Zur Erleichterung des Beitrittszwanges für die davon Betroffenen



konnten deren Arbeitgeber durch Ortsstatut verpflichtet werden, die von ersteren zu zahlenden Kassenbeiträge bis zur Hälfte des verdienten Lohnes vorzuschießen, ja selbst eigene Zuschüsse bis zur Hälfte solcher Beiträge zu leisten, endlich auch die eintrittspflichtigen Arbeiter anzumelden. — Für diesen Fall hatte auch schon das vorerwähnte Reichsgesetz vom 7. April 1876 eine Reihe von Vorkehrungen getroffen, welche freilich bald wieder außer Anwendung gesetzt wurden. (Vgl. unten bei 7.)

5) Weil die an das Reichsgesetz vom 8. April 1876 geknüpften Erwartungen nicht erfüllt wurden, namentlich auch die Gemeinden und Verbände von der ihnen verliehenen Befugniß nur wenig Gebrauch machten, erging das Krankenversicherungs-Gesetz vom 15. Juni 1883. Anstatt der ortstatutarischen Freilassung hat dasselbe gewisse Krankenkassen-Einrichtungen bestimmt, welche unter allen Umständen für unselbstständige Arbeiter Platz greifen sollen, auch die Versicherungspflicht und den Beitrittszwang derselben — soweit sie nicht anderen, gehörig organisierten eingeschriebenen Hilfskassen angehören (§ 19) — erweitert; nur, wo das Bedürfniß der Krankenversicherung nicht eben dringend erschien, z. B. bei den Arbeitern in der Hausindustrie u. s. w., ist je nach den örtlichen Verhältnissen die Einführung durch bloßes Ortsstatut geblieben.<sup>1)</sup> Das Reichsgesetz vom 8. April 1876 ist völlig aufgehoben, findet weder auf die in Grundlage desselben oder schon früher errichteten älteren, noch auf die erst zu errichtenden Krankenkassen mit Beitrittszwang irgend welche Anwendung<sup>2)</sup> mehr, sondern diese alle unterliegen ausschließlich dem Krankenversicherungs-Gesetze. Diese Art eingeschriebener Hilfskassen hat also, zumal das Krankenversicherungs-Gesetz eine Einschreibung nicht kennt, völlig aufgehört, und jetzt werden nur noch die vorgenannten freien Hilfskassen unter solcher Bezeichnung verstanden. Nur solche bilden deshalb auch den Gegenstand dieser weiteren Abhandlung.

6) Auf letztere selbst und das Hilfskassen-Gesetz vom 7. April 1876 wirkt das Krankenversicherungs-Gesetz nur hinsichtlich der Meldepflicht (§ 14 II.) und der Mindestleistungen (§ 19). Dagegen hat es seinerseits manche Bestimmungen aus dem Hilfskassen-Gesetz in sich selbst aufgenommen, so namentlich betreffend die juristische Person (§ 10. 1), Haftung des Kassenvermögens (§ 10. 3), Zweck der Beiträge (§ 16. 2), ebenso der Ausgaben (§ 22. 3), Belegung der Gelber (§ 22. 4), Wahl, Anmeldung, Vertretung, Legitimation des Vorstandes (§ 23), Einschreiten des Gemeinde-Vorstandes bei nicht zu Stande gekommener Wahl des Vorstandes (§ 23 I.) oder der Generalversammlung (§ 25 I.), Vermögensverfügung bei Auflösung (§ 27 II.) und Schließung (§ 28 III.), Einreichung der Uebersichten (§ 29. 2), Bestrafung der Vorstände (§ 29. 4), Kassenverband (§ 30).

7) Von größerem Einfluß auf das Hilfskassen-Gesetz vom 7. April 1876 als das Krankenversicherungs-Gesetz ist die Novelle vom 1. Juni 1884, deren gehörige Durchführung vorgesehen ist (§ 6 II., § 28 II. 9). — Durch dieselbe sind in ersterem zunächst eine Reihe von Bestimmungen aufgehoben, welche mit Rücksicht auf das Reichsgesetz vom 8. April 1876 und die darin enthaltene Vor- und Zuschußpflicht der Arbeitgeber im Voraus aufgenommen und durch dessen Aufhebung veraltet waren, so: Erforderniß kassenstatutarischer Berücksichtigung sowohl der Zuschüsse (§ 4 I. 3), als der Vertretung der Arbeitgeber in Vorstand (§ 4 I. 5, § 23 I.) und Generalversamm-

<sup>1)</sup> Bald, Krankenversicherung der Arbeiter, § 2.

<sup>2)</sup> citat. § 87.



lung (§ 4 I. 6, § 25 I.), Erstattung der Vorschüsse (§ 16. 2 a.), Mitbetheiligung und Einschreiten des Gemeinde-Vorstandes bei der Sorge für das Gleichgewicht der Kasse (§ 22. 2), auch ferner beim Nichtzustandekommen der Vorstandswahl (§ 23 I.) oder der Generalversammlung (§ 25 I.), sowie endlich bei Pflichtverweigerung des Vorstandes und Ausschusses (§ 23 I.) oder Nichtbeschlußfassung der Generalversammlung (§ 25 II.). — Weiter ist das Hülfskassen-Gesetz ergänzt durch Hineintragen inzwischen als nützlich erkannter und theilweise auch im Krankenversicherungs-Gesetze sich findender Zusätze, wie namentlich bezüglich Bescheinigungen über das gesetzliche Mindestmaaß der Unterstützungen (§ 5 II.), Aufhebung der Verdringung auf dem Verwaltungswege (§ 10. 4), Ausschlußverbot wegen Lebensalter und Krankheit (§ 15 I. 1 b.), Unübertragbarkeit der Unterstützungsansprüche (§ 17 III.), Minderung der Hülfsen bei selbstverschuldeten Krankheiten (§ 20 III.), Gleichgewicht der Kasse (§ 22. 2), örtliche Verwaltungsstellen (§ 26), Schließungsgründe (§ 28 II.), Aufsichtsrecht (§ 29). — Endlich sind auch die Unterstützungsätze des Hülfskassen-Gesetzes durch die Novelle wesentlich verändert (§ 20).

8) Unbelangend den jetzigen Werth dieser eingeschriebenen Hülfskassen, so sind sie zur Erfüllung der gesetzlichen Versicherungspflicht unselbstständiger Arbeiter überall nicht nothwendig, sondern hierzu die Einrichtungen des Krankenversicherungs-Gesetzes völlig ausreichend. Nach anderer Seite hin ist aber ihre Nützlichkeit unbestreitbar. Sie gewähren den Versicherungspflichtigen die Möglichkeit sowohl freiwilliger Versicherung und eigener Kassenwahl (§ 19) als auch erhöhter Unterstützung durch Doppelversicherung (§ 11 III. 5), aber auch den nicht Versicherungspflichtigen Gelegenheit zu freiwilliger Kranken-Versicherung (§ 11 III. 1).

9) Das Hülfskassen-Gesetz vom 7. April 1876 erwähnt im § 36 noch der auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hülfskassen, welche aber durch dasselbe wesentlich nicht berührt werden sollen; auch das Krankenversicherungs-Gesetz berücksichtigt dieselben nur an einer einzigen Stelle (§ 19 a. A.). Nach Reichskanzler-Rescript vom 30. August 1884 sind darunter nicht immer gerade ausdrückliche und direkte landesgesetzliche Anordnungen, sondern auch im weiteren Sinne alle diejenigen freien Hülfskassen zu verstehen, welche nur nicht mit allgemeinem oder speciellem, geschriebenem oder ungeschriebenem Landesrecht in Widerspruch stehen. Zu den eingeschriebenen Hülfskassen zählen sie nicht, interessieren hier also nicht weiter.<sup>1)</sup>

## §. 2.

### II. Gründung der eingeschriebenen Hülfskassen.

Die Neugründung derselben beruht jetzt (§ 1. 5) nur noch auf freier Uebereinkunft<sup>2)</sup> von Vereinen, Genossenschaften oder mehreren zu solchem Zwecke zusammentretenden Privatpersonen. — Von Umgestaltung älterer freier Hülfskassen ohne juristische Persönlichkeit in eingeschriebene mit letzterer (§ 5. I) gilt Gleiches. Ältere Hülfskassen mit Beitrittszwang dagegen können bei ihrer Reorganisation immer nur wieder Zwangskassen werden (§ 1. 5); wollen aber ihre Mitglieder anstatt derselben eingeschriebene Hülfskassen errichten, so vermögen sie dies nur nach vorheriger völliger Auflösung der

<sup>1)</sup> citat. § 75 I.

<sup>2)</sup> Novelle v. 1. Juni 1884, Artikel 1.



ersteren<sup>1)</sup>. — (Wegen bloßer, aber doch oft sehr einschneidender Abänderung der Kassenstatute vgl. § 6.) Die Gründung ist unabhängig von Erfüllung sachlicher Vorbedingungen, namentlich — im Gegensatz zu Orts-, Betriebs- und Bau-Krankenkassen<sup>2)</sup> — vom Nachweis einer größeren Anzahl zukünftiger Mitglieder oder ausreichender Ausstattung und dadurch gesicherter Lebensfähigkeit der Kasse. Sobald diese aber errichtet ist und es sich nur noch um ihr Fortbestehen handelt, ist wenigstens hierfür geeignete Fürsorge gesetzlich getroffen (§ 22, 2). — (Wegen Unzulässigkeit der Gründung für einzelne bestimmte Krankheiten vgl. § 7, 3; wegen Erleichterung der Gründung durch nicht Versicherungspflichtige § 20, I; wegen ihrer Erschwerung nach vorhergegangener Auflösung und Schließung § 27, IV, § 28, III; wegen Gründung von Vereins-Hilfskassen § 4, I. und 11, II., 1.)

Die formellen Voraussetzungen und Erfordernisse für Gründung eingeschriebener Kassen fallen zusammen mit den bei Errichtung ihrer Kassenstatute geltenden (§ 5). —

### III. Kassenstatut.

#### § 3.

#### A. Bedeutung desselben.

Gleich anderen Organen der Krankenversicherung<sup>3)</sup> bedarf auch die eingeschriebene Hilfskasse als notwendiger Grundlage, womit sie steht und fällt, eines Kassenstatuts. Dasselbe ist das Verfassungsgeß der Kasse und beruht auf der ihr als Selbstverwaltungskörper zustehenden Autonomie. Es soll den Nachweis geben, daß die notwendigen Einrichtungen getroffen, die verbotenen vermieden sind. — Ein Normal-Kassenstatut ist vom Bundesrath nicht veröffentlicht<sup>4)</sup>. — (Wegen Verbands-Statute vgl. § 30.)

#### § 4.

#### B. Inhalt desselben.

Derselbe ist ein verschiedenartiger:

I.) Zunächst sind im § 3 des Hilfskassen-Gesetzes vom 7. April 1876 eine Reihe von Punkten genannt, welche sowohl durch Beschluß der Kassen-Errichter genau festgestellt, als auch ins Statut ausdrücklich aufgenommen werden müssen, weil erst durch sie die in dieser Beziehung nicht vollständig und endgültig abgeschlossenen, sondern für verschiedenartige Regelung, je nach Lage des einzelnen Falles und nach dem freien Willen der Betheiligten, offengelassenen gesetzlichen Bestimmungen ihre notwendige Ergänzung erhalten. Wenn Vereine eingeschriebene Hilfskassen errichten, und schon in den Vereinsstatuten einzelne jener Punkte geordnet sind, so genügt dieserhalb keine kurze Bezugnahme und Verweisung auf jene in den Kassenstatuten, sondern auch letztere selbst müssen alles Erforderliche in sich aufnehmen. —

Nach dem Gesetze sind nun in vorstehender Weise statutarisch zu berücksichtigen:

- 1) Zweck (§ 7), Name und Umfang (§ 8), Sitz (§ 9) der Kasse;
- 2) Eintritt der Mitglieder, namentlich dessen Voraussetzungen (§ 11) und Aufnahmeverfahren (§ 12, II.) ebenso auch deren Austritt (§ 14),

<sup>1)</sup> A.-B. 1884. S. 108; Commentar citat. § 87, II.

<sup>2)</sup> Commentar §§ 16 ff., 31. III., 47, 60 ff., 68.

<sup>3)</sup> Commentar citat. §§ 23, 24, 64, 72.

<sup>4)</sup> aber in der A.-B. 1884, S. 405 ff., 425 ff.



endlich auch der — im Gesetz freilich nicht mit aufgeführte — Ausschluß (§ 15) derselben;

- 3) Höhe der Mitglieder-Beiträge (§ 16, 2, d.); das Gesetz vom 7. April 1876 nennt hier auch die Zuschüsse der Arbeitgeber, doch werden dieselben in der Novelle vom 1. Juni 1884, Artikel 2, weil inzwischen in Wegfall gekommen (§ 16, 2, a.), nicht wiederholt;
- 4) Voraussetzungen, Dauer, Art, Umfang der Unterstützungen (§ 17, 5);
- 5) Bildung des Vorstands (§ 23, I.), Legitimation seiner Mitglieder — welche übrigens durch das Gesetz selbst schon zur Genüge vorgesehen ist (§ 23, III.) —, Umfang seiner Befugnisse (§ 23, III. und IV.) und Regelung seiner Beschlusssaffung (§ 23, IV.); im Gesetze wird hier auch die Vertretung der zu Zuschüssen verpflichteten Arbeitgeber im Vorstand erwähnt, jedoch aus gleichem Grunde, wie vorstehend bei 3, in der Novelle nicht weiter gefordert (vgl. § 23, I.);
- 6) Zusammensetzung und Berufung der Generalversammlung sowie Art ihrer Beschlusssaffung (§ 25, I., II.), auch wohl ihr Wirkungsbereich (§ 25, III.); die auch hier vom Gesetze geforderte Stimmberechtigung der zu Zuschüssen verpflichteten Arbeitgeber wird ebenso wie unter 3 und 5 auch hier in der Novelle nicht weiter berücksichtigt (vgl. § 25, I.);
- 6a) nach der Novelle vom 1. Juni 1884, Artikel 2, auch Bildung und Befugnisse der örtlichen Verwaltungsstellen, falls solche errichtet werden sollten (vgl. jedoch II., 8);
- 7) Abänderung des Statuts (§§ 6 und 25 III.);
- 8) Verwendung des Kassenvermögens bei Auflösung (§ 27, II.) oder Schließung (§ 28, III.) der Kasse;
- 9) Aufstellung und Prüfung der Jahresrechnungen (§ 22, 3).

II.) Weiter treten im Gesetze und auch sonst mehrere Bestimmungen hervor, deren Anwendung freilich nicht unbedingt verlangt, sondern zunächst ins freie Ermessen der Kassen-Errichter gestellt wird, welche aber nach ihrer Beschließung durch letztere zu ihrer Gültigkeit und Rechtswirkung Aufnahme ins Kassenstatut unbedingt erfordern. Dahin gehören vorzugsweise:

- 1) Einsetzung von Schiedsgerichten (§ 10, 2);
- 2) Erhebung von Eintrittsgeld (§ 11, III., 6);
- 3) Erlöschen der Kassenmitgliedschaft (§ 13);
- 4) Betheiligung an anderen Gesellschaften und Vereinen (§ 11, I., 1);
- 5) Anfangs-Karenz (§§ 18, I. und 20, II., 7) bei Unterstützungen und Schmälerung der letzteren bei Selbstverschuldung (§§ 19, I., 6 und 20, III.), auch Gewährung von Sterbegeld (§ 18, III., 5);
- 6) Errichtung von Ausschüssen (§ 24);
- 7) Geschäftliche Abwicklung bei der Auflösung (§ 27, III.);
- 8) Bildung und Befugnisse örtlicher Verwaltungsstellen (§ 26), — welche wegen ihrer nur fakultativen Existenz richtiger hierher gehören, als unter I., 6, a.

Ueberhaupt bleibt es den Betheiligten unbenommen, ihre Kassen-Angelegenheiten frei und allseitig statutarisch zu ordnen, soweit keine gesetzliche Beschränkungen entgegenstehen (vgl. bei V.).

III.) Das Kassenstatut kann auch dasjenige, was gesetzlich ohnehin gilt, aufnehmen, und empfiehlt sich dies sowohl zu vollständigerer Abrundung des ersteren als auch zu besserer Belehrung der Kassenmitglieder, welche wohl das



Statut, nicht aber das Gesetz zu lesen pflegen. Erwähnenswerth sind namentlich:

- 1) die Rechtsverhältnisse der Kasse (§ 10);
- 2) die Beitritts-Förmlichkeiten (§ 12);
- 3) Anzeige des Ausscheidens von Mitgliedern (§§ 14, II. und 15, II.);
- 4) Fortdauer der Unterstützung nach dem Ausscheiden (§ 18, I, 1);
- 5) Unübertragbarkeit der Unterstützungs-Ansprüche (§ 17, III.);
- 6) Anmeldung des Vorstandes, seine Legitimation (vgl. I, 5), Rechtswirkung der von ihm abgeschlossenen Geschäfte, seine Verpflichtung zur Berufung der Generalversammlung, sein beschränktes Stimmrecht in derselben (§ 23);
- 7) Unübertragbarkeit der Befugnisse der Generalversammlung, Wahl des Ausschusses durch dieselbe, Rassen-Auflösung durch ihren Beschluß (§ 25., III.);
- 8) Vermögensverwaltung, Reservefonds (§ 22);
- 9) Einsendung von statistischen Uebersichten und Rechnungs-Abschlüssen. (§ 29, 2). —

IV.) Bloße gesetzliche Instruktionen für Behörden brauchen überall nicht ins Statut, so über:

- 1) offizielle Abänderung von Statuten (§ 6 II.);
- 2) Fürsorge für Gleichgewicht der Kasse (§ 22. 2);
- 3) Gebühren- und Stempelfreiheit (§ 5 I.);
- 4) Schließung der Kasse (§ 28);
- 5) Aufsichtsbehörde und deren Befugnisse (§ 29);
- 6) Nichtwiederzulassung aufgehobener Rassen (§§ 27 IV., 28 III.).

V.) Geradezu unerlaubt endlich ist die statutarische Aufnahme von Bestimmungen, welche gegen gesetzliche Vorschrift verstoßen, wie Steigerung des Sterbegeldes über den erlaubten Höchstbetrag (§ 18 III. 5), Ausdehnung der Rassenleistungen über die festgesetzten Arten (§ 20 I, II.) und Empfänger (§ 20 II. 2) hinaus — oder welche, wenn auch an sich nicht ungesetzlich, doch mit dem Zwecke der Kasse nicht in Verbindung stehen und demselben widersprechen (§§ 7. 4; 11 II. 2; 16. 2; 17. 1; 22. 1 und 3).

## § 5.

### C. Errichtung desselben; Zulassung und Einschreibung der Kasse.

Die von einander unzertrennlichen formellen Erfordernisse sowohl für erste Gründung oder auch Umgestaltung der Rassen als für Errichtung ihrer Rassenstatute (§ 2) sind im § 4 des Hülfskassen-Gesetzes vom 7. April 1876 im Allgemeinen bestimmt, und besonders in der Preussischen Ausführungs-Anweisung vom 14. Juli 1884 genauer dargelegt.

I.) Das Rassenstatut ist dem Vorstand der Gemeinde, in deren Bezirk die Kasse ihren Sitz (§ 9) nimmt, persönlich von den mit der Geschäftsleitung vorläufig betrauten künftigen Rassenmitgliedern oder vom designirten Vorstand der zu gründenden Kasse in zwei Exemplaren einzureichen. — Der Gemeinde-Vorstand hat darüber ein Protokoll aufzunehmen, welches den Tag der Einreichung, den Namen der Kasse, auch den Namen und Wohnort der einreichenden



Personen ergibt, und dasselbe mit den Statuts-Exemplaren ungesäumt der höheren Verwaltungsbehörde zu übersenden. — Letztere hat die Vorlagen einer Prüfung dahin zu unterziehen, ob das Statut den gesetzlichen Anforderungen genügt, namentlich, ob es vollständig ist und alle notwendigen Punkte (§ 4 I.) ausreichend berücksichtigt, auch keine gesetzlich unerlaubten und zweckwidrigen (§ 4 V.) aufgenommen hat; eine noch weitergehende Prüfung erscheint an sich nicht unzulässig, doch kann die Erfüllung der daran geknüpften Bemerkungen nicht gefordert werden. Der Bescheid der höheren Verwaltungsbehörde ist binnen 6 Wochen zu ertheilen, doch braucht er noch kein, die reine Zulassung oder Ablehnung aussprechender Endbescheid zu sein, sondern es genügt schon, wenn innerhalb dieser Frist auch nur die bei Prüfung des Rassenstatuts etwa aufgetretenen Bedenken und Bemerkungen vollständig und genau herausgegeben werden. — Gegen solche vorläufige wie auch gegen die definitive Versagung steht der Rekurs zu, wobei wegen des Verfahrens und der Behörden die §§ 20 und 21 der Gewerbeordnung zu beachten sind; in Elsaß-Lothringen dagegen gelten dann die dortigen Bestimmungen über das Verfahren in streitigen Verwaltungssachen. Nichts darf inzwischen geschehen, um die Kasse in Thätigkeit zu setzen, Rechtsgeschäfte derselben oder ihrer Vertreter sind unverbindlich (§ 23 III), und nöthigenfalls ist von der Aufsichtsbehörde mit zulässigen Zwangsmitteln einzuschreiten.<sup>1)</sup> — Sobald, — entweder sofort, oder nach Beseitigung der erhobenen Bedenken, oder in Folge einer Rekurs-Entscheidung — die Zulassung der Kasse zu verfügen ist, werden beide eingereichte Statuten-Exemplare mit dem sog. Zulassungs-Bemerke versehen, und wird dann das eine durch Vermittelung des Gemeinde-Vorstands den Antragstellern zurückgegeben, während das andere bei der höheren Verwaltungsbehörde verbleibt. — Gleichzeitig hat letztere in ein sog. Register der eingeschriebenen Hülfskassen, und zwar immer auf eine besondere Seite desselben, den Namen (§ 8) und Sitz § (9) der Kasse sowie das Datum des betreffenden Zulassungs-Bemerkes gebührenfrei<sup>2)</sup> einzutragen, wodurch dann die Kasse selbst eine eingeschriebene und der damit verbundenen Rechte (§ 10) ohne Weiteres theilhaftig wird, auch nach der dann vorzunehmenden Bildung der Generalversammlung (§ 25 I) und Wahl des Vorstands (§ 23 I) in Leben und Thätigkeit tritt. — Irgend welche Garantie für guten Fortbestand der Kasse wird aber durch ihre Zulassung und Genehmigung ihres Statuts nicht gegeben. (§ 2). Auch ist die Bekanntmachung der Zulassung auf Kosten der Kasse ohne deren Einwilligung unzulässig.

(Wegen Zulassung erneuerter Rassen vgl. § 2, wegen Verbands-Statute § 30, wegen Rassen mit örtlichen Verwaltungsstellen § 26 IV.)

II.) Gleichzeitig mit erster Einreichung des Rassenstatuts kann jetzt gemäß Art. 3 der Novelle vom 1. Juni 1884 eine Bescheinigung der höheren Verwaltungsbehörde darüber beantragt werden, daß jenes den Vorschriften des § 75 des Kranken-Versicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 genüge. (§ 19.) Wegen solcher Prüfung, auch des Bescheides und Rechtsmittels gelten nach der Novelle und der Preussischen Ausführungs-Anweisung von 14. Juli 1884 auch hier wesentlich die Vorschriften unter I. Die demnächstige Bescheinigung erfolgt in der Gestalt eines Zusatzes zum Zulassungsvermerke. Ihr wirklicher Werth ist freilich sehr fragwürdig. (§ 19 III 4.)

<sup>1)</sup> N.-B. 1885, S. 15.

<sup>2)</sup> Nov. v. 1. Juni 1884 Art. 18.



#### D. Abänderung des Rassenstatuts.

Dieselbe unterliegt nach Hülfskassen-Gesetz vom 7. April 1876 § 4 und nach Novelle vom 1. Juni 1884 Artikel 3 den gleichen Vorschriften wie die erste Errichtung des Rassenstatuts.

I.) Falls hiernach eine Kasse solche Abänderung beschließt, so ist eine Zusammenstellung der abändernden Beschlüsse oder abgeänderten Punkte, wenn nöthig auch ein vollständig revidirtes Rassenstatut, in zwei Exemplaren unter Beifügung der über die Beschlußfassung aufgenommenen Verhandlung dem Gemeinde-Vorstande einzureichen, worauf dann auch hier das im § 5 geschilderte Verfahren Platz greift. — Die Prüfung der höheren Verwaltungsbehörde muß sich dann noch außerdem darauf erstrecken, ob die abändernden Beschlüsse nach Maßgabe des Gesetzes (§ 25 III.) und Statuts (§ 4 I. 7) gültig gefaßt sind. — Entsprechender Zulassungs-Vermerk und Eintrag ins Register erfolgt auch hier. (Wegen Abänderung betreffs Verlegung des Sitzes der Kasse vgl. § 9.)

II.) Neben dieser freiwilligen Abänderung des Rassenstatuts ist eine unfreiwillige für den Fall vorgesehen, daß die Zulassung der Kasse nach dem Gesetze hätte versagt werden müssen. (§ 28 II. 7). — Eine weitere gezwungene Abänderung ist bestimmt Zwecks Durchführung der Novelle vom 1. Juni 1884 (§ 28 II. 9), auch regelmäßig mit der nachfolgenden unter III. zusammen gefallen. Rückichtlich des Verfahrens bei solcher Abänderung wird auch hier dasjenige unter I. wesentlich zur Anwendung kommen.

III.) Noch eine, inzwischen freilich abgeschlossene, Abänderung der Rassenstatute ist an dieser Stelle bemerkenswerth, nämlich die mit § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes vom 15. Juni 1883 zusammenhängende (§ 19 III.) für die damals schon bestehenden eingeschriebenen Hülfskassen. Sie interessirte überall nicht, wenn letztere ausschließlich für solche Mitglieder bestimmt waren, welche gemäß §§ 1 bis 3 jenes Gesetzes überall nicht an sich versicherungspflichtig waren. Sie konnte auch, selbst wenn das Gegentheil der Fall, überall nicht direkt und unmittelbar erzwungen werden, vielmehr blieb es auch dann noch den betreffenden Kassen zunächst unbenommen, ihre Rassenstatute unverändert von Bestand zu lassen<sup>1)</sup>; weil aber dann die versicherungspflichtigen Mitglieder, welche nach ihrer Beschäftigung in die Institute jenes Gesetzes fielen, nur dann davon entfreiet waren, wenn die von ihnen vorgezogenen eingeschriebenen Hülfskassen ebenfalls den Erfordernissen des vorerwähnten § 75 genügten, so lag hierin für letztere der zwingende Beweggrund, ihre Rassenstatute entsprechend zu ändern. Der ihnen hierzu nach dem Krankenversicherungs-Gesetze bis zum 1. Dezember 1884 zustehende Termin ist durch Reichsgesetz vom 28. Januar 1885 bis zum 1. Juli 1885 (§ 19 III. 1) verlängert<sup>2)</sup>, so daß die betreffenden Hülfskassen jetzt sämmtlich danach eingerichtet sein werden. — Auch sind hier dann ebenso wie bei ganz neuen Kassen (§ 5 II.) Bescheinigungen über Genügung des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes, wenngleich von ebenso geringem Werthe, erteilt.

<sup>1)</sup> auch nach der Preussischen Ausführungs-Anweisung vom 26. November 1883 zum Krankenversicherungs-Gesetze unter IV. b. 9.

<sup>2)</sup> vgl. hierüber, sowie besonders über das hier nicht mehr interessirende Uebergangsstadium, Commentar citat. § 88 II.



§ 7.

**VI. Zweck der eingeschriebenen Hülfskassen.**

1) Das Hülfskassen-Gesetz vom 7. April 1876 § 1 bezeichnet als solchen die gegenseitige (§ 17 I.) Unterstützung der Mitglieder (§ 18 II. III., vgl. § 19 I., 20 II.) für den Fall der Krankheit; derselbe muß im Kassenstatut (§ 4 I. 1) seinen Ausdruck finden.

Durch die wörtliche Beschränkung auf Krankheit sind hier alle anderen Arten von Hülfsen ausgeschlossen, namentlich auch eigentliche und dauernde Wittwen-, Waisen-, Alters- und Invaliden-Pensionen. Falls diese von älteren freien Hülfskassen gewährt wurden, müssen sie bei Umwandlung der letzteren in eingeschriebene (§ 2) gestrichen werden, obgleich sie nach dem Krankenversicherungs-Gesetze vom 15. Juni 1883 § 86 älteren Zwangskassen auch fernerhin zugestanden sind. — Sterbegeld für Mitglieder freilich ist auch bei eingeschriebenen Hülfskassen zulässig (§ 18 III. 5), jedoch nur als Nebenleistung, nicht in Gestalt förmlicher Sterbekassen, weshalb es auch nicht schon beim Zwecke selbst im Gesetze erwähnt ist.<sup>1)</sup>

2) Der Begriff der Krankheit an sich umfaßt nach den Gesetzes-Motiven hier wie im vorgenannten Krankenversicherungs-Gesetze<sup>2)</sup> jede Störung der körperlichen und geistigen Gesundheit bei irgend welcher Gelegenheit, aus inneren oder äußeren Ursachen, namentlich auch Beschädigung durch Unfall (§ 21), vorübergehend oder dauernd, mit völliger oder nur theilweiser Arbeitsunfähigkeit. Selbst der Zustand der Besserung nach schon erfolgter Entlassung des Arztes, aber auch der Eintritt unheilbaren Siechthums und die Nutzlosigkeit jeder Kur und Hülfe wird wie Krankheit angesehen. Angeborene oder später eingetretene Bildungsfehler und Mißbildungen, wie Klumpfüße, Schielen, Kurzsichtigkeit, ebenso natürliche, wenngleich der Schonung bedürftige Zustände, wie Schwangerschaft, gelten dagegen nicht als Krankheit, bis ungewohnte, gefährlichere Erscheinungen dazwischen treten (vgl. aber § 20 II. 5).

3) Aus dieser allgemeinen und umfassenden Bedeutung der Krankheit folgt auch weiter, daß eingeschriebene Hülfskassen nur für einzelne, bestimmte Krankheiten nicht zugelassen werden können, wie denn auch, hiermit harmonirend, kassenstatutarisch selbst die Krankenunterstützungen nur ausnahmsweise, bei gewissen selbstverschuldeten Krankheiten, geschnitten werden dürfen. (§ 18 I. 3; 19 I. 6; 20 III.) Dies hat seine volle Berechtigung bei eingeschriebenen Hülfskassen mit Kassenmitgliedern, welche an sich dem Versicherungs-Zwange aus §§ 1 bis 3 des Gesetzes vom 15. Juni 1883 unterliegen<sup>3)</sup>, weil eben letzteres solchen ausgedehnten Begriff von Krankheit zur Voraussetzung hat, und die versicherungspflichtigen Personen billiger Weise gerade so weitgehend wie in den Instituten des letzteren, so auch in den eingeschriebenen Hülfskassen, versichert werden müssen. Warum aber auch freien Genossen die immerhin so nützliche Gründung eingeschriebener Hülfskassen für nur einzelne Krankheiten, namentlich für Epidemien, nicht gestattet werden soll, ist schwer zu ersehen.

4) Auf jegliche Weise ist dafür gesorgt, daß die Kassen ihren Zweck erfüllen und ihrer Aufgabe nicht entfremdet werden. Das Statut darf keine Bestimmungen enthalten (§ 4 V.), welche mit dem Zweck der Kasse nicht in Ver-

<sup>1)</sup> anders freilich im § 1 des Normal-Statuts (§ 3).

<sup>2)</sup> Commentar citat. § 1.

<sup>3)</sup> Comment. §§ 1, 2, 3.



bindung stehen (vgl. aber § 11 II. 1) oder den Vorschriften dieses Gesetzes zuwiderlaufen<sup>1)</sup>. Selbst sofortige Schließung ist bei einer Reihe von Unregelmäßigkeiten angedrohet. (§ 28 II.)

§ 8.

**V. Name und Umfang derselben.**

Nach § 2 des Hilfskassen-Gesetzes vom 7. April 1876 hat die Kasse einen Namen anzunehmen, welcher von dem aller anderen an demselben Orte oder in derselben Gemeinde befindlichen Hilfskassen verschieden ist und die zussätzliche Bezeichnung „eingeschriebene Hilfskasse“ enthält. Derselbe muß demgemäß in das betreffende Register eingetragen (§ 5 I.) und auch ins Kassenstatut aufgenommen (§ 4 I. 1) werden. Regelmäßig wird hierbei die einfache Bezeichnung als „Kasse“ gewählt, — nicht „Krankenkasse“, weil sie gewöhnlich auch Sterbegeld gewährt<sup>2)</sup>, — aber auch nicht „Kranken- und Sterbekasse“, weil das Sterbegeld nur nebensächlich ist (§ 7. 1). — Ebenso wird auch in enger Verbindung mit dem Namen der Umfang der Kasse seinen Ausdruck finden müssen, namentlich der an sich unbegrenzte (§ 26 I.) räumliche Bezirk, auch die etwaigen Betriebe (§ 11 III. 1), auf welche jene sich erstreckt; bei Umfassung aller Berufsarten ohne Unterschied wird die Kasse als „allgemeine“ zu bezeichnen sein.

§ 9.

**VI. Sitz derselben.**

Dieser befindet sich an dem Orte, für welchen die Kasse als eingeschrieben zugelassen wird, und ist sowohl ins betreffende Register (§ 5 I.) als ins Kassenstatut (§ 4 I. 1) aufzunehmen. Ueber die Zulassung einer kassenstatutarischen Abänderung (§ 6 I.), durch welche der Sitz der Kasse verlegt werden soll, hat die Behörde des alten Sitzes zu entscheiden.<sup>3)</sup> Nach dem Sitze bestimmen sich nicht die Abhaltung der Generalversammlungen (§ 25 II.), wohl aber der Gerichtsstand, (§ 10. 1) sowie die Mindestleistungen (§ 19 I.) der Kassen, auch der gewöhnliche ortsübliche Tagelohn (§ 18 II.; 19 I. 3) und endlich die Anmeldung der Vorstandsmitglieder (§ 23 II.). (Wegen des Sitzes bei örtlichen Verwaltungsstellen vgl. § 26 V. VI., bei Verbänden § 30.)

§ 10.

**VII. Rechtliche Stellung derselben.**

1) Nachdem bereits durch § 140 der deutschen Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 den Unterstützungskassen selbstständiger Gewerbetreibender die Rechte der juristischen Persönlichkeit zugänglich gemacht worden, gewährt der auch in § 25 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 übergegangene § 5 des Hilfskassen-Gesetzes vom 7. April 1876 den eingeschriebenen Hilfskassen gleiche Rechtsfähigkeit. Letztere können danach gleich anderen Korporationen unter ihrem Namen (§ 8) Rechte und Vermögen (§ 22. 4), namentlich Eigentum und andere dingliche Rechte an Grundstücken

<sup>1)</sup> Gef. § 3 a. G.

<sup>2)</sup> Im Normalstatut freilich steht „Krankenkasse“.

<sup>3)</sup> Nov. v. 1. Juni 1884 Art. 3.



erwerben, Verbindlichkeiten eingehen, vor Gericht klagen und verklagt werden; der technische Ausdruck „juristische Persönlichkeit“ ist aber hierbei vermieden, weil sein Inhalt in einzelnen deutschen Ländern verschieden aufgefaßt wird. Diese Rechtspersönlichkeit beginnt ohne besondere Verleihung<sup>1)</sup> und ganz von selbst, sobald nach dem Genügen der gesetzlichen Erfordernisse die betreffende Kasse zugelassen und eingetragen ist (§ 5 I.), braucht deshalb auch im Kassens-Statut nicht besonders berücksichtigt zu werden (§ 4 III. 1); sie erlischt nicht schon mit der Auflösung oder Schließung der Kasse, sondern erst nach der damit zusammenhängenden Liquidation (§ 27 II, III.; § 28). Die Vertretung der Kasse vor Gericht und bei Rechtsgeschäften geschieht durch den Vorstand (§ 23 III.). — Ihr ordentlicher Gerichtsstand ist bei dem Gericht, in dessen Bezirke sie ihren Sitz (§ 9) hat.<sup>2)</sup> — (Wegen örtlicher Verwaltungsstellen vgl. § 26 III.)

2) Der § 58 des Krankenversicherungs-Gesetzes vom 15. Juni 1883, welcher Streitigkeiten zwischen Kasse und deren Mitgliedern über Beitragspflichten (§ 16) und Unterstützungsansprüche (§ 17. 2) einer Vorentscheidung der Aufsichtsbehörde zuweist, ist auf eingeschriebene Hilfskassen nicht ausgedehnt; dieselben, sowie überhaupt alle Streitigkeiten zwischen Kassenverwaltung und Kassengenossen, gehören hier an sich vor die ordentlichen Gerichte; eine Ausnahme hiervon findet nur bei Streitigkeiten aus § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes und gegenüber der Unfallversicherung statt (§ 19 III. 5; § 21). Auch der § 78 jenes Gesetzes, soweit er Befreiung der Kassensmitglieder vom Kostenvorschuß bei Streitigkeiten über ihre Unterstützungsansprüche betrifft, ist durch Novelle vom 1. Juni 1884 Artikel 18 auf Angehörige eingeschriebener Hilfskassen nicht erstreckt. — Im Statute kann übrigens bestimmt werden (§ 4 II.), daß alle solche Streitigkeiten durch Schiedsgerichte entschieden werden sollen. Dann muß nach Reskript des Reichskanzlers vom 28. Dezember 1883 im Statute auch die Zusammensetzung des Schiedsgerichts, die Ernennung der Schiedsrichter, sowie das einzuschlagende Verfahren, falls die Schiedsrichter sich über die Person des Obmanns nicht einigen können, berücksichtigt werden. Zur Vermeidung eines Widerspruches mit § 867 der deutschen Civilprozeßordnung darf aber im Statute nicht festgesetzt werden, daß bei allen solchen Streitigkeiten die Berufung an den ordentlichen Richter unbedingt ausgeschlossen oder gegen den Spruch des Schiedsgerichts kein Rechtsmittel zulässig sein soll. — (Wegen Ersatz-Ansprüche der Hilfskassen und gegen dieselben vgl. § 17 IV.)

3) Nach § 5 und § 8 (§ 16. 2 b.) des Gesetzes vom 7. April 1876 haftet für alle Schulden und Verbindlichkeiten der Kasse den Kassengläubigern nur das Vermögen (§ 22. 4) der Kasse; diese Bestimmung ist auch in § 25 des Krankenversicherungs-Gesetzes vom 15. Juni 1883 übergegangen. Hierdurch werden die Mitglieder der Kasse gegen unmittelbare Forderungen der Kassengläubiger sowie gegen die Gefahr gesichert, über ihre Beitragspflichten hinaus für die Verbindlichkeiten der Kasse aufkommen zu müssen, weshalb auch nach Reichskanzler-Reskript vom 28. Dezember 1883 Ausgeschiedene nicht nachträglich noch dafür in Anspruch genommen werden können (§ 16. 2 a.; § 27 II.). (Ueber Konkurs der Kasse vergl. § 16. 4 und § 28 II. 8.)

<sup>1)</sup> vgl. Gef. § 1.

<sup>2)</sup> Gef. § 5 a. G.



4) Nach § 14 a. E. des Gesetzes hatten auch die eingeschriebenen Hülfsklassen, vorbehaltlich richterlicher Entscheidung, anfänglich administrativen Exekutionszwang auf rückständige Beiträge, wie es nach § 55 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 für die Institute desselben noch jetzt der Fall ist. Jener ganze § 14 ist aber durch Artikel 7 der Novelle vom 1. Juni 1884 aufgehoben, und können demnach auch jene Leistungen, denen auch verhängte Ordnungsstrafen (§ 22, 1) gleichsetzen werden, nur noch im civilrechtlichen Klagewege erhoben werden, soweit nicht ihre Anrechnung auf Unterstützungen möglich ist (§ 17 III). Uebrigens kann hier auch durch Fassung der Bestimmungen über Anschluß aus der Kasse (§ 15 I. 2) das Nöthige vorgeesehen werden. — (Wegen Unübertragbarkeit der Unterstützungsansprüche vgl. § 17 III wegen Schließung der Kasse bei Nichtbeitreibung § 28 II 1.)

## VIII. Erwerb und Anfang der Kassenmitgliedschaft; Eintritt.

### § 11.

#### A. Bedingungen und Voraussetzung.

I.) Im Gegensatz zu den Versicherungspflichtigen im Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883, aber ebenso wie bei den Versicherungsberechtigten nach demselben Gesetze<sup>1)</sup>, entsteht bei den eingeschriebenen Hülfsklassen die Kassenmitgliedschaft nicht ohne Weiteres mit Uebernahme einer gewissen Beschäftigung, sondern hängt vom freien Willen und Entschlusse der betreffenden Personen ab, von denen sie ausdrücklich beantragt und denen sie regelmäßig förmlich gewährt werden muß (§ 12). — Auch wenn der Beitritt zu Vereinen an die Bedingung gleichzeitigen Eintritts in eine damit verbundene eingeschriebene Hülfsklasse geknüpft und letzterer dadurch gewissermaßen indirekt erzwungen wird, gilt er dennoch für frei, wenn nur der Beitritt zum Vereine selbst ein freier ist. Ebenso ist auch der Beitritt Versicherungspflichtiger zu den eingeschriebenen Hülfsklassen, um dadurch von der Angehörigkeit zu den anderen Instituten der Krankenversicherung frei zu werden (§ 19 III.), doch immer noch an sich ein freiwilliger. — Mit der Kassenmitgliedschaft ist nicht unbedingt sofortiger Unterstützungsanspruch verbunden (§ 17 II; 18 I; 20 II 7).

II.) Das Gesetz vom 7. April 1876 enthält in § 6, abgesehen von formellen Vorschriften (§ 12), nur folgende Bestimmungen:

- 1) Der Beitritt darf von der Betheiligung an anderen Gesellschaften und Vereinen nur dann abhängig gemacht werden, wenn eine solche Betheiligung für sämtliche Mitglieder bei Errichtung der Kasse durch das Statut vorgeesehen ist. — Sofort bei Gründung der Kasse (§ 2) nicht also später und nachträglich, noch erst durch förmliche Statuten-Änderung (§ 6), kann also doch von derselben beschloffen und muß dann im Statut gesagt werden (§ 4 II. 4), daß alle, nicht also einzelne, Kassengenossen schon bei ihrem Eintritt in die eingeschriebenen Hülfsklassen auch anderen Gesellschaften und Vereinen angehören müssen. — Einerseits soll hierdurch politisch, religiös, wirtschaftlich gefährlichen Vereinen der Weg erschwert werden, durch Anlehnung an eingeschriebene

<sup>1)</sup> Commentar citat. §§ 4 II., III.; 19 I, II.; 26 IV. e; 63 II.; vgl. mit § 73.



Hilfsklassen sich zu stärken; andererseits freilich ist aber auch erstere hier gerade die Bahn gezeichnet, auf welcher sie zum Ziele kommen können, und eine Art Ausnahme von den Vorschriften zur Erfüllung des Rassenzwecks (§ 7, 4) geschaffen. — (Wegen Ausschlusses in diesem Falle vgl. § 15 I 4.)

- 2) Im Uebrigen darf bei Strafe der Schließung der Klasse (§ 28 II. 4) den Mitgliedern die Verpflichtung zu Handlungen und Unterlassungen, welche mit dem Rassenzweck in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden (§§ 4 V. und 7, 4); beispielsweise die Abgabe gewisser Stimmen zu Staats- und Gemeindevahlen, Arbeitsablehnung bei gewissen Arbeitsgebern, Beiträge zu Vereinsfeiern u. s. w.

III.) Alles Uebrige ist dem Rassenstatut überlassen, welches also jedenfalls in dieser Beziehung eingehende Vorschriften enthalten (§ 4 I. 2) und um so sorgfältiger abgefaßt sein muß, als auch die Ausschlußgründe (§ 15 I. 1) hier- nach ermesen werden. Hierbei ist zu beachten:

- 1) Im Gegensatz zu den Organisationen des Krankenversicherungs-Gesetzes<sup>1)</sup> sind die eingeschriebenen Hilfsklassen nicht immer noch regelmäßig bestimmte gewerbliche oder berufsgenossenschaftliche, sondern ebenfugot von gemischtem oder ganz unbestimmtem Charakter, ganz allgemeine (§ 8), für Personen ohne Unterschied des Standes und der Bevölkerungsklassen, selbstständige Gewerbetreibende wie bloße Arbeiter (§ 1, 3), namentlich auch für alle diejenigen, welche durch ihren freiwilligen Eintritt der anderweitigen Versicherungspflicht entgehen wollen (§ 19 III.), endlich auch für alle, welche nach dem Krankenversicherungs-Gesetze, wenngleich nicht versicherungspflichtig, so doch versicherungsbe-rechtigt sind<sup>2)</sup>, aber von ihrer Berechtigung zu Einrichtungen des letz- teren keinen Gebrauch zu machen vorziehen, besonders für Betriebs-beamte mit höherer Einnahme, öffentliche Betriebsbeamte mit festem Gehalt, selbstständige Arbeiter der Hausindustrie, Dienstboten u. s. w. Charakter und Umfang der Klasse müssen immer im Rassenstatut aus- gedrückt sein (§ 4 I. 1).
- 2) Während Gesetz und Lebensalter nach dem Krankenversiche- rungs-Gesetze für die Klassenangehörigkeit der Verpflichteten wie Be- rechtigten, mit Ausnahme der klassenstatutarisch Berechtigten<sup>3)</sup>, ohne Einfluß<sup>4)</sup>, und nur für verschiedenartige Klassifizierung von Beiträgen und Unterstützungen von Bedeutung sind<sup>5)</sup>, können die eingeschriebenen Hilfsklassen außer ähnlicher Klassifizierung (§ 16, 3) auch selbst schon die Klassenangehörigkeit davon abhängig machen. Personen unter 16 und über 50 Jahre werden hier deshalb regelmäßig, häufig auch Personen weiblichen Geschlechts, von der Aufnahme (vgl. aber § 15 I. b.) ausgeschlossen. Hierin liegt eine große Bevorzugung dieser Klassen.
- 3) Mangel an Gesundheit und Arbeitskraft vermögen nach dem Krankenversicherungs-Gesetze die Klassenangehörigkeit der Verpflichteten wie Berechtigten, mit Ausnahme der klassenstatutarisch Berechtigten<sup>6)</sup>,

<sup>1)</sup> Comment. §§ 1 II., 16 ff., 59 ff., 69 ff., 73. vgl. mit § 4 I.

<sup>2)</sup> Comment. §§ 4 III., 19 II., 26 IV. e.

<sup>3)</sup> Comment. § 26 IV. a. G.

<sup>4)</sup> citat. § 1 III.

<sup>5)</sup> citat. § 8 und 20 I.

<sup>6)</sup> wie 5.



nicht zu hindern, und höchstens bei den gesetzlich Berechtigten eine einstweilige Karenz der Unterstützung zu rechtfertigen<sup>1)</sup>, wie denn auch hier nach jenen Momenten eine verschiedenartige Klassifizierung der Beiträge und Unterstützungen eintreten kann.<sup>2)</sup> Bei eingeschriebenen Hilfsklassen dagegen kann, neben ebenenannter Klassifizierung, auch schon die Aufnahme (vgl. aber § 15 I. b.) wegen Krankheit und Gebrechlichkeit, selbst wegen Schwangerschaft (§ 7, 2), verweigert werden, weshalb die sich Meldenden sich zunächst einer Untersuchung durch den Kassenarzt unterziehen oder schon ein genügendes ärztliches Zeugnis mitbringen müssen. Auch hierin sind also die eingeschriebenen Hilfsklassen sehr bevorzugt.

- 4) Wegen Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte, zerrütteter Vermögensverhältnisse, Hanges zu Ausschweifungen, dürfen nach dem Krankenversicherungs-Gesetze weder Pflichtige noch Berechtigte, und höchstens kassenstatutarisch Berechtigte<sup>3)</sup> von der Kassenangehörigkeit zurückgewiesen, dieselben aber bei selbstverschuldeten Krankheiten wenigstens in der Unterstützung geschmälert werden<sup>4)</sup>. Bei den eingeschriebenen Hilfsklassen dagegen können jene Momente als unmittelbare Abweisungsgründe angenommen werden, woneben auch wegen selbstverschuldeter Krankheiten bereits eingetretener Kassenmitglieder eben Gesagtes gilt (§ 19 I. 6; 20 III.). Dazu kommt noch die Befugnis zum Ausschuß (§ 15 I. c.) bei gleichen Umständen.
- 5) Doppelversicherung, oder Eintritt von Angehörigen einer durch das Krankenversicherungs-Gesetz geschaffenen Kasse in eine andere solche, bei gleichzeitigem Verbleiben in ersterer, ist durch die betreffende doppelte Beschäftigung, für welche jene Kassen errichtet sind, bedingt und deshalb praktisch nur selten möglich<sup>5)</sup>, wie denn auch in solchen Fällen eine Kürzung der Unterstützung ohne Weiteres geschieht, insoweit sie nicht durch das Kassenstatut ausdrücklich ausgeschlossen wird.<sup>6)</sup> Bei eingeschriebenen Hilfsklassen dagegen können nach deren allgemeineren Charakter (vgl. vorstehend unter 1) Angehörige der einen leicht und regelmäßig auch gleichzeitig Mitglieder der anderen werden, insoweit das Kassenstatut nicht ausdrückliche entgegengesetzte Bestimmungen enthält, dann auch wohl immer ohne jene Kürzung, welche dem Gesetz vom 7. April 1876 unbekannt ist und durch alleinige kassenstatutarische Bestimmung nicht wohl begründet werden kann. Aber auch Mitgliedern einer durch das Krankenversicherungs-Gesetz begründeten Kasse steht an sich der gleichzeitige Eintritt in eine eingeschriebene Hilfsklasse zu, insoweit das Kassenstatut der letzteren dies nicht verbietet, dann auch gewiß wieder mit Geltung der vorgenannten Kürzung rücksichtlich der bei ersterer zu verabreichenden Unterstützung<sup>7)</sup>; diese Art der Doppelversicherung kann wegen der für

<sup>1)</sup> citat. §§ 4 II. III.; 19 I. II.

<sup>2)</sup> citat. § 20 I.

<sup>3)</sup> Comment. § 26 IV. a. G.

<sup>4)</sup> citat. §§ 6 I. c., 26 IV. b.

<sup>5)</sup> Comment. §§ 19 III., 63 III., 73.

<sup>6)</sup> citat. § 26 III.

<sup>7)</sup> vgl. Comment. § 27 I.; nur beim gleichzeitigen Eintritt von Mitgliedern der Gemeinde-Versicherung in eingeschriebene Hilfsklassen fällt die Kürzung fort, vgl. citat. § 11 I.



die Versicherten damit verbundenen Vortheile, nämlich der dadurch gegebenen Gelegenheit zur Erlangung einer Krankenunterstützung wenigstens noch vom vollen Betrage des Tagelohns, nur empfohlen werden.<sup>1)</sup> Der Fall endlich, daß Mitglieder eingeschriebener Hilfskassen Zwecks Doppelversicherung gleichzeitig in Klassen des Krankenversicherungs-Gesetzes eintreten<sup>2)</sup>, wird so leicht nicht vorkommen, bedarf deshalb keines weiteren Eingehens. — Der Aufnahme rein ausgeschiedener Mitglieder anderer Klassen in eingeschriebene Hilfskassen wird, wenigstens Seitens letzterer (§ 19 III.), wohl nie irgendwelche Schwierigkeit bereitet werden, frühere anderweitige Klassenangehörigkeit kein Hinderniß dabei sein.

- 6) Das Eintrittsgeld, nach dem Krankenversicherungs-Gesetze theils gar nicht, theils nur beschränkt gestattet<sup>3)</sup>, kann bei eingeschriebenen Hilfskassen wegen mangelnder gesetzlicher Vorschriften kassenstatutarisch (§ 4 II. 2) ganz frei und unbeschränkt bestimmt, auch gleich den Beiträgen (§ 16 3 b.) in verschiedene Abstufungen getheilt werden, und wird bei der Aufnahme gezahlt. (§ 12 II.) — (Wegen seines Ersatzes bei Ausschluß vgl. § 15 I. 4; wegen Erlasses bei Wiedereintritt § 13.)

## § 12.

### B. Verfahren.

I.) Wie schon bemerkt (§ 11 I.), erfordert der Eintritt in die eingeschriebenen Hilfskassen eine bestimmte vorherige Aeußerung der Bewerber, über welche auch im Kassenstatut Bestimmung getroffen werden kann (§ 4 III. 2). Nach § 6 des Hilfskassen-Gesetzes vom 7. April 1876 soll dieselbe entweder in einer schriftlichen, wenngleich nicht gerade notariellen Erklärung, welche dann am Besten direkt an den Kassenvorstand, auch zunächst an eine etwaige örtliche<sup>4)</sup> Verwaltungsstelle (§ 26 III.), zu richten ist, oder in der Unterzeichnung des Statuts bestehen, wobei Handzeichen Schreibensunkundiger der Beglaubigung durch ein Mitglied des Vorstands oder<sup>5)</sup> einer örtlichen Verwaltungsstelle bedürfen. Gleiches wird beim Wiedereintritt Ausgetretener (§ 13) gelten. — Auch bei Eintritt bestehender Krankenkassen im Ganzen sind jene Förmlichkeiten von jedem einzelnen Mitgliede derselben zu erfüllen.<sup>6)</sup> — Die durch Artikel 1 des inzwischen wieder aufgehobenen (§ 1) Gesetzes vom 8. April 1876 und durch § 49 des Krankenversicherungs-Gesetzes vom 15. Juni 1883, übrigens auch nur bei versicherungspflichtigen Arbeitern, vorgeschriebene Meldepflicht der Arbeitgeber ist auf die jetzigen eingeschriebenen Hilfskassen nicht erstreckt (§ 19 III. 3).

II.) Ob bei Erfüllung vorstehender Förmlichkeiten und bei nachgewiesener Genüfung der sachlichen Voraussetzungen (§ 11 III.) die Aufnahme ohne Weiteres vorhanden ist und bei sich ergebendem Widerstande selbst nöthigenfalls im Prozeßwege erstritten werden kann, oder noch erst förmlich verfügt werden muß, ist gesetzlich nicht bestimmt und deshalb durch das Kassenstatut zu ordnen (§ 4 I. 2).

<sup>1)</sup> Boeckhe, Krankenversicherung S. 203, N.-B. 1885 S. 228.

<sup>2)</sup> Comment. § 63 III.

<sup>3)</sup> citat. §§ 4 II., 26 II.

<sup>4)</sup> Nov. v. 1. Juni 1884 Art. 11 § 19 a.

<sup>5)</sup> Nov. citat. Art. 4 und Art. 11 § 19 a.

<sup>6)</sup> nach Reichskanzler-Rescript v. 28. Dezember 1883.



Im ersteren Falle zieht auch die nur bei einer örtlichen Verwaltungsstelle (§ 26 III.) abgegebene Beitritts-Erklärung die sofortige Aufnahme nach sich<sup>1)</sup>. Im anderen Falle dagegen — auch nach dem Normalstatut (§ 3) — beschließt regelmäßig zunächst der Vorstand, gegen dessen ablehnenden, dann immer schriftlich abzugebenden Bescheid dem Betroffenen Beschwerde an die General-Versammlung freizulassen ist; die Prüfung wird sich aber auch dann billiger Weise immer nur auf Erfüllung der vorgenannten formellen und sachlichen Bedingungen erstrecken können. — Beim bloßen Wiedereintritt Ausgeschiedener (§ 13) pflegt das förmliche Aufnahme-Verfahren wegzufallen. — Die aufgenommenen Personen erhalten<sup>2)</sup> ein Exemplar des Kassenstatuts mit angehängtem Quittungsbuche (§ 16, 6) und bezahlen gleichzeitig das Eintrittsgeld (§ 11 III. 6), sowie auch regelmäßig die ersten Beiträge (§ 16, 6). — (Wegen statistischer Uebersichten über die Mitglieder vgl. § 29, 2.)

## IX. Verlust und Ende der Kassenmitgliedschaft.

### § 13.

#### A. Durch unmittelbares Erlöschen.

Während das sofortige Aufhören der Kassenmitgliedschaft in den Einrichtungen der Krankenversicherung außer an den Tod des Versicherten besonders noch an das Scheiden desselben aus der betreffenden Beschäftigung<sup>3)</sup> sowie bei den Berechtigten an Beitrags-Rückstände<sup>4)</sup> geknüpft ist und dort häufig zur Frage kommt, enthält das Hilfskassen-Gesetz vom 7. April 1876 in dieser Beziehung gar keine besonderen Vorschriften, weshalb diese, falls sie überhaupt beabsichtigt werden, im Kassenstatut getroffen werden müssen (§ 4 II. 3).

Ein, übrigens selbstverständlicher, sofortiger Endigungsgrund ist auch hier der Tod des Kassenmitglieds, dessen Familiengenossen dann höchstens noch Anspruch auf das Sterbegeld (§ 18 III. 5) haben. Die gleiche Wirkung haben der Wegzug vom Orte (§ 9) der nur örtlich eingerichteten Kasse, sowie das Scheiden aus der betreffenden Beschäftigung bei einer berufsmäßig organisierten (§ 11 III. 1) Kasse, in welchem letzteren Falle das nach § 27 des Krankenversicherungs-Gesetzes dann den Versicherten unter Umständen gestattete Verbleiben in der Kasse<sup>5)</sup>, sowie die nach § 28 desselben ihnen wenigstens auf kurze Zeit noch gewährte Erhaltung ihrer vollen Unterstützungsansprüche<sup>6)</sup> auf Mitglieder eingeschriebener Hilfskassen nicht erstreckt ist (§ 17 II.). In Betracht kommen endlich Vermögensverlust, Erbverlust, Ausschweifungen, Beitragsrückstände, wenngleich diese alle ebenfugot als Ausschußgründe benommen werden können (§ 15 I. 2). Falls diese Unterbrechung der Kassenmitgliedschaft nur eine einstweilige ist, namentlich bei einer längern Reise oder bei Genüßung der Militärpflicht, wird wohl nur ein bloßes Ruhen derselben in den Kassenstatuten angenommen, zu der Folge, daß nach Beendigung jener Störungen den sich zum Wiedereintritt Meldenden die förmliche Aufnahme (§ 12 II.) sowie das Eintrittsgeld (§ 11 a. E.) erlassen wird, wenn dann nur überhaupt noch

<sup>1)</sup> A.-B. 1885 S. 316; 1886 S. 260; vgl. Note 4, S. 15.

<sup>2)</sup> A.-B. 1885 S. 331.

<sup>3)</sup> Comment. citat. § 1 VI.

<sup>4)</sup> citat. §§ 4. a. E., 11, 19 II., 27.

<sup>5)</sup> Comment. § 27.

<sup>6)</sup> citat. § 28.



die Bedingungen des ersten Eintritts (§ 11, III.) erfüllt bleiben; wogegen bei den Instituten der Krankenversicherung für solche Fälle schon durch das im vorerwähnten § 27 verliehene Recht der einseitigen Erhaltung der Rassenangehörigkeit zur Genüge gesorgt ist. (Wegen Ausgleichung etwaiger Anfangs-Karenz vgl. § 18 I. 1.) — Mit dem Ablauf der einzelnen Unterstützungsfrist (§ 19 I. 5) an sich schon, und wenn nicht gleichzeitig die vorstehenden Endigungsgründe eintreten, ist endlich keineswegs auch das völlige Aufhören der Rassenmitgliedschaft verbunden, sondern die auch schon der Armenkasse Zugefallenen können noch immer Genossen der Hilfskassen sein.

#### § 14.

##### B. Durch Austritt.

I.) Das freiwillige Verlassen der betreffenden Rassen ist nach dem Krankenversicherungs-Gesetz<sup>1)</sup> vom 15. Juni 1883 nur bei Gemeinde-Krankenversicherung allen Beteiligten ohne Fristen und zu jeder Zeit, aber bei den anderen Einrichtungen desselben allein den Berechtigten in gleicher Weise und den Verpflichteten nur nach vorheriger mindestens dreimonatlicher Kündigung und am Schlusse des Rechnungsjahres gestattet — von welchem letzteren Erfordernisse nur zeitweilig Abstand genommen ist (§ 19. III. 1). Das Gesetz vom 7. April 1876 dagegen enthält für Genossen eingeschriebener Hilfskassen überall keine Erschwerung ihres Austritts: derselbe ist deshalb an sich jeder Zeit frei und bedarf nur einer schriftlichen oder auch mündlichen Erklärung bei der Rassenverwaltung oder der örtlichen Verwaltungsstelle<sup>2)</sup>, von welcher dann eine betreffende Bescheinigung zu erteilen ist<sup>3)</sup>. Falls aber kürzere Kündigungsfristen beliebt werden, müssen sie im Rassenstatut bestimmt werden (§ 4 I. 2). Die Rassenmitgliedschaft endet ohne Weiteres mit dem Tage des wirklichen Austritts; (wegen der Beitragshaftung Ausgetretener vgl. § 16. 2 a., sowie wegen ihrer Unterstützungsfrist § 17. II.) Ausgetretene, nach dem Krankenversicherungs-Gesetz an sich Versicherungspflichtige fallen sofort wieder in die entsprechenden Einrichtungen des letzteren, gegen welche dann auch ihre Unterstützungsansprüche ohne Weiteres erwachen; falls sie dann etwa noch gleichzeitig eine Unterstützungsfrist gegenüber den von ihnen verlassenen eingeschriebenen Hilfskassen haben (§ 18 I. 1) und während derselben erkranken, so beziehen sie nach dem Grundsatz der Doppelversicherung (§ 11 III. 5) die Hilfen aus letzteren ungeschmälert, dagegen diejenigen aus dem Krankenversicherungsgesetz gemäß § 26 desselben nur in gekürztem Betrage<sup>4)</sup>. — (Wegen freiwilligen Uebertritts von verbleibenden Genossen der eingeschriebenen Hilfskassen in Einrichtungen des Krankenversicherungsgesetzes und auch dadurch begründeter Doppelversicherung vgl. S. 15 Bem. 2.)

II.) So wenig als wegen neu eintretender Rassenmitglieder (§ 12 I), ist auch wegen austretender die Meldepflicht der Arbeitgeber aus § 49 des Krankenversicherungsgesetzes auf die eingeschriebenen Hilfskassen ausgedehnt. Dagegen gilt auch für letztere, wenn sie gemäß § 75 des Krankenversicherungsgesetzes organisiert sind und ihre Mitgliedschaft von der Verpflichtung zur Gemeinde-Krankenversicherung oder zur Ortskrankenkasse befreiet (§ 19 III), der § 76 desselben<sup>5)</sup>. Hiernach kann, falls für einen bestimmten Bezirk eine ge-

<sup>1)</sup> Comment. citat §§ 4 II., III.; 19 I., II.; 63 I; 73.

<sup>2)</sup> Nov. v. 1. Juni 1884 Artf. 11 § 19 a.

<sup>3)</sup> N.-B. 1885 S. 223.

<sup>4)</sup> N.-B. 1885 S. 136; Comment. § 26. III.

<sup>5)</sup> Comment. § 76.



gemeinsame Meldestelle errichtet ist, die Aufsichtsbehörde in der für Veröffentlichungen der Gemeindebehörden vorgeschriebenen oder ortsüblichen Form anordnen, daß jene innerhalb dieses Bezirkes befindlichen eingeschriebenen Hülfsklassen jeden Austritt eines Mitglieds binnen einer Woche und bei einer durch § 81 desselben Gesetzes bestimmten Geldstrafe bei der Meldestelle zur Anzeige bringen; zur Abstattung der letzteren ist für jede Kasse, sofern deren Vorstand keine andere Person benennt, deren Kassen- und Rechnungsführer verpflichtet. Aber auch selbst, ganz abgesehen von Errichtung einer gemeinsamen Meldestelle<sup>1)</sup>, darf die Aufsichtsbehörde nach dem Gesetz vom 7. April 1876 § 27 und 33, der Novelle vom 1. Juni 1884 Artikel 15 § 27 und Artikel 17 § 33, sowie gemäß der Preussischen Ausführungs-Instruktion vom 14. Juli 1884 § 12 b bestimmen und nöthigenfalls durch Geldstrafen sowie durch sonstige landesgesetzlich gestattete Zwangsmittel, gegen welche den Betroffenen Rekurs mit Verfahren nach § 20 und 21 der Reichsgewerbeordnung zulieft, erzwingen, daß jene eingeschriebenen Hülfsklassen oder etwa bestehende örtliche Verwaltungsstellen derselben (§ 26 III) den Austritt von Mitgliedern, welche sich im Bezirk jener Aufsichtsbehörde aufhalten, ihr binnen bestimmter Frist anzeigen. Hierdurch wird letzterer die Kontrolle über das fernere Verbleiben der nach dem Krankenversicherungs-Gesetz etwa Versicherungspflichtigen erleichtert.

#### § 15.

##### C. Durch Ausschluß.

Während die Bestimmungen über Austritt (§ 14) im Krankenversicherungs-Gesetz vom 15. Juni 1883 eingehender berücksichtigt sind als im Hülfsklassen-Gesetz vom 7. April 1876, herrscht hinsichtlich des Ausschlusses das umgekehrte Verhältniß: denn derselbe kann nach ersterem nur wegen Betruges, auch nur bei den organisirten Kassen und nicht bei der Gemeinde-Krankenversicherung<sup>2)</sup>, nach letzterem aber gegenüber den Genossen der eingeschriebenen Hülfsklassen in einer Mehrzahl von Fällen verfügt werden, wenngleich dann auch ebenjogut sofortiges Erlöschen der Kassenmitgliedschaft ohne den besonderen Akt des Ausschlusses daran geknüpft werden kann (§ 13).

I.) Das Gesetz vom 7. April 1876 gebietet im Eingang des § 15, daß der Ausschluß von Mitgliedern aus der Kasse nur unter den im Kassenstatut (§ 4 I. 2) bezeichneten Gründen erfolgen kann. Gleichzeitig entzieht es zur Vermeidung von Willkür diese Gründe dem freien Ermessen der Kasse und bestimmt dieselben ganz speziell, nennt auch nur solche, welche zum Schutz gegen Beeinflussung durch fremde Elemente schon in der Verfassung und Verwaltung der Kasse an sich ihre volle Berechtigung finden. Hiernach unzulässige Ausschluß-Verfügungen können mit Schließung der Kasse (§ 28 II. 6), auch mit Strafen (§ 29) geahndet werden, wie denn auch den Betroffenen der gerichtliche Klageweg auf Anerkennung ihrer Mitgliedschaft zustehen wird. Von völligem Ausschluß aus der Kasse wohl zu unterscheiden sind aber die Anfangskarenzen (§§ 18 I. 1; 20 II. 7), theilweise mit nachträglicher Ausgleichung (§ 18 I. 1), sowie die Minderung (§ 19 I. 6; 20 III) der Unterstützung bei verbleibenden Kassenmitgliedern. — Ausschluß-Gründe sind nun nach dem Gesetze:

- 1) der Wegfall einer die Aufnahme bedingenden Voraussetzung. Damit hierdurch keine zu enge Schranke für Ausschließung unwürdiger Kassenossen eintrete, empfiehlt es sich, schon die kassenstatutarischen

<sup>1)</sup> A.-B. 1885 S. 310, 346, 456; 1886 S. 23.

<sup>2)</sup> Commentar citat. §§ 4 II., III.; 26 IV.; 64, 72, 73.



Aufnahme-Bedingungen (§ 11 III) möglichst eingehend und sorgfältig festzustellen.

- a. Wenn der Eintritt in eine örtlich begrenzte oder berufsmäßig organisierte Kasse vom Aufenthalt an dem betreffenden Orte oder von der Ausübung des entsprechenden Berufes abhängt, und später Wegzug oder Scheiden aus der Beschäftigung eintritt, wird freilich nicht sosehr förmlicher Ausschuß als sofortiges Erlöschen der Kassenmitgliedschaft zur Frage kommen (§ 13).
- b. Falls ein bestimmtes Lebensalter oder Gesundheit und Arbeitskraft zur Aufnahme erfordert wird, und hierüber dann unrichtige Aussagen gemacht und falsche Zeugnisse beigebracht werden, kann Ausschuß verhängt werden<sup>1)</sup>. Anders, wenn erst nach und während der redlich erworbenen Kassenmitgliedschaft jene Altersgrenze überschritten wird oder der Gesundheitszustand sich ändert: der Ausschuß ist dann gesetzlich verboten<sup>2)</sup>. (Vgl. aber § 16. 7.)
- c. Falls bürgerliche Ehrenrechte, geordnete Vermögensverhältnisse, geregelter Lebenswandel Bedingungen der Aufnahme sind und auch der Nachweis dieser Erfordernisse auf Täuschung beruht oder die Kassenmitglieder nachträglich ihre bürgerliche Ehre verloren haben, oder in Vermögensverfall gerathen sind, oder sich Ausschwörungen ergeben, kann ebenfalls Ausschuß erfolgen.
- 2) Ein zweiter gesetzlicher Ausschuß-Grund ist Zahlungssäumniß — sowohl von nicht förmlich gestundeten Beiträgen (§ 16), auch ohne das Erforderniß mehrerer Termins-Rückstände, als gewiß ebenso auch von Ordnungsstrafen (§ 22. 1), wodurch der Mangel des administrativen Exekutionszwanges (§ 10. 4) einigermaßen ersetzt wird; der Ausschuß Säumniger kann sogar durch Schließung der Kasse erzwungen werden (§ 28 II. 1). — (Wegen hier geltender Unterstützungsfrist vgl. § 18 I. 1.) —
- 3) Weiter nennt das Gesetz als Ausschuß-Grund eine solche strafbare Handlung, welche eine Verletzung der Bestimmungen des Statuts in sich schließt. Nach dem Wortlaut kann hierunter nur eine strafbare Handlung im Sinne des Strafgesetzbuches, also ein Verbrechen, Vergehen, eine Uebertretung, verstanden und muß eine vorhergegangene rechtskräftige Verurtheilung<sup>3)</sup> vorausgesetzt werden. Wie nach § 26. 1 des Krankenversicherungs-Gesetzes<sup>4)</sup>, wird auch Betrug, namentlich Simulation<sup>5)</sup>, hierher zu rechnen sein — nicht aber Vereitelung oder Erschwerung der Kur durch Vernichtung der Heilmittel, durch Umgehung der Krankenkontrolle (§ 19 I. 6), für welche Fälle gerade Ordnungsstrafen (§ 22. 1) an ihrem Platze sein werden<sup>6)</sup>.
- 4) Dagegen können nach dem Gesetz wegen Austritts oder Ausschlusses aus einer Gesellschaft oder einem Vereine Mitglieder aus der

<sup>1)</sup> Nach § 7 des Normalstatuts (§ 3).

<sup>2)</sup> Nov. v. 1. Juni 1884 Artf. 10.

<sup>3)</sup> Auch nach dem Normalstatut.

<sup>4)</sup> Comment. § 26 IV. a.

<sup>5)</sup> N.-B. 1886 S. 116.

<sup>6)</sup> N.-B. 1885 S. 316, 317; 1886 S. 46.



Kasse nicht ausgeschlossen werden, wenn sie der letzteren bereits zwei Jahre angehört haben, und gebührt denselben auch selbst bei einem früheren, an sich zulässigen, Ausschlusse Anspruch auf Ersatz des von ihnen bezahlten Eintrittsgeldes (§ 11 III. 6). Diese Bestimmung steht im Zusammenhang mit derjenigen im § 11 II. 1, und soll ältere Mitglieder, welchen als solchen (§ 11 III. 2) andere Hilfskassen kaum noch offen stehen, gegen die Härte eines späten Ausschlusses sichern. Die 2jährige Frist wird, wo eine besondere Aufnahme stattfindet, von dieser an, sonst aber schon seit der Beitritts-Erklärung zu rechnen sein (§ 12 II.).

II.) Die Kassenmitgliedschaft wird hier nicht schon durch die Ausschluss-Verfügung, sondern erst mit dem Zeitpunkte ihrer Infirmation an den Betroffenen endigen, zumal wenn dessen Aufenthaltsort bekannt ist (vgl. bei III.) Wegen der damit gleichzeitig entstehenden Angehörigkeit desselben zu den Einrichtungen des Krankenversicherungsgesetzes vgl. auch hier § 14 I. (Wegen Beitragshaftung Ausgeschlossener sowie wegen ihrer Unterstützungsfrist vgl. §§ 16. 2 a. und 17 II.) Die Meldepflicht aus § 49 des Krankenversicherungsgesetzes gilt hier so wenig als die nur auf den Austritt der Kassengenossen sich erstreckende Anzeige der letzteren bei der gemeinsamen Meldestelle (§ 14 II.) gemäß § 76 desselben, dagegen greifen die, überhaupt nur das Ausscheiden von Mitgliedern bezielenden §§ 27 und 33 des Hilfskassen-Gesetzes und der Novelle (§ 14 II.) auch hier Platz.

III.) Wegen des Verfahrens enthalten die Gesetze keine Vorschrift. Das Normalstatut aber (§ 3) bestimmt hierüber:

Der Ausschluss erfolgt durch den Vorstand (§ 23 IV.) Der Beschluß desselben ist dem ausgeschlossenen Mitgliede, falls dessen Aufenthaltsort bekannt ist (vgl. bei II), unter Angabe der Gründe sofort mitzutheilen. Gegen den Beschluß ist innerhalb zwei Wochen, vom Tage der Behändigung desselben ab, die Berufung an die Generalversammlung (§ 25 III), nicht aber an die örtliche Verwaltungsstelle (§ 26 III.) gestattet. Die Berufung hat aufschiebende Wirkung.

Wegen Ausschlusses aus unzulässigen Gründen wird daneben der gewöhnliche Klageweg offen stehen (vgl. bei I.)

## § 16.

### X. Kassen-Beiträge.

1) Wie bei den Einrichtungen des Krankenversicherungsgesetzes<sup>1)</sup>, herrscht auch bei den eingeschriebenen Hilfskassen der Grundsatz der Gegenseitigkeit (§ 7. 1). Hiernach sind die Mitglieder derselben, worunter hier freilich nicht wesentlich Berufsgenossen verstanden werden (§ 11 III. 1), zu regelmäßigen Beiträgen verpflichtet, erhalten dagegen aber auch, ganz abgesehen von ihren sonstigen Vermögensverhältnissen, wohlbegründete Ansprüche auf Kassenleistungen (§ 17 I.), welche letzteren dadurch gleichzeitig den Charakter von Armen-Unterstützungen verlieren. Die Bedürfnisse der Kassen müssen ganz oder größtentheils durch derartige Beiträge befriedigt werden (§ 22. 1); solche Kassen, welche wesentlich auf andere Deckungsmittel, namentlich auch auf ein eigenes festes Vermögen und nur zum Schein auf Beiträge angewiesen sind, können gar nicht die Rechte eingeschriebener Hilfskassen (§ 10) erlangen (vgl. noch hier 3 a.)

<sup>1)</sup> Comment. citat. § 1 II.



2) Das Hülfsklassen-Gesetz vom 7. April 1876 verordnet nun in § 8 wegen der Beiträge zunächst:

Die Mitglieder sind der Kasse gegenüber lediglich zu den auf Grund dieses Gesetzes und des Statuts festgestellten Beiträgen verpflichtet.

Diese Bestimmung ist auch wörtlich in § 29 des Krankenversicherungs-Gesetzes vom 15. Juni 1883 übergegangen. Letzteres sagt aber noch ebendort weiter<sup>1)</sup>:

Zu anderen Zwecken als den statutenmäßigen Unterstützungen, der statutenmäßigen Ansammlung und Ergänzung des Reservefonds (§ 22. 2) und der Deckung der Verwaltungskosten (§ 23 IV.) dürfen weder Beiträge von Mitgliedern erhoben werden, noch Verwendungen aus dem Vermögen der Kasse erfolgen (§ 22. 1).

Aber auch dieser Zusatz ist nicht neu, sondern findet sich bereits wesentlich im § 13 des Hülfsklassen-Gesetzes, erläutert durch Art. 9 a. E. der Novelle vom 1. Juni 1884, wobei letztere freilich auffallender Weise die Berücksichtigung des erst von ihr auch bei eingeschriebenen Hülfsklassen eingeführten Reservefonds außer Acht läßt.

Zu vorstehenden Gesetzesstellen ist zu bemerken:

- a) Nur die wirklichen Mitglieder sind zu solchen Beiträgen verpflichtet. — Dadurch ist nicht ausgeschlossen, daß jene auch noch nach ihrem Ausscheiden aus der Kasse (§§ 13—15) die erst dann fälligen letzten Beiträge zahlen müssen (unten bei 6), wie sie denn hierzu (§§ 27 II., 28 III.) auch bei Auflösung und Schließung der Kasse angehalten werden; wohl aber dürfen nach Reichskanzler-Reskript vom 28. Dezember 1883 frühere Mitglieder zur Deckung von Kassenschulden, selbst zu den während ihrer Mitgliedschaft entstandenen, nicht nachträglich herangezogen werden (§ 10. 3). — Anders aber als bei den Versicherungspflichtigen des Krankenversicherungs-Gesetzes, jedoch ebenso wie bei den Berechtigten desselben, sind hier ferner die Arbeitgeber weder zu Vor- noch zu Zuschüssen verpflichtet<sup>2)</sup>, sondern die ganze Beitragslast trifft ausschließlich die Mitglieder selbst; die entgegengesetzten Bestimmungen in §§ 9, 16 und 21 des Hülfsklassen-Gesetzes, welche auf dem Gesetze vom 8. April 1876 beruhten, sind mit demselben gefallen (§ 1) und durch Novelle vom 1. Juni 1884 Art. 7 ausdrücklich aufgehoben (vgl. § 4 I. 3, 5, 6).
- b) Diese Verpflichtung der Mitglieder herrscht nur der Kasse gegenüber; vgl. schon § 10. 3.
- c) Das Gesetz selbst enthält nur die nachfolgenden allgemeinen Vorschriften; es ist daher wesentlich Sache des Kassenstatuts — nicht aber des Vorstands (§ 23 IV.) — die Beiträge zu bestimmen und nöthigenfalls nach Bedarf zu ändern (§ 4 I. 3; § 6; § 22. 2). Nach Reichskanzler-Reskript vom 28. Dezember 1883 soll auch der Vorstand oder Ausschuß (§ 24) keine sogenannten Extrasteuern erheben dürfen.
- d) Die Beschränkung der Zwecke der Beiträge entspricht bereits Gefagtem (§§ 4 V.; 7. 4). Zuwiderhandlungen können sogar Schließung der

<sup>1)</sup> citat. § 29 I.

<sup>2)</sup> Comment. §§ 51 ff.





Kasse herbeiführen (§ 28 II. 4). Selbst Annahme und Verwendung freiwilliger Beiträge zu anderen Zwecken ist unzulässig.

3) Weiter sagt das Hilfskassen-Gesetz:

Nach Maßgabe des Geschlechts, des Gesundheitszustandes, des Lebensalters, der Beschäftigung oder des Beschäftigungsortes<sup>1)</sup> der Mitglieder darf die Höhe der Beiträge verschieden bemessen werden. Hierzu wird bemerkt:

a) Wie, im Gegensatz zu den Instituten der Krankenversicherung, bei Gründung der eingeschriebenen Hilfskassen kein Nachweis der Lebensfähigkeit durch vorhandene Mittel erfordert wird (§ 2), so lehnen sich weiter auch hier von vorn herein die Beiträge an keinen gewissen — sei es ortsüblichen<sup>2)</sup> oder klassifizierten<sup>3)</sup> Durchschnitts- oder wirklichen<sup>4)</sup> — Arbeitslohn, noch werden sie im Mindest- und Höchstbetrage bestimmt festgestellt.<sup>5)</sup> Nach Reichskanzler-Reskript vom 28. Dezember 1883 stehen sie in dieser Beziehung ganz im freien Willen der Kasse mit dem einzigen Verbote einer solchen Minderung und Herabsetzung, daß dadurch eine willkürliche Umgehung der Zwecke des Gesetzes eintreten würde (vgl. vorstehend unter 1); es herrscht hier überall kein festes allgemeines Verhältniß der Beiträge zu den Kassenleistungen, um die Zulänglichkeit der ersteren zu sichern. — Erst die Novelle vom 1. Juni 1884 hat hier einige Garantien geschaffen (§ 22. 2).

b) Das Gesetz selbst beschränkt sich hierbei darauf, einzelne — für die von der Kasse den Mitgliedern gegenüber übernommene Gefahr einflußreiche — Momente festzustellen, nach denen die Beiträge in der Höhe verschieden bemessen, mehrere Klassen derselben gebildet werden dürfen, worauf die Kasse also auch verzichten kann. — Dieselben sind:

Geschlecht und Lebensalter, wie auch für die Einrichtungen des Krankenversicherungs-Gesetzes<sup>6)</sup>,

Beschäftigung, ebenfalls nach letzterem<sup>7)</sup>,

Beschäftigungsort, neu aufgenommen, aber erfahrungsmäßig ebenfalls von Einfluß auf die Krankheits-Gefahr,

Gesundheitszustand, aber nicht nach dem Krankenversicherungs-Gesetz<sup>8)</sup>.

Hiernach können also von den Mitgliedern derselben Hilfskasse die im jugendlichen wie nahe dem Greisen-Alter stehenden, die weiblichen, die in einem an sich gefährlicheren Betriebe oder Ort beschäftigten, endlich die gebrechlichen, schärfer zu Beiträgen herangezogen werden, weil die Kasse, wenn sie jene überhaupt aufnimmt (§ 11 III. 2. 3), mehr bei ihnen riskirt. Die Unterstützungssätze dagegen können dann für alle die gleichen verbleiben, weil der größeren Gefahr schon durch die erhöhten Beiträge Rechnung getragen ist. Umgekehrt können aber

<sup>1)</sup> Dieser ist eingefügt durch Nov. v. 1. Juni 1884 Artf. 6.

<sup>2)</sup> Comment. § 8.

<sup>3)</sup> citat. § 20 I.

<sup>4)</sup> citat. § 64 (zu § 20).

<sup>5)</sup> citat. §§ 9 u. 10 II., 31.

<sup>6)</sup> Comment. §§ 8, 20 I.

<sup>7)</sup> citat. § 31 I.

<sup>8)</sup> citat. § 31 I.



auch ebenso gut und mit dem gleichen Erfolge bei den Vorgenannten unter Beibehaltung gleicher Beiträge niederigere Unterstützungen, als bei den anderen Klassenmitgliedern, verabreicht, also verschiedene Unterstützungsklassen innerhalb der für diese zulässigen Abstufungen (§ 19 I. 3; 20 II. 1) eingerichtet werden.

4) Im Gegensatz zu letzterem Verfahren ist nach dem Hilfsklassen-Gesetz auch

die Einrichtung von Mitglieder-Klassen mit verschiedenen Beitrags- und Unterstützungsfähigkeiten zulässig.

Die Ausgleichung der größeren Gefahr wird dann nach beiden Richtungen hin entsprechend vertheilt.

5) Endlich müssen aber nach dem Gesetz im Uebrigen die Beiträge und Unterstützungen für alle Mitglieder nach gleichen Grundsätzen abgemessen sein.

Anderweitige Ungleichheiten und Verschiedenheiten in den Beiträgen und Unterstützungen sind hiernach ausgeschlossen und desfallige kassenstatutarische Bestimmungen zu streichen (§ 5 I., 6 I.). Hiernach dürfen also keine anderen Abmessungs-Momente als die unter 3 vorgenannten aufgestellt, noch innerhalb der verschiedenen Klassen die einzelnen Personen abweichend benommen werden. Einer willkürlichen und ungerechten Behandlung der letzteren ist auf diese Art vorgebeugt.

6) Wegen des bei Zahlung der Beiträge zu beobachtenden Verfahrens bestimmt das Normalstatut (§ 3) im § 9:

Jedes Mitglied hat bis auf Weiteres einen regelmäßigen Beitrag von — — — monatlich im Voraus zu zahlen, welcher (gegen Empfangsbcheinigung im Quittungsbuch) am ersten Sonntag eines jeden Monats während der vom Vorstande zu bestimmenden Stunden (nach beendigtem Nachmittags-Gottesdienst) an den Kassirer (§ 23 IV.) zu entrichten ist (oder innerhalb der ersten Woche eines jeden Monats vom Kassenboten abgeholt wird<sup>1)</sup>). Die Pflicht zur Zahlung beginnt mit dem Anfange desjenigen Kalendermonats, in welchem der Beitritt erfolgt (vgl. auch § 12 II.), und erlischt mit dem Schluß desjenigen Kalendermonats, in welchem der Austritt oder Ausschuß erfolgt ist (vgl. oben 2 a.)

Für abwesende Mitglieder wird kostenfreie Einsendung der Beiträge kassenstatutarisch zu bestimmen sein, soweit nicht örtliche Verwaltungsstellen (§ 26 III.) die Erhebung besorgen; wegen Erleichterung bei Verbänden vgl. § 30. Ueber Stundungen und die zu ertheilenden Fristen entscheiden regelmäßig die Kassenvorstände (§ 23 IV.), auch wohl etwaige örtliche Verwaltungsstellen. — (Wegen Streitigkeiten über Beitragspflicht vgl. § 10. 2, wegen Beitreibung der Beiträge § 10. 3, wegen ihrer Anrechnung auf Unterstützungen § 17 III., wegen Ausscheidens von Beitrags-Schuldnern aus der Kasse §§ 13 und 15 I. 2, wegen Verlustes des Stimmrechts der Schuldner § 25 II., wegen Schließung der Kasse bei Nachlässigkeit in Beitreibung von Beiträgen und im Ausschuß der Schuldner § 28 II. 1.) — Fällig gewordene rückständige Forderungen gehören zum Vermögen der Kasse (§ 22. 4). (Wegen statistischer Uebersichten über die vereinnahmten Beiträge vgl. § 29. 2.)

<sup>1)</sup> M.-B. 1886 S. 33 ff.



7) Besonderer Erörterung bedarf hier schließlich noch die Zahlungspflicht der durch Krankheit<sup>1)</sup> Erwerbsunfähigen. Falls die Rassen-Mitgliedschaft derselben durch ihre thatsächliche Beschäftigung in einem bestimmten Berufe bedingt war und durch das nothgedrungene Niederlegen der letzteren ebenfalls endigt (§ 13), hört selbstverständlich auch gleichzeitig ihre Beitragspflicht auf, welche nur wirklichen Mitgliedern obliegt (vgl. vorstehend unter 1, 2, 3). Anders dagegen, wenn kassenstatutatorisch ihre Rassenmitgliedschaft durch Erwerbsunfähigkeit garnicht aufgehoben wird. Nur billig erscheint es dann, von Beiträgen abzusehen, weil diese zunächst vom Arbeitsverdienst zu bestreiten sind, welcher aber dann garnicht vorhanden ist; auch das Normalstatut (§ 3) im § 9 erläßt dann die Beiträge. Weil ferner entgegengesetzten Falles nur zu leicht Rückstände entstehen, welche dann zum Ausschluß der Schuldner führen (§ 15 I. 2), würde hierdurch das gesetzliche Verbot des Ausschlusses wegen Krankheit (§ 15 I. 1 b.) umgangen werden können. Das Gesetz endlich gestattet zwar ausdrücklich eine Aufrechnung der Unterstützungs-Ansprüche Kranker auf geschuldete Beiträge; jedoch wird dieselbe nur für solche Fälle zu verstehen sein, wo die kassenstatutatorischen Unterstützungen das gesetzliche Mindestmaaß überschreiten (§ 17 III.), und dann nur auf den Mehrbetrag. (§ 20 II. 1.)

## XI. Unterstützungen.

### § 17.

#### A. Charakter und Verhältnisse derselben.

I.) Dem Grundsatz der Gegenseitigkeit (§ 16. 1) entsprechend, liegen den eingeschriebenen Hilfskassen für die empfangenen Beiträge wiederum Unterstützungen ob. Dieselben beschränken sich nach ihrem Zwecke (§§ 7 und 16. 2) auf Krankheit und nebenbei auf Sterbefall; bei Ueberschreitung solches Zweckes kann selbst Schließung der Kassen erfolgen (§ 28 II. 4). Empfangsberechtigt sind regelmäßig nur die Mitglieder der Kasse (§ 7. 1), diese haben aber auch, sie mögen vermögenslos sein oder nicht, für ihre Beiträge einen wohlbegründeten Anspruch auf jene Unterstützungen, welche beide sonst freilich in keinem festen allgemeinen Verhältniß zu einander stehen (§ 16. 3). Hiernach gelten, obgleich § 77 des Krankenversicherungs-Gesetzes in das Hilfskassen-Gesetz nicht aufgenommen ist, doch thatsächlich die Bestimmungen desselben auch hier dahin, daß obige Unterstützungen in keiner Weise als Ausflüsse der öffentlichen Armenpflege oder Almosen anzusehen sind (§ 16. 1 und 7 a. E.)

II.) Diese Unterstützungsansprüche beginnen mit dem Anfang der Rassen-Mitgliedschaft (§ 11), soweit nicht Anfangs-Karenzen bestimmt sind (§ 18 I.; 20 II. 7), und endigen ebenso mit dem Aufhören der Rassenangehörigkeit (§ 13 ff.), soweit sie nicht im einzelnen Falle (§ 18 I. 1) ausdrücklich darüber hinaus erstreckt sind; die einstweilige Erhaltung derselben nach dem Ausscheiden aus der Kasse gemäß § 28 des Krankenversicherungs-Gesetzes ist hierher nicht ausgedehnt. Im Gegensatz hierzu ist die Rassenmitgliedschaft von Ablauf der Unterstützungs-Frist unabhängig. (§ 13 a. E.) — Eine völlige Entziehung der Unterstützungen ist nur bei den genannten Anfangs-Karenzen, eine theilweise Schmälerung nur ausnahmsweise (§ 7. 3), auch nicht bei Doppelversicherung (§§ 11 III. 5; 14 I.), zulässig. — (Wegen Streitigkeiten über Unterstützungs-Ansprüche und dann zu

<sup>1)</sup> Auch bei Wochenbett weiblicher Arbeiter, wenngleich dasselbe nicht als eigentliche Krankheit gilt (§ 7. 2). — Vgl. aber A.-B. 1885 S. 456; 1886 S. 194.



stehenden Kostenvorschußes vgl. § 10. 2. — Wegen Erleichterung der Zahlung bei Verbänden vgl. § 30). Wegen Rückstandes in Zahlung (§ 19 I. 3) fälliger, nicht streitiger Unterstützungen kann Schließung der Kasse verfügt werden (§ 28 II. 2); (wegen Sicherung jener bei Auflösung und Schließung der Kasse vgl. § 27 II.; 28 III.)

III.) Zur Bewahrung der Unterstützungen vor unzulässigen Schmälerungen — also doch immer nur, soweit Mindestleistungen der Kassen vorliegen, welche keines Falls weiter herabgesetzt werden dürfen (§ 19), — können die darauf zustehenden Ansprüche und Forderungen nach § 10 des Hilfskassen-Gesetzes und nach dem, im Anschluß an § 56 des Krankenversicherungs-Gesetzes gemachten, Zusatz des Artikels 8 der Novelle vom 1. Juni 1884 mit rechtlicher Wirkung — also zu der Folge, daß die Hilfskassen dann jene nicht weiter an ihre betreffenden Mitglieder zu leisten brauchen — auf keine Weise weder in Zwangs- vollstreckung noch durch Vertrag verpfändet, übertragen oder gepfändet werden. Dagegen dürfen sie auf geschuldete — nicht ausdrücklich gestundete — Beiträge aufgerechnet werden (§ 19 I. 3); doch erscheint diese Aufrechnung gegenüber kranken Kassengenossen nicht unbedenklich (16. 7), wie denn auch ihre Ausdehnung auf Arzt und gewöhnliche Heilmittel, welche wohl unter allen Umständen gewährt werden müssen (§ 19 I. 1, 2, 6), mit Recht bestritten<sup>1)</sup>, demnach höchstens auf Krankengeld allein sich beschränken wird (§ 20 II 1), insoweit dasselbe den gesetzlichen Mindestbetrag überschreitet, welcher letztere unter allen Umständen verbleiben muß. (§ 19.)

IV.) Die schon auf früherer gesetzlicher Vorschrift, besonders auf der Armengesetzgebung, beruhende Verpflichtung der Gemeinden oder Armenverbände, namentlich auch der Orts- und Landarmenverbände nach Reichsgesetz von 6. Juni 1870, zur Unterstützung der durch Krankheit hilfsbedürftig gewordenen Personen erleidet durch das Krankenversicherungswesen an sich keine Veränderung, muß also nach wie vor erfüllt werden<sup>2)</sup>. Im Krankenversicherungs-Gesetz § 57 Absatz 1 ist dies auch obendrein ausdrücklich ausgesprochen, während die Hilfskassen-Gesetzgebung diesen überflüssigen Zusatz nicht wieder aufgenommen hat. — Wenn nun Gemeinden und Armenverbände an Genossen eingeschriebener Hilfskassen Unterstützungen verabreicht haben, steht ihnen — abgesehen von administrativer Wiederbeitreibung von den Unterstützten selbst — gegen diese Kassen nur gerichtliche Geltendmachung ihrer Erstattungsansprüche aus § 62 des Reichsgesetzes vom 6. Juni 1870 zu: denn eine etwaige vertragmäßige Cession der den unterstützungsberechtigten Kassengenossen gegen ihre Hilfskassen gebührenden Forderungen auf jene Gemeinden und Armenverbände ist nach dem unter III. Gesagten unzulässig, und ferner § 57 Absatz 2 und § 58 des Krankenversicherungs-Gesetzes, welches in solchen Fällen eine unmittelbare gesetzliche Uebertragung (cessio legis) und ihre Geltendmachung im Administrativverfahren zuläßt, sind in die Hilfskassen-Gesetzgebung nicht aufgenommen<sup>3)</sup>. Auch die entsprechenden Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 28. Mai 1885 § 16 wegen auf der Fahrt erkrankter Mitglieder von Krankenkassen gelten für Genossen eingeschriebener Hilfskassen nicht<sup>4)</sup>. — Falls dagegen nicht zunächst die Gemeinden und Armenverbände, sondern von vornherein die eingeschriebenen Hilfskassen eingetreten sind, gebührt diesen nach keinem Rechte Erstattung Seitens jener; aber ebenso wenig können sie die den

<sup>1)</sup> M.-B. 1885 S. 243.

<sup>2)</sup> M.-B. 1885 S. 164.

<sup>3)</sup> Vgl. auch M.-B. 1885 S. 251, 257 ff., 280; 1886 S. 114, 349.

<sup>4)</sup> M.-B. 1885 S. 217.



von ihnen unterstützten Kassengenossen etwa zustehenden gesetzlichen Entschädigungsansprüche gegen Dritte für sich erheben, da der dies gestattende § 57 Absatz 4 des Krankenversicherungs-Gesetzes ebenfalls für sie nicht gilt. Im letzteren Falle erübrigt für sie zu ihrer Schadloshaltung nur Aufnahme einer kassenstatutarischen Verpflichtung der Kassengenossen zur vertragsmäßigen Cession ihrer etwaigen Ersatzforderungen gegen Dritte an erstere, worauf sie in gerichtlichem Wege ihr Recht sowohl auf solche Cession als auch demnächst aus derselben geltendmachen können. — (Wegen anderweltigen Verfahrens gegenüber der Unfallversicherung vgl. § 21 I., II., III.)

V.) Gleichwie über die Beiträge (§ 16. 2 c.), so hat das Gesetz auch über die Unterstützungen außer ihrem Verhältniß zu den Beiträgen (§ 16. 3) nur noch die nachfolgenden allgemeinen Vorschriften, die deshalb einer genaueren Feststellung im Kassenstatut sowohl bei ihrer ersten Bestimmung als bei späteren Änderungen bedürfen (§ 4 I. 4; § 6; § 22. 2), und bei letzteren nach Reichskanzler-Rescript vom 28. Dezember 1883 nicht vom Belieben des Vorstands abhängen (§ 23 IV.). — (Wegen statistischer Verzeichnisse über die geleisteten Unterstützungen vgl. § 29. 2.)

## B. Dauer, Art, Umfang derselben.

### § 18.

#### A. A. Nach Hülfskassen-Gesetz vom 7. April 1876.

1.) Wenngleich das Recht der Mitglieder auf Unterstützungen aus ihrer Hülfskasse regelmäßig mit ihrer Kassenangehörigkeit beginnt (§ 17 II.), gestattet doch § 7 des Gesetzes eine doppelte Karenz oder anfängliche Entziehung der ganzen oder auch nur theilweisen Unterstützung, welche dann im Kassenstatut Aufnahme finden muß (§ 4 II. 5).

1) Dieselbe kann bis zum vollen Ablauf der dreizehnten auf den Beitritt (§ 12 II) folgenden Woche erstreckt werden. Ihr Zweck besteht sowohl in Vorkehr gegen Ausbeutung durch kränkliche oder lüderliche Personen, welche beim Nahlen einer ernsten Krankheit der Kasse beitreten — wenn sie überhaupt aufgenommen werden (§ 11 III. 3 und 4), — als auch in Abwehrung augenblicklichen Andranges während der verdienstlosen Winterzeit und bei Epidemien. Denjenigen Kassenmitgliedern, welche die bestimmte Karenz ausgehalten haben, muß sie nach dem Gesetze immer nachträglich dadurch wieder ausgeglichen werden, daß nach ihrem Ausscheiden aus der Kasse (§§ 13, 14, 15) nicht gleichzeitig auch ihr Recht auf Unterstützung aufhört (§ 17 II), sondern dasselbe ihnen alsdann auf eben so lange noch erhalten bleiben soll, als jene Karenz dauerte; wegen dann sich ergebender Doppelversicherung vgl. § 14 I. Falls das Ausscheiden der Mitglieder durch Ausschluß wegen Zahlungssäumniß geschah (§ 15 I. 2), läuft diese Unterstützungsfrist von dem Tage an, bis zu welchem die gerade fälligen Beiträge bezahlt sind, also vom Ablauf desjenigen Zeitraums an, für welchen jene noch rechtzeitig entrichtet sind, wogegen nur nachträgliche Zahlung rückständiger Beiträge hierbei nicht in Berechnung kommt. — Nachdem übrigens für an sich versicherungspflichtige Genossen eingeschriebener Hülfskassen anderweitige Bestimmungen getroffen sind (§ 19 I. 5), kann Vorstehendes nur noch für freie Mitglieder derselben Anwendung finden (§ 20 II. 7).



- 2) Eine Karenz kann aber auch weiter in der Art bestimmt werden, daß für die erste Woche nach dem Beginn der Krankheit die Gewährung einer Unterstützung ausgeschlossen wird. Sie beruht in der Erwägung, daß dann häufig noch keine ernstere Erkrankung, sondern nur eine durch Unregelmäßigkeiten entstandene Unpäßlichkeit herrscht, auch leicht Simulation vorgeschützt wird. Sie unterscheidet sich wesentlich von derjenigen unter 1 dadurch, daß sie nicht an den ersten Eintritt der Mitglieder, sondern an deren jederzeitige, nach so späte, Krankheit geknüpft wird. — Auch diese Karenz ist jetzt gegenüber den an sich versicherungspflichtigen Mitgliedern der eingeschriebenen Hilfskassen ausgeschlossen. (§ 19 I. 5).
- 3) Zur Vermeidung einer Vereitelung der wohlthätigen Folgen dieses Gesetzes ist endlich im § 7 desselben noch der Ausschluß der Unterstützungen in Fällen bestimmter Krankheiten (vgl. auch § 7. 3) verboten, durch Artif. 5 der Novelle vom 1. Juni 1884 aber anderweitige Vorschrift gegeben (§ 20 III.).

II.) Weil nach § 141 Absatz 2 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 und nach § 141 a. der — inzwischen aufgehobenen (§ 1) — Verordnung vom 8. April 1876, die durch Anordnung von Verwaltungsbehörden oder durch Ortsstatut begründete Verpflichtung der Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge pp. zum Beitritt oder zu fernerer Angehörigkeit zu einer bestimmten Klasse durch deren freiwillige Betheiligung an eingeschriebenen Hilfskassen aufgehoben werden kann, so mußte Fürsorge getroffen werden, daß auch letztere dem wirklichen Bedürfnisse gerecht wurden. Das Hilfskassen-Gesetz hat deshalb im § 11 die Mindestleistungen derselben ganz allgemein und gleichmäßig für alle Klassenmitglieder nachstehend festgesetzt:

Die Unterstützungen der Mitglieder müssen im Falle der Arbeitsunfähigkeit des Unterstützungsberechtigten — nicht also schon bei leichter Erkrankung mit Erwerbsmöglichkeit — auf die Dauer von mindestens 13 Wochen gewährt werden, sofern die Arbeitsunfähigkeit nicht früher ihr Ende erreicht. Sie müssen während dieser Zeit für Männer mindestens die Hälfte, für Frauen mindestens ein Dritteltheil — nicht des von den Einzelnen wirklich verdienten, sehr mannigfaltigen und schwankenden, sondern — des Tage-Lohnbetrags erreichen, welcher zur Zeit der Feststellung des Statuts der Klasse an dem Orte ihres Sitzes (§ 9) nach dem Urtheil der dortigen Gemeindebehörde gewöhnlichen Tagearbeitern im Jahresdurchschnitt gezahlt und auch der ortsübliche genannt wird (§ 19 I. 3). — Auf den Betrag der Unterstützungen, jedoch höchstens bis zu zwei Dritteltheilen desselben, weil noch andere Bedürfnisse zu befriedigen bleiben, darf die Gewährung der ärztlichen Behandlung und der Arzneien angerechnet werden. — An die Stelle jeder sonstigen Unterstützung, welche alle andere auch entbehrlich macht, kann die Verpflegung in einer Krankenanstalt treten.

Vorstehende Bestimmungen sind aber für an sich versicherungspflichtige Genossen eingeschriebener Hilfskassen durch § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes (§ 19 a. N.) in Wegfall gekommen und für freie durch Artikel 9 der Novelle ausdrücklich aufgehoben (§ 20 I.).

III.) Aber auch die Höchstleistungen der eingeschriebenen Hilfskassen sind im § 12 des Gesetzes begrenzt, weil eben nur die nothwendigsten persönlichen Hilfen verabreicht und Anreize zur Simulation vermieden werden sollen:

- 1) Die täglichen Unterstützungen der Mitglieder dürfen das Fünffache des gesetzlichen Mindestbetrages unter II — für Männer also  $2\frac{1}{2}$ -fachen und für Frauen  $1\frac{1}{2}$ -fachen Durchschnitts-Tage Lohn —



nicht überschreiten. — Diese Bestimmung gilt aber nicht mehr wegen Artikel 9 der Novelle (§ 20 II.).

- 2) Neben diesen Unterstützungen können den Mitgliedern die geeigneten Mittel zur Erleichterung der ihnen nach der Genesung verbliebenen körperlichen Mängel gewährt werden. — Auch diese Bestimmung ist nach dem Wortlaut des Artikels 9 der Novelle aufgehoben, richtiger aber unverändert in denselben aufgenommen und wird dort erörtert (§ 20 II. 3).
- 3) Auch kann die Gewährung ärztlicher Behandlung auf die Familien-Angehörigen der Mitglieder ausgedehnt werden. Ebenfalls durch die Novelle gestrichen, aber doch wieder darin aufgenommen (§ 20 II. 2).
- 4) Jrgend welche Begrenzung der Unterstützungsfrist ist hier nicht gemacht, aber auch ebensowenig in der Novelle (§ 20 II. 7).
- 5) Den Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder kann endlich eine Beihilfe gewährt werden, welche das Zehnfache der wöchentlichen Unterstützung, auf welche das verstorbene Mitglied Anspruch hatte, nicht überschreitet. — Diese Bestimmung ist in der Novelle nicht aufgehoben, aber auch in derselben nicht wiederholt, deshalb als einzige in Geltung verbliebene Klassenleistung aus dem Hilfskassen-Gesetz vom 7. April 1876 an dieser Stelle zu erläutern (§ 20 II. 6).

Es handelt sich hier um eine Nebenleistung aus der Krankenversicherung, nämlich um das Sterbegeld (§§ 7. 1 und 17 I.). Dasselbe beruht in der geschichtlichen Entwicklung des Hilfskassenwesens; bei den gewerblichen Verbindungen zur Pflege erkrankter Genossen galt es stets als Ehrenpflicht, eine angemessene Beerdigung der Mitglieder durch Erleichterung derselben für deren Hinterbliebene zu erstreben. — Im Gegensatz zu der dauernden Krankenunterstützung ist es eine einmalige Beihilfe. — Während es für die Einrichtungen des Krankenversicherungsgesetzes nach § 20. 3 desselben eine unumgängliche Mindestleistung ist, demnach dort stets gegeben werden muß, ist es hier eine Höchstleistung, beruht deshalb auf dem freien Willen der Kasse, und muß, wenn es beliebt wird, im Kassenstatut seinen Ausdruck finden (§ 4 II. 5). — Es ist freilich bemessen nach der Krankenunterstützung, dennoch aber, weil diese auf dem gewöhnlichen Durchschnitts-Tagelohn beruht (vorstehend unter II. und III. 1), eigentlich nach letzterem, wie auch im Krankenversicherungsgesetze geschieht. Im Gegensatz zu diesem aber, welches für das Sterbegeld mindestens den 20fachen Betrag solches Tagelohns bestimmt und nach § 21. 6 desselben bis zum 40fachen Betrage geht, ist hier für den Mindestbetrag gar keine Grenze gezogen, wohl aber ein Höchstbetrag vom Zehnfachen der wöchentlichen Unterstützung angenommen, welche sich aber jetzt nicht mehr nach den inzwischen ungültig gewordenen vorstehenden Bestimmungen unter I., sondern nach der Novelle richtet und deshalb in jedem einzelnen Kassenstatut ebenfalls beliebig und verschieden gegriffen werden kann (§ 20 II. 1). Dementsprechend können auch jetzt nicht bloß nach Alter und Geschlecht der Versicherten<sup>1)</sup>, sondern auch nach sonstigen Unterscheidungen verschiedene Klassen des Sterbegelds eingerichtet werden. — Das Sterbegeld ist nur für den Todesfall solcher Personen, welche bis zu ihrem Ableben wirkliche versicherte Mitglieder der Hilfskassen waren oder während der Karenzfrist (oben I. 1) gestorben sind; die Erstreckung

<sup>1)</sup> Commentar citat. §§ 8 und 20 III.



desselben auf nicht selbst der Klasse angehörige Ehefrauen und Kinder jener gemäß § 21. 7 des Krankenversicherungs-Gesetzes ist auf eingeschriebene Hilfskassen nicht ausgedehnt. — Die beim Krankengeld (§ 19 I. 6 und 20 III.) gestattete Entziehung oder Kürzung wegen Selbstverschuldung ist weder nach dem Krankenversicherungs-, noch nach dem Hilfskassen-Gesetze auf Sterbegeld anwendbar,<sup>1)</sup> welches also auch bei Selbstmord wie sonst voll ausgezahlt werden muß und auch kassenstatutarisch für sich nicht niedriger angesetzt werden darf. — Forderungsberechtigter zum ganzen Sterbegeld<sup>2)</sup> sind die Hinterbliebenen, wenn auch nicht gerade gleichzeitig Erben, welche die Beerdigung besorgen oder besorgt haben, und empfiehlt es sich, dieselben im Klassenstatut genauer zu bezeichnen; sind solche nicht vorhanden oder nicht hierbei thätig geworden, so können die statt ihrer eingetretenen Personen, Gemeinden, Armenverbände, Behörden, auch die Hilfskassen selbst wenigstens soviel vom Sterbegeld, selbst bis zum vollen Betrage desselben, beanspruchen, als sie für die Beerdigung verlegt haben.

§ 19.

**B. B. Nach Krankenversicherungs-Gesetz vom 15. Juni 1883.**

Während dasselbe die Verhältnisse der eingeschriebenen Hilfskassen im Uebrigen nur wenig, auch wesentlich nur bei der Meldepflicht (§ 1. 6) berührt, behandelt es doch im besonderen § 75 ihre Mindestleistungen (wegen der Höchstleistungen vgl. § 20 II.). Insofern nämlich zu ihnen Personen gehören, welche nach §§ 1—3 jenes Gesetzes an sich versicherungspflichtig sind, müßten diese, um solcher Pflicht zu genügen, mit dem 1. Dezember 1884, als dem Zeitpunkt der Gültigkeit des Gesetzes, in die anderweitigen Organisationen desselben übertreten, wie denn auch den Mitgliedern der letzteren kein späterer Uebergang in die eingeschriebenen Hilfskassen zu gestatten wäre. Das Gesetz will aber, um die Existenz dieser Hilfskassen nicht zu gefährden, hiervon absehen, wenn auch sie von denselben Termine an ihren an sich versicherungspflichtigen Genossen wenigstens bestimmte Mindestleistungen gewähren, welche unter keinen Umständen geschmälert werden dürfen (§ 17 III.). Die schon früheren ähnlichen Bestimmungen des Hilfskassen-Gesetzes vom 7. April 1876 (§ 18 II.) sind hierdurch für Versicherungspflichtige von selbst in Wegfall gekommen und in der Novelle vom 1. Juni 1884 (§ 20 I.) auch im Uebrigen ausdrücklich aufgehoben.

§ 75 lautet nun:

Für Mitglieder der auf Grund des Gesetzes vom 7. April 1876 errichteten eingeschriebenen Hilfskassen (sowie der auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen, vgl. § 1. 9), für welche<sup>3)</sup> ein Zwang zum Beitritt nicht besteht, tritt weder die Gemeinde-Krankenversicherung, noch die Verpflichtung, einer nach Maßgabe der Vorschriften dieses Gesetzes errichteten Krankenkasse beizutreten, ein, wenn die Hilfskasse, welcher sie angehören, ihren Mitgliedern mindestens diejenigen Leistungen gewährt, welche in der Gemeinde, in deren Bezirk die Kasse ihren Sitz hat, nach Maßgabe des § 6 von der Gemeinde-Krankenversicherung zu gewähren sind. — Klassen, welche freie ärztliche

<sup>1)</sup> M.-B. 1885 S. 191, 250; 1886 S. 64, 129.

<sup>2)</sup> Normalstatut (§ 3) § 17; Comment. § 20 III.

<sup>3)</sup> „für welche“ bezieht sich auf Hilfskassen, nicht auf Mitglieder.



Behandlung und Arznei nicht gewähren, genügen dieser Bedingung durch Gewährung eines Krankengelds von drei Vierteln des ortsüblichen Tagelohns.

Hierzu wird bemerkt<sup>1)</sup>:

I.) Die betreffende eingeschriebene, bereits errichtete — aber<sup>2)</sup> ebenso zweifellos auch die erst noch in Zukunft zu errichtende (§ 2) — Hülfskasse soll also diejenigen Mindestleistungen geben, welche in der Gemeinde, in deren Bezirk sie ihren Sitz hat (§ 9) — nicht also, wo ihre Mitglieder wohnen oder beschäftigt sind, weil durch die Mehrheit solcher Gemeinden sehr verschiedenartige Anforderungen an die Kasse erwachsen würden — nach § 6 des Krankenversicherungs-Gesetzes vom 15. Juni 1883 der Gemeinde-Krankenversicherung obliegen. Hiernach enthalten nun jene:

- 1) Freie ärztliche Behandlung der Kassenmitglieder; auch freie An-  
holung des Arztes wird dazu gehören. Die Kasse allein oder auch  
die örtliche Verwaltungsstelle bestimmt letzteren, welcher selbstverständlich  
ein voll approbirter sein muß, braucht auch, ausgenommen wohl bei  
Behinderung desselben und bei Gefahr im Verzuge, keinen vom Er-  
krankten selbst angenommenen zu bezahlen; (wegen seiner baaren Ab-  
lösung vgl. unter II., wegen Nichtübertragbarkeit und Anrechnung auf  
schulbige Beiträge § 17 III., wegen gemeinsamer Ärzte bei Verbänden § 30).  
Die Zuziehung von Wundärzten und auch — bei offenbaren  
Krankheitserscheinungen im Wochenbett (§ 7. 2) — von Hebammen  
wird gleich der wirklichen ärztlichen Behandlung benommen. Letztere  
ist unabhängig von ganzer oder theilweiser oder garnicht vorhandener  
Erwerbsunfähigkeit, kann auch, je nach Erforderniß, für sich allein  
oder zusammen mit den Hülfen unter 2 und 3 gegeben werden.
- 2) Freie Arznei und sonstige Heilmittel der Mitglieder, worüber  
im Uebrigen ebenfalls Vorstehendes gilt. Zu letzteren werden gerechnet  
alle diejenigen, welche unmittelbar mit der Krankheit und nur zusammen-  
hängen und zur Sicherung ihres Erfolges dienen, namentlich Brillen,  
Bruchbänder, Gummibinden, Verbandzeug, also wesentlich nur ganz  
nothwendige, sogenannte kleine Heilmittel, dagegen nicht die kostbareren,  
darüber hinausgehenden, nach § 21. 2 des Krankenversicherungs-  
Gesetzes zulässigen, besonders zur Abwehr von Krankheiten, namentlich  
Bäder, noch zur Erleichterung der nach der Genesung verbliebenen  
körperlichen Mängel (§ 20 II. 3). Jene Heilmittel verbleiben Eigen-  
thum der Kasse, auf deren Kosten sie auch zu unterhalten sind.  
Schwachsichtige haben auf Erneuerung ihrer Brillen nur dann Anspruch,  
wenn eine wirkliche Augenkrankheit letztere vernothwendigt, während  
Bruchbänder wohl immer von Neuem geliefert werden müssen, weil  
sonst sofort Krankheit drohet, deren Eintritt nicht erst abgewartet  
werden darf.
- 3) Krankengeld der Mitglieder, aber nie ihrer Angehörigen, vgl. unten  
bei 4, auch (§ 7. 1) im Gegensatz zu den Mindestleistungen des  
Hülfskassen-Gesetzes (§ 18 II.) sowohl unterschiedslos stets in Höhe  
der Hälfte des allgemeinen ortsüblichen Tagelohns, welcher nach I. am  
Sitze der Kasse gilt<sup>3)</sup>, als auch immer voll und ohne Anrechnung auf

<sup>1)</sup> Vgl. auch Comment. citat. § 75.

<sup>2)</sup> A.-B. 1885 S. 144.

<sup>3)</sup> A.-B. 1885 S. 175.



vorstehende Hülsen unter 1 und 2, welche nöthigenfalls außerdem und daneben verabreicht werden (vgl. aber II.). Voraussetzung für das Krankengeld ist aber stets Erwerbsunfähigkeit im entsprechenden Berufe, wenn auch nicht gerade völlige Arbeitsunfähigkeit. (Wegen seiner Unübertragbarkeit und Anrechnung auf rückständige Beiträge vgl. § 17 III.) Das Krankengeld ist allwöchentlich, also nicht in längeren, wohl aber vereinbarungsmäßig in kürzeren Terminen, postnumerando vom Kassier oder einer örtlichen Verwaltungsstelle (§ 26 III.) zu zahlen (§ 17 II.). Seine Berechnung nach allgemeinem ortsüblichen Tagelohn, welcher bei den regelmäßig sehr abweichenden Berufsarten der Kassienmitglieder (§ 11 III. 1) auch der einzig mögliche ist, bringt es mit sich<sup>1)</sup>, daß nur nach Geschlecht und Lebensalter verschiedene Unterstützungsklassen gemacht werden können (§ 16. 3 c.), während nach dem Kassierzirkeln, auch regelmäßig höheren, Tagelohn des Krankenversicherungs-Gesetzes dort noch mehr Abstufungen zulässig sind<sup>2)</sup> (vgl. auch § 20 II. 1).

- 4) Weil für die Mindestleistungen der eingeschriebenen Hülsklassen nur § 6 des Krankenversicherungs-Gesetzes maßgebend sein soll, gehören dazu weder die auf § 7 desselben beruhende<sup>3)</sup>, auch schon nach dem Hülsklassen-Gesetze zulässige (§ 18 II. a. E.) Verpflegung im Krankenhaus (§ 20 II. 4) nebst gleichzeitigem Krankengeld für Angehörige, welches nicht einmal als Höchstleistung zulässig ist (§ 20 II. 4), noch die Wochenbetts-Kosten (§ 20 II. 5), noch das Sterbegeld (§ 20 II. 6) aus § 20 ersteren Gesetzes.
- 5) Im § 6 des Krankenversicherungs-Gesetzes ist auch vorgeschrieben, daß Personen, welche der Versicherungspflicht nicht unterliegen und freiwillig der Gemeinde-Krankenversicherung beitreten, erst nach Ablauf einer, auf höchstens 6 Wochen vom Beitritt ab zu bemessenden, Frist Krankenunterstützung erhalten — und da jener § ohne irgend eine ausdrückliche Ausnahme hier Anwendung finden soll, könnte es auf den ersten Blick scheinen, als ob jene Karez<sup>4)</sup> auch hier gelten soll. Dieselbe fällt hier aber ganz von selbst aus dem einfachen Grunde, weil es sich hier gerade um das Gegentheil, nämlich um an sich Versicherungspflichtige (§ 19 a. U.) handelt. Für diese aber hat eben derselbe § 6 anderweitige Bestimmungen, durch welche auch gleichzeitig die entgegengesetzten des Hülsklassen-Gesetzes (§ 18 I. 1, 2) aufgehoben sind.

Die vorgenannten Unterstützungen durch Arzt und Heilmittel sollen nämlich ausnahmslos schon vom Beginn der Krankheit ab, also vom ersten Tage der tatsächlichen Störung der Gesundheit (§ 7. 2), wenn gleich nicht der häufig erst später nothwendigen Einstellung der Arbeit an, das Krankengeld dagegen erst vom dritten Tage der Erkrankung an und bei Erwerbsunfähigkeit gegeben werden; da aber der Anfangstag in der Regel nicht mitzählt, werden jene Hülsen erst vom zweiten resp. vierten Tage an zu rechnen sein. Durch diese Karez beim Kranken-

<sup>1)</sup> Comment. § 8.

<sup>2)</sup> citat. § 20. I.

<sup>3)</sup> Im Normalstatut (§ 3) ist in § 12 allerdings auch Krankenhaus mit hineingezogen.

<sup>4)</sup> Comment. § 6.



gelde soll Simulation verhütet werden und sie tritt selbst dann ein, wenn letztere bei ersichtlichen Verletzungen gar nicht einmal möglich ist; dagegen wird sie, falls die Erwerbsunfähigkeit, auf welcher sie beruht, nicht sofort mit der Krankheit verbunden ist, sondern erst später nachfolgt, billiger Weise und nach dem Wortlaut des Gesetzes wegefallen<sup>1)</sup>. — Ferner sollen die ersteren Unterstützungen täglich ohne Ausnahme, das Krankengeld aber — entsprechend dem Arbeitslohne, auf welchem es beruht und für den es als Ersatz gelten soll — nur an Arbeits-, also regelmäßig nur an Wochentagen, und an welchen gearbeitet zu werden pflegt, nicht an Sonn- und Feiertagen gewährt werden. Wenn ferner bei dieser Karenz des Krankengelds der Anfangstag der Krankheit auf Donnerstag, also der erste Unterstützungstag auf einen Sonntag oder den ersten zweier Feiertage fällt, wird der Bezug des Krankengelds bis zum nächsten Arbeitstage ausgesetzt sein; wogegen aber, falls etwa die Erkrankung am Sonnabend beginnt, die in die Zeit der Karenz fallenden Sonn- und Feiertage voll mitzählen<sup>2)</sup>. — Die Unterstützungsfrist umfaßt für jede einzelne Krankheit, von deren Beginn an, volle 13 Wochen. Sie dauert demnach, falls sämtliche vorgenannte Unterstützungen von Anfang an gegeben werden, für Arzt und Heilmittel 91 und für Krankengeld 75 Tage<sup>3)</sup>, wobei in letztere einfallende Festtage noch garnicht in Ansatz gekommen sind; falls aber die eine oder andere Hülfe nach der Sachlage erst später nothwendig und verabreicht wird, kann von ihr speciell keine neue Unterstützungsfrist berechnet werden<sup>4)</sup>, sondern sie wird dann nur noch für den Rest jener ersten 13 Wochen gegeben und endigt für sämtliche Unterstützungen gleichzeitig. Letztere werden aber bei allen anderen, selbst in kurzen Zwischenräumen auf einander folgenden, Krankheiten immer von Neuem verliehen; zur Sicherung gegen ihre Wiederholung bei derselben Krankheit wird die Kasse vorher ein ärztliches Genesungs-Zeugniß verlangen können; bei Rückfällen nach längeren Zwischenräumen kann hier freilich macher Zweifel entstehen.<sup>5)</sup> Nach Ablauf der Unterstützungsfrist muß im Nothfall die Unfall-Versicherung (§ 21) oder Armenkasse aushelfen, welche letztere also doch nicht immer ganz vermieden werden kann (§ 17 I.), obgleich der Empfänger daneben Mitglied der eingeschriebenen Hülfskasse bleiben kann. Letztere ist überall nicht verpflichtet, bei kranken Kassengenossen mit ihren Unterstützungen ex officio vorzugehen, sondern sie muß die betreffende Anzeige oder Anmeldung derselben abwarten, welche regelmäßig mit Einreichung eines ärztlichen Zeugnisses zu verbinden und im eignen Interesse der Unterstützungsberechtigten um so rechtzeitiger zu machen ist, als sonst nur noch für den verbleibenden Rest der 13wöchigen Frist Unterstützungen ohne Weiteres fällig sind, jedenfalls eine nachträgliche Beanspruchung der innerhalb derselben bereits verabsäumten rechtlich fraglich ist, auch

<sup>1)</sup> Dagegen A.-B. 1886 S. 112.

<sup>2)</sup> A.-B. 1886 S. 38.

<sup>3)</sup> Eine andere Berechnung in A.-B. 1886 S. 164, wo der erste Karenz-Tag nicht mitgezählt wird; vgl. auch daselbst S. 163.

<sup>4)</sup> Dagegen A.-B. 1886 S. 131.

<sup>5)</sup> A.-B. 1886 S. 291 ff.



wenigstens eine gehörige Begründung solcher Verspätung erfordert. Vereinzelt ist dagegen die Ansicht erhoben, daß unter „Beginn der Krankheit oder Tag der Erkrankung“ nur der Tag der Krankmeldung zu verstehen sei, so daß immer erst von ihm an die 13wöchige Unterstützungsfrist ihren Lauf anfangen<sup>1)</sup>. Diese Auslegung aber thut den klaren und unzweifelhaften Worten des Gesetzes Zwang an, widerstreitet der Absicht des Gesetzes, welche gerade zur Verhütung ernstere Krankheit auf sofortiges und rechtzeitiges Einschreiten mit Hilfe der Krankenversicherung<sup>2)</sup> gerichtet ist, stellt den Anfang der 13wöchigen Unterstützungsfrist und damit die Dauer der Haftung der Krankenkasse ganz ins Ermeßsen des Unterstützungsberechtigten, und paßt endlich nicht zur Unfallversicherung, welche immer nach den ersten 13 Wochen der Krankheit, während welcher gerade die Krankenversicherung leisten muß, eintreten soll<sup>3)</sup>.

- 6) Endlich sind nach § 6 des Krankenversicherungs-Gesetzes die Gemeinden ermächtigt, zu beschließen, daß bei Krankheiten, welche die Beteiligten sich vorsätzlich oder durch schuldhafte Betheiligung an Schlägereien oder Raufhändeln<sup>4)</sup>, durch Trunkfälligkeit<sup>5)</sup> oder geschlechtliche Ausschweifungen<sup>6)</sup> zugezogen haben, das Krankengeld gar nicht oder nur theilweise gewährt wird, welche Bestimmung auch in § 26. 2 desselben Gesetzes für die anderen Einrichtungen desselben wiederholt ist.

Unter Anwendung auf eingeschriebene Hülfsklassen dürfen dieselben hiernach in solchen Fällen, wo die Gewährung der vollen Hülfe dem allgemeinen Rechts- und Sittlichkeitsgefühl widersprechen und den soliden Kassengenossen zu Beiträgen für den Liederlichen bei dessen selbstverschuldeten Krankheiten nöthigen würde, kassenstatutarisch (§ 4 II. 5) den ganzen oder theilweisen Wegfall des Krankengeldes beschließen, — jedoch schon aus Gründen der Gesundheits- und Sicherheits-Polizei nicht des Arztes nebst Arznei und Heilmitteln (vgl. auch § 17 III.), welche selbst dann nicht vorenthalten werden dürfen; (wegen ihrer Ablösung vgl. unten bei II.) Aus anderen Gründen, als den vorgenannten, namentlich wegen absichtlicher Erschwerung der Kur oder wegen Bruches der Krankencontrole darf aber selbst das Krankengeld so wenig entzogen oder gemindert, als auch kein Ausschuß des Schuldigen aus der Klasse, und höchstens Ordnungsstrafe verfügt werden (§ 15 I. 3); freilich enthält Anrechnung des Krankengeldes auf rückständige Beiträge (§ 17 III.) thatsächlich auch eine Schmälerung desselben. Bei erwiesener Simulation fällt jede Krankenunterstützung schon deshalb ohne

<sup>1)</sup> A.-B. 1886 S. 134; so auch im Normalstatut für Betriebs-Krankenkassen § 6 a. E.; doch soll auch dann nach § 11 desselben jede Erkrankung schon als bald angemeldet werden.

<sup>2)</sup> Commentar § 1 I.

<sup>3)</sup> Vgl. hier § 21.

<sup>4)</sup> Also nicht immer gelegentlich Begehung irgend welcher strafbaren Handlung, noch bei unverschuldeter Betheiligung an Schlägereien, A.-B. 1884 S. 362; 1886 S. 132.

<sup>5)</sup> Notorische Trunkenheit, nicht bloß gelegentlicher mehrfacher Rausch, A.-B. 1885 S. 430.

<sup>6)</sup> Unersaubte geschlechtliche Beziehungen, nicht unter allen Umständen Syphilis, welche auch durch anderweitige Ansteckung entstehen kann, A.-B. 1885 S. 104 und 430.



Weiteres hinweg, weil dann überhaupt keine Krankheit vorliegt. — Uebrigens ist — weil nach dem im Anfang dieses § gegebenen Wortlaut des § 75 die Mindestleistungen der eingeschriebenen Hilfsklassen nach denjenigen der am Sitz dieser Klassen eingerichteten Gemeinde-Krankenversicherung zu bemessen sind -- die Zulässigkeit des vorstehenden kassenstatutarischen Beschlusses überhaupt davon abhängig, daß auch die betreffenden Gemeinden für ihre Krankenversicherung das Gleiche beschlossen haben.

II. 1) Während aber nach § 6 des Krankenversicherungs-Gesetzes bei der Gemeinde-Krankenversicherung Arzt und Arznei nebst sonstigen Heilmitteln immer wirklich geleistet werden müssen und eine baare Ablösung derselben nicht vorgesehen ist, gestattet der Schlußsatz des § 75 den eingeschriebenen Hilfsklassen eine solche mit Rücksicht auf ihre zahlreichen, oft auswärtigen Mitglieder, bei denen die naturale Beschaffung jener Hülfen Seitens der entfernten Klassen schwer zu bewältigende Schwierigkeiten herbeiführen würde. Nach dem Wortlaut des Gesetzes „genügen diejenigen eingeschriebenen Hilfsklassen, welche freie ärztliche Behandlung und Arznei nicht gewähren, dieser Bedingung durch Gewährung eines Krankengelds von drei Vierteln des ortsüblichen Tagelohnes“.

Hierbei ist zunächst bemerkenswerth, daß neben der Arznei nicht auch nach I. 2 die „sonstigen Heilmittel“ genannt, also diese danach anscheinend von der baaren Ablösung ausgeschlossen und außer derselben nach wie vor zu verabreichen sind; jedoch wird solche Weglassung eine unabsichtliche und deshalb als nicht vorhanden anzusehen sein<sup>1)</sup>.

2) Die baare Ablösung ferner soll darin bestehen, daß anstatt des eigentlichen Krankengelds unter I. 3 von der Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes ein Krankengeld von drei Vierteln gegeben wird, also für den Wegfall von Arzt, Arznei und Heilmitteln noch ein baares Viertel hinzukommt; ob letztere Hülfen hierbei immer zusammen oder auch einzelne derselben und für welche Quote des Viertels abgelöst werden können, ist nicht gesagt, auch würde die rechnungsmäßige Auseinanderlegung nicht ohne Schwierigkeit sein. — Auffallend ist hierbei die geringe Höhe der Ablösungssumme, welche dem wirklichen Werthe der durch sie zu vergütenden Klassenleistungen in keiner Weise entspricht; eine gerechte Steigerung derselben aber bis zu etwa zwei Vierteln würde neben dem Krankengeld von ebenfalls der Hälfte des Tagelohnes die Krankenunterstützung auf den vollen Betrag des letzteren erhöhen und dadurch Hang zur Simulation erwecken, welcher möglichst fern gehalten werden soll. Immerhin kann auch, wenigstens unter Zuhilfenahme des Krankengeldes, schon für jenes ein Viertel Arzt nebst Arznei und Heilmitteln meistens beschafft werden, wenn gleich bei solcher Berechnungsweise und Schmälerung des eigentlichen Krankengeldes gegen das Princip dieses Gesetzes (oben I. 3) auf die geringeren Mindestleistungen des Hilfsklassen-Gesetzes (§ 18 II.) gewissermaßen zurückgegriffen wird. — Weiter wird in vorstehendem Wortlaut des Gesetzes diese Ablösungssumme mit dem Krankengeld in engste Verbindung gebracht, geradezu als Theil desselben aufgeführt, obgleich sie als solche, selbst bei jener Verbindung, wenn sie ein rechter

<sup>1)</sup> M. B. 1885 S. 46.



Ersatz für die Hülsen unter I. 1 und 2 sein soll, doch gleich diesen selbst benommen, namentlich schon vom ersten Tage der Krankheit an und auch schon bei noch vorhandener Erwerbsfähigkeit geleistet werden muß, während beim eigentlichen Krankengeld I. 3 Anderes gilt. — Endlich läßt das Gesetz die Frage offen, ob auch da, wo keine Erwerbsunfähigkeit vorliegt, also Krankengeld überhaupt nicht eintritt, die beregte Ablösung für sich allein stattfinden soll. Es ist selbst behauptet,<sup>1)</sup> daß dann, also bei noch bestehender Erwerbsfähigkeit, allerdings keine Ablösungssumme, aber auch ebensovienig die naturale Gewährung der betreffenden Unterstützungen zulässig sei. Diese ist aber doch nach I. immerhin die Regel, und wenn auch davon vorstehend bei Erwerbsunfähigkeit eine singuläre Ausnahme gemacht ist, so bleibt doch letztere an sich eben immer eine solche und kann auf Erwerbsfähigkeit nicht ohne Weiteres als selbstverständlich ausgedehnt werden. Bei dieser, also ohne Verbindung mit dem eigentlichen Krankengeld I. 3, müssen also nach wie vor Arzt, Arznei und Heilmittel I. 1 und 2 in natura gewährt werden, und kassenstatutarische Bestimmungen, daß dann anstatt derselben eine alleinige baare Abfindungssumme von einem Viertel des ortsüblichen Tagelohnes zulässig sei, erscheinen hiernach unzulässig. Die nach II. a. M. bei Einführung der Ablösung gehegte Absicht der Erleichterung der ärztlichen Hülsen u. für abwesende Kassenmitglieder ist dann allerdings bei verbleibender Erwerbsfähigkeit nicht durchgeführt — aber selbst bei auch dann erlaubter Ablösung würde sie doch thatsächlich undurchführbar sein, weil für ein einziges Viertel Tagelohn selbstverständlich Arzt, Arznei und sonstige Heilmittel auch nicht annähernd beschafft werden können.

- 3) Auch bei den selbstverschuldeten Krankheiten unter I. 6, wo ebenfalls nur die eben genannten Hülsen ohne Krankengeld zur Frage kommen, wird aus vorausgeführten Gründen eine baare Ablösung jener ausgeschlossen sein, wie denn auch selbst die spätere Novelle einer solchen keine Erwähnung (§ 20 III.) thut. Auch widerräth hier die Rücksicht auf die Gesundheits- und Sicherheitspolizei solche unzureichliche baare Ablösung anstatt der allein nützenden naturalen Krankenunterstützung, welche hier also voll Bestand behalten wird.

III. 1) Wenn nun von eingeschriebenen Hülsklassen die unter I und II beregten Mindestleistungen ihren Mitgliedern gewährt werden, tritt nach vorausgeführtem § 75 „für diese weder die Gemeinde-Krankenversicherung, noch die Verpflichtung, einer nach Maßgabe des Krankenversicherungs-Gesetzes errichteten Krankenkasse beizutreten, ein“; dies folgt auch aus den §§ 4. Abs. 1, 19. Abs. 2, 63. Abs. 1 des Krankenversicherungs-Gesetzes<sup>2)</sup>, welches aber vorherigen Nachweis ihrer Mitgliedschaft fordert. Aber sie sind dann nicht allein von der Zugehörigkeit oder Beitrittspflicht zu jenen anderweitigen Einrichtungen des Krankenversicherungs-Gesetzes entfreiet, sondern selbst zum direkten Austritt aus denselben — mit alleiniger Ausnahme bei den Knappschafstassen — berechtigt<sup>3)</sup>, wenn sie, ebenfalls nachweislich, vorher

<sup>1)</sup> Vgl. M.-B. 1885. S. 41, 44 ff., 180, 213, 316, 430; M.-B. 1886. S. 247, 272.

<sup>2)</sup> Comment. §§ 4 II, 19 I., 63 I.

<sup>3)</sup> citat.



in jene Hilfskassen eingetreten (§ 11 III. 5) sind. Sie müssen aber dabei die gesetzlich bestimmten Austritts-Regeln (§ 14 I.) beobachten, von denen durch Reichsgesetz vom 28. Januar 1885 Zweck Förderung der dem § 75 des Gesetzes entsprechenden Abänderung der Kassenstatute (§ 6 III.) nur bis zum 1. Juli 1885 dispensirt ist, und welche jetzt wieder voll gelten; nur, wenn sie, selbst auch nur zeitweilig, die ihre Versicherungspflicht begründende Beschäftigung niederlegen, oder auch, wenn dasjenige Krankenversicherungs-Institut, welchem sie angehören, sich auflöst, steht ihrem sofortigen Eintritte in die eingeschriebenen Hilfskassen jenes Erforderniß nicht entgegen.<sup>1)</sup> — (Wegen Eintritts in letztere ohne Ausscheiden aus den Einrichtungen des Krankenversicherungs-Gesetzes vgl. § 11 III. 5. —)

- 2) Vor Allem handelt es sich aber hier um den vorbereiteten gehörigen Nachweis der Mitgliedschaft zu solchen eingeschriebenen Hilfskassen, welche dem § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügen. — Die preussische Ausführungs-Instruktion vom 26. November 1883 IV. 10. sagt hierüber:

Auf die Angabe versicherungspflichtiger Personen, daß sie als Mitglieder einer dem § 75 genügenden Hilfskasse von der Zugehörigkeit zur Gemeinde-Krankenversicherung oder von der Verpflichtung, einer anderen nach Maßgabe der Vorschriften dieses Gesetzes errichteten Krankenkasse beizutreten, befreiet seien, haben die Gemeindebehörden und die Krankenkassen nur dann Rücksicht zu nehmen, wenn glaubhaft nachgewiesen wird, daß die Hilfskasse dem § 75 genügt. Wird dieser Nachweis nicht geführt, so hat bis auf Weiteres die Heranziehung dieser Versicherungspflichtigen zur Gemeinde-Krankenversicherung oder zu der ihrer Beschäftigung entsprechenden Krankenkasse zu erfolgen.

Ähnlich die Ausführungs-Bestimmungen anderer deutscher Staaten.<sup>2)</sup>

- 3) Hierbei entsteht nun zunächst die Frage, wo solcher Nachweis zu führen ist? — Weil der Versicherungspflichtige bei Annahme der Arbeit zunächst mit seinem Arbeitgeber in Verührung kommt, wird letzterer wohl so verpflichtet als berechtigt erkannt, die betreffende Prüfung vorzunehmen;<sup>3)</sup> aber meistens wird er dazu nicht fähig sein<sup>4)</sup>, wozu noch kommt, daß er seine in freie Hilfskassen eingetretenen Arbeiter aus § 49 des Krankenversicherungs-Gesetzes nicht anzumelden braucht (§ 12 I.), wodurch dann jede obere Kontrolle über Genügend der Krankenversicherungspflicht durch die Pflichtigen fehlt.<sup>5)</sup> Die Obrigkeit kann freilich gelegentlich der Meldung aus dem Freizügigkeits-Gesetz vom 1. November 1867 die nöthigen Nachforschungen anstellen<sup>6)</sup> — doch werden dann immer nur die neu Zuziehenden, nicht die zahlreicheren bereits im Orte Befindlichen bei etwaigem Arbeitswechsel davon betroffen. Die Ausdehnung der Meldepflicht

<sup>1)</sup> N. B. 1885. S. 223, 264, 277; vgl. 1886. S. 175.

<sup>2)</sup> N. B. 1884. S. 341 ff.

<sup>3)</sup> N. B. 1885. S. 313, 416.

<sup>4)</sup> citat. S. 314.

<sup>5)</sup> citat. S. 312 ff., 416, 439, 454, 456.

<sup>6)</sup> citat. S. 342 und 346.



auch § 49 des Krankenversicherungs-Gesetzes auch auf eingeschriebene Hülfsklassen ist demnach sehr wünschenswerth.<sup>1)</sup> — Unter allen Umständen aber erscheint die Prüfung des beregten Nachweises gesicherter bei den Vorständen der hierbei aufs Engste beteiligten Einrichtungen des Krankenversicherungs-Gesetzes, denen sie auch zuweilen schon zuge-theilt ist.<sup>2)</sup>

- 4) Weiter fragt es sich, wie solcher Nachweis zu erbringen ist? Das Gesetz sagt hierüber Nichts, überläßt diese Regelung den einzelnen Bundesregierungen, deren mehrere bereits gleichförmige Bestimmungen erlassen haben.<sup>3)</sup> — Hiernach müssen die eine Entfreierung von den Einrichtungen des Krankenversicherungs-Gesetzes Beanspruchenden zunächst nachweisen, daß sie einer eingeschriebenen Hülfsklasse, und welcher, bereits angehören; sie können dies am Einfachsten durch ein Zeugniß des Vorstandes jener Klasse oder durch Vorlage ihres Quittungsbuches (§ 12 II.), welches auch die zuletzt gezahlten Klassenbeiträge enthalten muß. — Ferner müssen sie erweisen, daß die betreffende Hülfsklasse ihren Mitgliedern, und zwar allen ohne Ausnahme, die Leistungen unter I. gewährt (und dauernd in der Lage zu gewähren ist?). Dies geschieht am Besten durch Vorlage eines, hinsichtlich seiner derzeitigen Gültigkeit amtlich beglaubigten Statuten-Exemplars der betreffenden Klasse und eines Zeugnisses der Gemeindebehörde des Sitzes der Klasse (§ 9) darüber, daß jene Hülfsklasse noch besteht und die kassenstatutarischen Unterstützungen wirklich gewährt, sowie über den Betrag des für diese Gemeinde festgesetzten ortsüblichen Tagelohnes. Die bei Bestätigung der Kassenstatute zu ertheilenden Bescheinigungen der höheren Verwaltungsbehörde über gesetzliche Genüfung der Hülfsklassen (§ 5 II. und § 6 III.) haben dagegen für sich allein zum Beweise wenig Werth, denn sie geben für die noch andauernde Genüfung derselben, welche ja in jedem Augenblicke ihre Leistungen herabsetzen können, gar keine Garantie.<sup>4)</sup>
- 5) Wird nun auf geführten Nachweis die nachgesuchte Entfreierung zuge-standen, so kann dennoch, um auch für die Zukunft sicher zu gehen, jederzeit die Wiederholung desselben dem Versicherungspflichtigen aufgegeben werden.<sup>5)</sup> — Falls aber der Beweis nicht erbracht erscheint, so wird Letzterer ohne Weiteres als Mitglied der betreffenden Einrichtung des Krankenversicherungs-Gesetzes angesehen<sup>6)</sup> und zu Beiträgen für dieselbe herangezogen, auch ihm überlassen, die nachträgliche Anerkennung seines behaupteten Anspruches auf Entfreierung und die Rückforderung der Beiträge im förmlichen Streitverfahren durchzuführen. Hierfür gilt dann, weil es sich um Handhabung einer Bestimmung aus dem Krankenversicherungs- und nicht aus dem Hülfsklassen-Gesetze, nämlich des § 75, handelt, nicht das gewöhnliche Proceßverfahren, sondern § 58, Absatz 1 des ersteren Gesetzes:

<sup>1)</sup> citat. S. 317; N.-B. 1886. S. 69.

<sup>2)</sup> N.-B. 1884. S. 342; 1885. S. 313. —

<sup>3)</sup> N.-B. 1884. S. 342 ff.; 1885. S. 360.

<sup>4)</sup> N.-B. 1884. S. 342 ff.; 1885. S. 361.

<sup>5)</sup> N.-B. 1884. S. 342.

<sup>6)</sup> Commentar §§ 4 II., 19 I., 63 I., vgl. 73.



zunächst also Entscheidung durch die Aufsichtsbehörde, und erst dagegen der ordentliche Rechtsweg<sup>1)</sup>. Die Hilfskassen, welcher der Betheiligte als Mitglied angehört, ist nicht legitimirt, denselben zu vertreten.<sup>2)</sup>

§. 20.

**C. C. Nach Novelle vom 1. Juni 1884.**

I.) Nachdem die Mindestleistungen der eingeschriebenen Hilfskassen an deren an und für sich versicherungspflichtige Mitglieder durch das Krankenversicherungs-Gesetz anderweitig bestimmt worden (§ 19 a. N.), behielten die betreffenden früheren Vorschriften im § 11 des Hilfskassen-Gesetzes (§ 18 II.) nur noch für nicht versicherungspflichtige Kassengenossen Bestand. Dieselben hatten aber durch das Auscheiden der ersteren ihre hauptsächlichliche Bedeutung verloren, wie denn auch andererseits kein rechter Grund vorlag, den Mindestbetrag der Unterstützungen eingeschriebener Hilfskassen an ihre nicht versicherungspflichtigen Genossen noch immer künstlich auf einer gewissen Höhe und Grenze zu erhalten, und dadurch auch die Gründung jener in gewisser Weise zu beschränken. Durch Artikel 9 der Novelle ist demgemäß § 11 des Hilfskassen-Gesetzes vollständig aufgehoben, und die eingeschriebenen Hilfskassen brauchen fortan ihren nicht versicherungspflichtigen Mitgliedern nur noch irgendwelche geringe Krankenunterstützungen, selbst unter dem Betrage der in § 19 vor-  
aufgeführten, jedoch immer wenigstens aus den hier nachfolgend bei II. genannten Arten, zu gewähren.

II.) Aber auch rücksichtlich der Höchstleistungen der eingeschriebenen Hilfskassen und um eine freiere Bewegung der letzteren zu ermöglichen, hat Artikel 9 der Novelle eingreifende Veränderungen herbeigeführt. — Zunächst ist dadurch § 12 Absatz 1 des Hilfskassen-Gesetzes und damit die Obergrenze der baaren Unterstützung der Mitglieder (§ 18 III. 1), des Krankengeldes, aufgehoben. Auch ist ebendasselbe der Absatz 2 und 3 und damit die Gewährung sowohl (§ 18 III. 2, 3) geeigneter Mittel an die Mitglieder zur Erleichterung der nach der Genesung verbliebenen körperlichen Mängel als auch ärztlicher Behandlung an die Familienangehörigen der Mitglieder ausdrücklich beseitigt — freilich nur, um in die Novelle selbst wörtlich wieder aufgenommen zu werden! Nur Absatz 4 — Sterbegeld der Mitglieder (§ 18 III. 5) — ist von der Novelle unberührt geblieben. — Ferner läßt letztere auch bei den Mitgliedern ärztliche Behandlung, Arznei und andere Heilmittel sowie Verpflegung in einem Krankenhause selbstständig und ohne Anrechnung auf die baare Unterstützung (§ 18 II.) zu. — Neu bringt die Novelle endlich Kranken-Unterstützung an Wöchnerinnen. — Die Arten der Höchstleistungen sind demnach wenigstens genau bestimmt, so daß außer ihnen keine anderweitige Krankenunterstützung gegeben werden darf; innerhalb jener sind aber überall keine Obergrenzen noch irgend welche Schranken gesetzt, so daß sie die Mindestleistungen des Krankenversicherungs-Gesetzes (§ 19) ungemessen übersteigen und nicht nur bei eingeschriebenen Hilfskassen mit an sich nicht versicherungspflichtigen, sondern auch bei solchen mit an sich versicherungspflichtigen Mitgliedern in Anwendung kommen können.

<sup>1)</sup> N. B. 1884. S. 343; 1885. S. 361; 1886. S. 77, 121 ff.

<sup>2)</sup> N. B. 1886. S. 77.



Die hiernach interessirenden Arten der Höchstleistungen, welche einzeln für sich oder alle gleichzeitig eintreten können, sind nun:

- 1) Krankengeld. — Entsprechend dem Zwecke des Gesetzes (§ 7, 1) gebührt es, wie nach dem Hilfskassen- (§ 18 II. und III. 1) und nach dem Krankenversicherungs-Gesetze (§ 19 I. 3), so auch hier nur den Mitgliedern, nicht ihren Angehörigen<sup>1)</sup> (vgl. auch unten bei 4). In mancher anderen Hinsicht unterscheidet es sich aber wegen der hier wegfallenden Beschränkungen von dem als Mindestleistung bestimmten Krankengelde (§ 19 I. 3). Es beruht zunächst nicht nothwendig auf ortsüblichem Tagelohn, sondern kann, gleich den Beiträgen (§ 16. 3. a.), auch nach klassifizirtem Durchschnitts- oder dem wirklichen Arbeitslohn, oder auch ganz beliebig gegriffen, deshalb auch, wie bei den Beiträgen (§ 16. 3. b.), in mehrere Klassen getheilt werden; der Artikel 6 der Novelle sagt dies freilich ausdrücklich nur von den Beiträgen, doch muß dies bei vorstehender gleicher Grundlage auch vom Krankengeld gelten. Dasselbe ist ferner hier nicht auf die Hälfte des Tagelohns begrenzt, sondern kann ungemessen, selbst über die im § 21. 2 des Krankenversicherungs-Gesetzes erlaubten drei Viertel, sogar über den vollen Betrag des Tagelohns hinaus<sup>2)</sup>, gegeben werden. Es ist hier nicht bedingt durch Erwerbsunfähigkeit, braucht auch nicht gerade wöchentlich, sondern kann in längeren Terminen gezahlt werden (vergl. auch noch weiter unten bei 4). — Wegen seiner Unübertragbarkeit und Anrechnung auf rückständige Beiträge vergl. § 17 III., letztere wird aber bei jeder Auszahlung des Krankengeldes nur an dem Ueberschuß gegenüber dem Mindestmaße des Krankengelds (§ 19 I. 1) geschehen können.
- 2) Ärztliche Behandlung der Mitglieder, welche nach ihrer Beschaffenheit sowohl in diesem ihrem Höchst- als in ihrem Mindestbetrage kaum von einander abweicht, und von welcher, wie auch von Zuziehung der Wundärzte und Hebammen, deshalb auch hier bereits früher Erörtertes (§ 19 I. 1) wesentlich gelten wird. Eine baare Ablösung derselben ist in der Novelle freilich nicht ausdrücklich vorgesehen, doch hat es hier, wo — im Gegensatz zum Mindestbetrage (§ 19 II. 2) — die Gewährung dieser Hilfe in natura nicht obligatorisch ist, die Hilfskasse in der Hand, jederzeit anstatt derselben ein entsprechend erhöhtes Krankengeld zu geben, also thatsächlich abzulösen. (Wegen Nichtübertragbarkeit und Anrechnung auf schuldige Beiträge vergl. § 17 III.) — Als einzige Ausnahme vom eigentlichen Zwecke des Gesetzes (§ 7. 1), aber wie schon in § 21. 5 des Krankenversicherungs-Gesetzes, kann die ärztliche Behandlung auch den nicht selbst versicherten Familienangehörigen der Mitglieder zu Theil werden, zu welchen an sich alle vom Haushaltungsvorstand abhängigen Familienglieder, namentlich<sup>3)</sup> die Ehefrauen, unabgetheilte leibliche, Stief- und Adoptiv-, aber keine Pflege- und Ziehkinder, selbst alte Eltern und Geschwister gehören werden und deren Begriff am Besten kassenstatutariisch festzustellen sein wird.

<sup>1)</sup> M.B. 1885 S. 70.

<sup>2)</sup> citat. S. 135.

<sup>3)</sup> M.B. 1885 S. 397 und 429; Normalstatut (§ 3) § 13.



- 3) Arznei und sonstige Heilmittel der Mitglieder, nicht aber — wie freilich nach § 21. 5 des Krankenversicherungs-Gesetzes — auch ihrer Angehörigen, im Uebrigen wesentlich wie vorstehend unter 2 und bei der gleichartigen Mindestleistung (§ 19 I. 2). — Neu kommen hier aber hinzu die geeigneten Mittel zur Erleichterung der nach der Genesung verbliebenen körperlichen Mängel, welche selbst noch über die erweiterten Heilmittel in § 21. 2 des Krankenversicherungs-Gesetzes hinausgehen, namentlich künstliche Gliedmaßen.
- 4) Verpflegung im Krankenhause bei Mitgliedern, ebenfalls neu, weil noch nicht unter die Mindestleistungen aufgenommen (§ 19 I. 4), im Uebrigen bei der Ausführung ganz nach freiem Ermessen der Kasse, und an den hierher nicht ausgedehnten § 7 des Krankenversicherungs-Gesetzes nicht gebunden. Das nach letzterem an Mitglieder, aber mit Rücksicht auf Familienangehörige, also eigentlich für diese selbst zu gewährende und auch als Mindestleistung der Hilfskassen nicht zulässige (§ 19 I. 4) Krankengeld ist hier nicht wiederholt, fällt also weg, während das nach § 21. 3 des Krankenversicherungs-Gesetzes ohne solche Rücksicht in gewissem Betrage den Mitgliedern zugebilligte Krankengeld auch trotz Nichterstreckung dieses Paragraphen dennoch hier, und zwar ungemessen, verabreicht werden kann, weil eben nach vorstehend unter 1 gegebener Ausführung für Krankengeld der Mitglieder hier überall keine Schranke besteht. — (Wegen Krankenpflege bei Verbänden vergl. § 30.)
- 5) Kranken-Unterstützung an Wöchnerinnen, worunter aber nur eigentliche Mitglieder verstanden werden, wie denn auch § 21. 5 des Krankenversicherungs-Gesetzes, welcher auch nicht selbst versicherten Ehefrauen von Mitgliedern diese Hilfe gewährt, nicht hierher ausgedehnt ist. Auch diese Unterstützung ist hier neu, als Mindestleistung noch nicht gewährt (§ 19 I. 4). Sie stammt aus § 20. 2 des Krankenversicherungs-Gesetzes und soll — auch ganz abgesehen von wirklicher Erkrankung im Wochenbette, welchenfalls stets die eigentliche Krankenunterstützung (§ 19 I. 1, 2, 3; auch vorstehend unter 2) verabreicht wird — auch bei gewöhnlichem Verlaufe des letzteren gegeben werden, wird also dann, wegen nicht nöthiger Zuziehung eines Arztes, wesentlich in baarem Gelde, auch wohl noch in Gestellung einer Hebamme bestehen. Es handelt sich demnach nicht so sehr um Kranken-Unterstützung — welcher Begriff hier nur irreführt, auch zu der unrichtigen Anschauung einer auch hier geltenden dreitägigen Anfangs-Karenz geführt hat<sup>1)</sup> — als vielmehr um bloße eigentliche Wochenbettskosten, und um eine Ausnahme vom sonstigen Zweck der eingeschriebenen Hilfskassen (§ 7. 2). Alles Weitere hierüber ist dem freien Ermessen der letzteren überlassen.
- 6) Sterbegeld, worüber früher Gesagtes auch hier gilt (§ 18 III. 5).
- 7) Die Anfangs-Karenzen des Hilfskassen-Gesetzes (§ 18 I. 1 und 2) können auch hier kassenstatutarisch (§ 4 II. 5) vorgesehen werden, doch ist hier — im Gegensatz zu Mindestleistungen (§ 19 I. 5) — nicht vorgeschrieben, daß das Krankengeld erst vom dritten Tage

<sup>1)</sup> A.-B. 1886 S. 260.



an, auch jegliche Unterstützung nur an Arbeitstagen gegeben werden, endlich die Unterstützungsfrist für jede einzelne Krankheit nur 13 Wochen dauern soll, wie denn dieselbe, nach Vorgang des Hülfskassen-Gesetzes (§ 18 III. 4), im Gegentheil für jede einzelne Unterstützungsart hier unbegrenzt ist und selbst noch über die weiteren Fristen im § 21. 1 und 4 des Krankenversicherungs-Gesetzes hinaus erstreckt werden kann. — Auch ist es den eingeschriebenen Hülfskassen nach Analogie des letzteren Gesetzes § 26. 3 gewiß unbenommen, für nach kürzeren Zwischenräumen wiederholt Erkrankte eine Herabsetzung der Unterstützungen kassenstatutarisch zu bestimmen.

III.) Bemerkenswerth ist hier endlich noch der Artikel 5 der Novelle. Unter Aufhebung der entsprechenden Vorschrift des Hülfskassen-Gesetzes (§ 18 I. 3) lautet er weiter:

Der völlige oder theilweise Ausschluß der Unterstützung ist nur in Fällen solcher Krankheiten zulässig, welche sich die Mitglieder vorsätzlich oder durch schuldhaftes Vetheiligung an Schlägereien oder Raufhändeln, durch Trunkfälligkeit oder geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen haben. Soweit die Unterstützung in Gewährung freier ärztlicher Behandlung oder Arznei besteht, kann sie auch in diesen Fällen nicht ausgeschlossen werden,

wobei auch wohl noch die hier nicht berücksichtigten „Heilmittel“ in den letzten Satz hineinzutragen sind. Im Uebrigen gilt auch hier das wegen selbstverschuldeter Krankheiten bei Mindestleistungen bereits Gesagte (§ 19 I. 6) — nur daß hier der betreffende Beschluß vom Vorgang der Gemeinde unabhängig ist, nach deren Krankenversicherung sich die hier zur Frage stehenden Mindestleistungen überall nicht richten; wie denn auch ferner hier, im Gegensatz zu letzteren, der Arzt nebst Arznei pp. nicht unbedingt gesetzlich vorgeschrieben ist, sondern überhaupt nur auf freier kassenstatutarischer Bestimmung beruht, was auch durch vorstehende Worte: „soweit — — — besteht“ ausdrücklich angedeutet ist. Falls aber und so lange eine solche kassenstatutarische Bestimmung auch hier getroffen ist, werden jene Hülsen ebenfalls, wie bei den Mindestleistungen (§ 19 II. 3), immer nur in natura zu verabreichen sein, weil auch hier ebenso wenig wie dort eine entsprechende baare Ablösung vorgesehen ist — hier freilich fast bedeutungslos, da die eingeschriebene Hülfskasse es in der Hand hat, durch Abänderung ihres Statutes jene Natural-Unterstützung zu streichen und statt ihrer das Krankengeld beliebig zu erhöhen. Aber auch dieser ganz freie Zuschlag wird dann — im Gegensatz zu § 19 II. 2 — ebenso wenig als eigentliche Ablösung und unmittelbarer Ersatz für jene Hülsen, sondern eben nur als integrierender Theil des eigentlichen Krankengeldes benommen werden müssen.

## § 21.

### D. D. Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884.

I.) Da der Begriff der Krankheit hier Beschädigung durch Unfall mit umfaßt (§ 7. 2), sind auch in solchem Falle vorgenannte Krankenhülsen und wenigstens die Mindestleistungen der Hülfskassen (§ 19) auf 13 Wochen zu gewähren. Nach § 5 Absatz 9 des Unfallversicherungsgesetzes soll dann jedoch vom Beginn der fünften Woche nach Eintritt des Unfalls bis zum Ablauf der dreizehnten Woche das Krankengeld auf mindestens zwei Drittel des bei Berechnung desselben zu Grunde gelegten Arbeitslohns — also des ortsüblichen



(§ 19 I. 3) oder anderweitigen (§ 20 II. 1) — bemessen, mithin um  $\frac{1}{6}$  gesteigert, und dementsprechend nach Bekanntmachung<sup>1)</sup> des Reichs-Versicherungsamts vom 30. September 1885 ebenso das ohnehin bereits erhöhte Krankengeld aus § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes (§ 19 II. 2) von 3 Vierteln weiter auf elf Zwölftel erhöht werden; auf solchen Mehrbetrag hat aber die betreffende Hilfskasse gegen den Unternehmer desjenigen Betriebes, in welchem der Unfall sich ereignet hat, unmittelbaren gesetzlichen Erstattungs-Anspruch. Streitigkeiten aus vorstehenden Bestimmungen werden nach § 5 Absatz 11 des Unfallversicherungs-Gesetzes gemäß § 58 Absatz 1 des Krankenversicherungs-Gesetzes entschieden: also zunächst durch die für die betreffende Hilfskasse zuständige Aufsichtsbehörde<sup>2)</sup> und dann auf dem ordentlichen Rechtswege.

II.) Nach § 5 Absatz 8 des Unfallversicherungs-Gesetzes sind weiter auch die Berufs-Genossenschaften befugt, derjenigen Hilfskasse, welcher der Verletzte angehört, gegen Erstattung der ihr dadurch erwachsenden Kosten die Fürsorge für den Verletzten über den Beginn der vierzehnten Woche hinaus bis zur Beendigung des Heilverfahrens zu übertragen. In diesem Fall gilt als Ersatz für Arzt, Arznei und Heilmittel die Hälfte des als Mindestleistung vorausgeführten Krankengelds (§ 19 I. 3), insofern nicht schon für letzteres, aber auch sonst, z. B. für Vადereisen, größere Aufwendungen nachgewiesen werden; eine Hilfskasse, welche nur Krankengeld gewährt (§ 19 II.), wird sich deshalb zu solcher Weiterführung der Fürsorge nicht eignen<sup>3)</sup>. Aus jener Veranlassung entstehende Streitigkeiten zwischen der betreffenden Berufs-Genossenschaft und Hilfskasse sind nach § 58 Absatz 2 des Krankenversicherungs-Gesetzes, also in erster Linie im Verwaltungs-Streitverfahren, und nur in dessen Ermangelung gleich den vorausgeführten, nach § 58 Absatz 1 zu entscheiden, mit der Maßgabe, daß die vorläufige Vollstreckbarkeit der Entscheidung der Aufsichtsbehörde ausgeschlossen ist.

III.) Falls endlich eingeschriebene Hilfskassen durch ihre Kassenstatute etwa verpflichtet sind, solche Hilfen, welche gesetzlich auch den Organen der Unfallversicherung selbst gegenüber den Verletzten obliegen — namentlich Übernahme der letzteren nach Ablauf der ersten 13 Wochen, auch Gewährung von Sterbegeld (§ 20 II. 6) pp. — auch ihrerseits zu leisten, so soll nach § 8 des Unfallversicherungs-Gesetzes jene Verpflichtung an sich nicht berührt werden. Soweit aber hiernach solche Unterstützungen wirklich von den eingeschriebenen Hilfskassen geleistet sind, erhalten diese ihren Ersatz dadurch, daß die den Unterstützten auch gegen die Unfallversicherung zustehenden Entschädigungs-Ansprüche bis zum Betrage der geleisteten Unterstützung auf sie übergehen<sup>4)</sup>. Der § 57 Absatz 4 des Krankenversicherungs-Gesetzes greift also hier ausnahmsweise (§ 17 IV.) Platz, und mit ihm das vorstehend unter II. geschilderte Streitverfahren.

## § 22.

### XII Vermögen, Kasse und Rechnung.

1) Die Einnahmen der eingeschriebenen Hilfskassen bestehen hauptsächlich aus den Beiträgen der Mitglieder (§ 16), daneben noch aus Eintrittsgeld der-

<sup>1)</sup> Reichscentralblatt 1885 Nr. 41; A.=B. 1885 S. 213 und 367.

<sup>2)</sup> A.=B. 1885 S. 369.

<sup>3)</sup> A.=B. 1885 S. 216.

<sup>4)</sup> Vgl. A.=B. 1886 S. 222.



selben (§ 11 III. 6), aus kassenstatutarischen Ordnungsstrafen (§ 10. 4; 15 I.), aus Schenkungen, Vermächtnissen, Vermögenszinsen (unter 4); die Bestimmung im § 139 der Gewerbeordnung, wonach den Hilfskassen auch die Forderungen für an Arbeiter verbotswidrig kreditirte Waaren zufließen sollten, bezog sich nur auf solche Kassen, welche durch Ortsstatut Beitrittszwang hatten, so auch auf die demnächst gemäß Reichsgesetz vom 8. April 1876 errichteten (§ 1), zu keiner Zeit aber auf freie (§ 2.) — Die Ausgaben sind gesetzlich festgestellt (§ 16. 2): sie umfassen nur die statutenmäßigen Unterstützungen (§ 17 ff.), die Ansammlung und Ergänzung des Reservefonds (unten bei 2), sowie die Verwaltungskosten (§ 23 IV.). Zweckwidrige Beiträge und Verwendungen können Schließung der Kasse (§ 28 II. 4) sowie auch direkte Strafen (§ 29. 3) nach sich ziehen.

2) Das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben, die Lebensfähigkeit der Kasse, wird bei Gründung der eingeschriebenen Hilfskassen nicht berücksichtigt (§ 2; 16. 3 a.), wohl aber bei den bereits bestehenden möglichst erstrebt. Schon das Hilfskassen-Gesetz vom 7. April 1876 §§ 25 und 26 gebot zu solchem Zwecke periodische sachverständige Abschätzungen der Einnahmen und Verpflichtungen und bei ungünstigem Ergebnis entsprechende Ermäßigung der Unterstützungen bis auf den damaligen Mindestbetrag (§ 18 II.) oder Erhöhung der Beiträge — woneben auf diesen Fall für die damaligen Hilfskassen mit ortstatutarischem Beitrittszwang (§ 1) durch § 14 jenes Gesetzes noch besondere Betheiligung des Gemeinde-Vorstands vorbehalten war. Nachdem aber die Erfahrung die Unzureichlichkeit jener Maßregel ergeben, wurden durch die Novelle vom 1. Juni 1884 Artikel 7 Absatz 1 und Artikel 15 vorgenannte §§ des Hilfskassen-Gesetzes aufgehoben und dagegen die Bestimmungen der §§ 32 und 33 Absatz 1 des Krankenversicherungs-Gesetzes vom 15. Juni 1883 auch hierher wesentlich übertragen. Hiernach hat die eingeschriebene Hilfskasse fortan zunächst unter allen Umständen einen Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Jahresausgabe der letzten fünf Rechnungsjahre in der Weise anzusammeln, und immer zu erhalten, daß zu solchem Zwecke mindestens ein Zehntel des Jahresbetrages der Kassenbeiträge (§ 16. 2) verwandt wird. Falls aber nach mehreren Jahresabschlüssen — vielleicht auch schon nach einem einzigen derselben, wenn ein dauerndes Mißverhältniß zwischen Einnahmen und Ausgaben unzweifelhaft vorliegt — schon zur ersten Ansammlung oder auch zur demnächstigen Ergänzung des Reservefonds die Mittel fehlen oder auch sonst die Einnahmen den Ausgaben ersichtlich dauernd nicht gewachsen sind, so ist entweder eine Erhöhung der Beiträge oder eine Minderung der Kassenleistungen auf dem vorgeschriebenen Wege herbeizuführen (§ 16. 2 c.; § 17 V.). Unterläßt dies jedoch die Kasse, so hat ihr die höhere Verwaltungsbehörde auf Grund eines sachverständigen Gutachtens zu eröffnen, in welcher Art und in welchem Maß jene Abänderung für erforderlich zu achten und binnen welcher Frist sie zu bewirken ist. Letztere muß auf mindestens 6 Wochen bestimmt, und kann nach deren unbenußtem Ablauf Schließung der Kasse verfügt werden (§ 28 II. 5), falls die Kasse es nicht vorzieht, sich vorher freiwillig aufzulösen (§ 27 I.), wie denn auch deren einzelne Mitglieder durch jederzeitigen freien Austritt (§ 14 I.) sich vor Ueberlastung schützen können. — Der umgekehrte Fall, nämlich eines dauernden Ueberschusses der Einnahmen über die Ausgaben, und die Anwendung der bezüglichlichen Vorschriften im Absatz 2 des § 33 des Krankenversicherungs-Gesetzes, ist für die eingeschriebenen Hilfskassen nicht vorgesehen. Es steht demnach in ihrem freien Belieben, dann den Reservefonds aus den sich ergebenden



jährlichen Ueberschüssen beliebig weiter zu erhöhen oder auch Verminderung der Beiträge und Erhöhung der Unterstützungen zu beschließen.

3) Nach § 24 des Hülfskassen-Gesetzes, welcher auch in § 40 des Krankenversicherungs-Gesetzes übergegangen ist, sind die Einnahmen und Ausgaben der Kasse von allen, den Zwecken der letzteren fremden (§ 7) Vereinnahmungen und Verausgabungen getrennt festzustellen und zu verrechnen, auch die Bestände gesondert zu verwahren. Durch diese besondere Buch- und Kassenführung wird die Zernhaltung des durch die eingeschriebenen Hülfskassen begründeten Unterstützungswezens und ihres Vermögens (unter 4) von allen sonstigen Unterstützungs- und Versicherungseinrichtungen (§ 7. 1) und deren Vermögen erstreckt. — Wegen der Rechnung enthält das Gesetz nur die Vorschriften, daß ihre Aufstellung und Prüfung im Kassenstatut berücksichtigt sein muß (§ 4 I. 9), sowie ferner über Einsendung von Rechnungsabschlüssen an die Aufsichtsbehörde (§ 29. 2), Revision der Kassenbücher durch dieselbe (§ 29. 2), Bestellung von Kassenrevisoren durch die örtliche Verwaltungsstelle (§ 26 IV.); alles Andere bleibt hier freier Kassenstatutarischer Regelung überlassen. Das Normal-Kassenstatut (§ 3) in § 26 ff. giebt eingehendere Bestimmungen über die Rechte und Pflichten des Kassiers bei Leistung, Buchung, Berechnung der Einnahmen und Ausgaben gemäß der ihm vom Vorstand (§ 23 IV.) zu erteilenden Geschäftsordnung, Abnahme der Jahresrechnung durch die Generalversammlung (§ 25 III.), Ausübung der Kassenkontrolle durch die von der Generalversammlung zu bestellenden Revisoren. (Wegen Kassenführung bei Verbänden vgl. § 30.)

4) Das Vermögen (§ 10. 1) der Kasse, dessen Zinsen (unter 1) zu ihren Einnahmen gehören, und welches getrennt von anderen Beständen (unter 3) zu halten und nach Anordnung des Vorstands sorgfältig zu verwahren ist, umfaßt auch den Reservefonds (unter 2) sowie fällige Rückstände von Kassenmitgliedern (§ 16. 6); (wegen seiner Haftung den Kassengläubigern vgl. 10. 3 und § 16. 2 a.; wegen seiner Verwendung bei Auflösung und Schließung der Kasse § 27 II.; 28 III.) die Belegung verfügbarer, also dauernd oder auch nur vorübergehend dazu geeigneter, Gelder soll nach dem, auch in § 40 des Krankenversicherungs-Gesetzes übergegangenem, § 24 des Hülfskassen-Gesetzes außer in öffentlichen, also unter Leitung und Aufsicht oder Verwaltung des Staates oder gemeindlicher Verbände stehenden, Sparkassen — demnach nicht bei eingetragenen Genossenschaften und Bankinstituten — nur in gleicher Weise wie bei Vormundschaftsvermögen geschehen<sup>1)</sup>, worüber die einzelnen Landesgesetzgebungen zu bestimmen haben. Sofern letztere nicht erlassen sind, kann nach § 40 des Krankenversicherungs-Gesetzes die Anlegung in Schuldverschreibungen, welche vom deutschen Reich oder einem deutschen Staat mit gesetzlicher Ermächtigung ausgestellt oder wegen ihrer Verzinsung garantirt, oder von deutschen kommunalen Korporationen (Provinzen, Kreisen, Gemeinden) oder deren Kreditanstalten ausgestellt und entweder Seitens der Inhaber kündbar sind oder einer regelmäßigen Amortisation unterliegen, oder endlich bei der Reichsbank geschehen. Die in der Novelle nicht vorgesehene analoge Anwendung dieser Bestimmungen auch auf eingeschriebene Hülfskassen ist unbedenklich, auch im Normal-Kassenstatut (§ 3) enthalten. — Wegen Verwahrung und Anlegung von Geldern durch örtliche Verwaltungsstellen vgl. § 26 III. Erworbene Inhaber-Papiere müssen zweckmäßig auf den Namen der Kasse geschrieben werden. (Wegen Revision der Kassenbestände vgl. § 29 II.)

<sup>1)</sup> A.-B. 1885 S. 191.



### XIII. Verwaltung, Organisation.

#### § 23.

##### A. Vorstand.

I.) Gleich den Kassen aus dem Krankenversicherungs-Gesetz vom 15. Juni 1883 muß jede eingeschriebene Hilfskasse zunächst einen besonderen Vorstand haben. Derselbe wird entsprechend dem Grundsatz der Selbstverwaltung nach § 16, Abs. 1 des Hilfskassen-Gesetzes, welchem in dieser Beziehung § 34, Abs. 1 des Krankenversicherungs-Gesetzes nachgebildet ist, in der Generalversammlung (§ 25 III.) gewählt, jedoch — im Gegensatz zu letzterem Gesetze — nicht notwendiger Weise aus der Mitte der Kassenmitglieder; auch die auf Verordnung vom 8. April 1876 (§ 1) beruhende und im § 16, Abs. 2 des Hilfskassen-Gesetzes ausbedungene, auch für die Institute des Krankenversicherungs-Gesetzes nach § 38 zc. desselben geltende Theilnahme der Arbeitgeber am Vorstand ist mit jener Verordnung gefallen und in der Novelle Art. 7 ausdrücklich für die eingeschriebenen Hilfskassen aufgehoben (§ 4 I. 5). Die erste Vorstandswahl bei neuen Kassen geschieht nach Genehmigung des Kassenstatuts, die Einreichung des letzteren zur Genehmigung nur durch die mit der Geschäftsleitung vorläufig betrauten künftigen Kassenmitglieder oder durch den erst designirten künftigen Vorstand (§ 5 I.); die durch § 34, Abs. 1 des Krankenversicherungs-Gesetzes vorgesehene Betheiligung der Aufsichtsbehörde bei der ersten Wahl ist auf eingeschriebene Hilfskassen nicht erstreckt. Auch bei etwa außer der Zeit eintretenden Vacanzen im Vorstand muß nach Reichskanzler-Rescript vom 28. December 1883 die interimistische Ergänzung nur durch Wahl der Generalversammlung, und darf nicht durch Cooptation der verbliebenen Vorstandsmitglieder geschehen. Bei Hilfskassen, welche mit Vereinen in enger Verbindung stehen (§ 11 II. 1), muß ebenfalls der Vorstand besonders gewählt werden, und tritt nicht ohne Weiteres derjenige der betreffenden Vereine als solcher auch bei den Hilfskassen ein. (Ueber den Vorstand bei Verbänden von Hilfskassen vergl. § 30.) Wahl in der Generalversammlung durch Acclamation ist an sich nicht ausgeschlossen, jedoch nach ihrer Bedeutung gewiß immer nur dann zuzulassen, wenn sie nicht von vorn herein auf Widerspruch stößt. Ein Zwang zur Annahme des Vorstandsamtes und eine Strafe bei Ablehnung desselben ist nicht ausgesprochen, weil eine widerwillig geführte Verwaltung kein Vertrauen verdient. Alles Nähere wegen der Vorstandswahl: namentlich die Auswahl und Anzahl der Aufzustellenden, der Wahlmodus — ob ein einziger Wahlgang für alle oder für jeden derselben ein besonderer, ferner ob mit absoluter oder relativer Stimmenmehrheit —, die feste Zeitdauer oder Widerruflichkeit des Amtes, die Erneuerung des Vorstands — ob allmähliges oder gleichzeitiges Ausscheiden der Mitglieder und dann theilweise oder völlige Neuwahl —, die Befugniß der Generalversammlung zur Absetzung des Vorstands, muß im Kassenstatut (§ 4 I. 5) geregelt werden. — Der § 3 des Hilfskassengesetzes vom 7. April 1876, welcher während des Nichtzustandekommens der Vorstandswahl oder Verweigerung der Vorstands-Pflichten Anordnung des Gemeindevorstands zur Vertretung durch andere Personen, jedoch nur bei Kassen mit Zwangspflicht nach Reichsgesetz vom 8. April 1876 (§ 1), zuläßt und auch in den § 45 des Krankenversicherungs-Gesetzes vom 15. Juni 1883 übergegangen ist, hat mit Aufhebung des Reichsgesetzes vom 8. April 1876 seine Bedeutung verloren und ist im Art. 7 der Novelle vom 1. Juni 1884 ausdrücklich beseitigt.



II.) Eine öffentliche Bekanntmachung der gewählten Vorstandsmitglieder ist nicht vorgeschrieben; damit aber auch andere als die alleinigen Klassengenossen, besonders auch alle, welche mit ersteren in geschäftliche Beziehungen kommen, schon durch einfache Nachfrage bei der Gemeindebehörde die Namen jener schnell und sicher erfahren können, ist im § 17 des Hülfsklassengesetzes — welcher auch in § 34 des Krankenversicherungsgesetzes übergegangen ist — bestimmt, daß die Zusammensetzung des Klassen-Vorstands, sowie jede dabei eingetretene Aenderung dem Vorstande der Gemeinde, in deren Bezirk die Klasse ihren Sitz (§ 9) hat, anzumelden ist. Diese Anmeldung soll entweder persönlich durch den Klassenvorstand oder durch eine beglaubigte schriftliche Erklärung erfolgen. Das Krankenversicherungsgesetz ordnet hierfür eine ständige Frist, das Hülfsklassengesetz keine solche, welche also hier dem Ermessen des Gemeindevorstands überlassen bleibt. Nach der preussischen Ausführungs-Anweisung vom 14. Juli 1884 soll im Falle von Zweifeln über die Identität der anmeldenden Personen oder über die Richtigkeit der Anmeldung die Gemeindebehörde auf dem ihr sonst geeignet erscheinenden Wege den Sachverhalt feststellen, auch ferner über die Anmeldungen ein besonderes Verzeichniß führen und dasselbe vollständig erhalten. — Ist diese Anmeldung nicht geschehen, so kann — nach dem Hülfsklassengesetz, wie auch nach § 34 des Krankenversicherungsgesetzes — eine in der Zusammensetzung eingetretene Aenderung dritten Personen nur dann entgegengesetzt werden, wenn bewiesen wird, daß sie letzteren bekannt war; die Klasse haftet also bis dahin in diesem Falle aus Rechtsgeschäften, welche frühere Klassenvorstände unbefugter Weise noch ferner als solche und Namens der Klasse eingegangen sind.

III.) Die Stellung des Klassenvorstands nach Außen und Innen entspricht wesentlich derjenigen bei Hülfsklassen selbstständiger Gewerbetreibender, deren Errichtung auf § 140 der deutschen Gewerbeordnung beruht. — Derselbe vertritt zunächst die Klasse — nicht aber die einzelnen Mitglieder derselben <sup>1)</sup> — sowohl gerichtlich wie außergerichtlich (§ 10 I); diese Bestimmung im § 16 des Hülfsklassengesetzes findet sich im § 35 des Krankenversicherungsgesetzes wieder. Während aber in letzterem dem Klassenvorstande schon durch das Gesetz selbst unbefchränkte Vertretungsbefugniß und das Recht, die Klasse zu verpflichten, selbst bei denjenigen Geschäften und Rechtshandlungen, für welche sonst gesetzlich eine Specialvollmacht erforderlich ist, verliehen ist, bedarf hier bei den eingeschriebenen Hülfsklassen nach § 18 des Hülfsklassengesetzes der Umfang der Befugnisse des Vorstands, die Klasse nach Außen zu vertreten und zu verpflichten, genauer Bestimmung und Begrenzung im Klassenstatut (§ 4 I. 5), welches also in diesem Punkte gleich einer Vollmacht anzusehen ist, wie denn auch nur durch die, innerhalb der Grenzen solcher Vollmacht im Namen der Klasse vom Vorstand abgeschlossenen Geschäfte die Klasse verpflichtet und berechtigt werden soll. Die vor Zulassung (§ 5 I.) der Klasse von den Vertretern derselben vorgenommenen Rechtsgeschäfte sind für erstere unverbindlich. Die Bestimmung im § 35 des Krankenversicherungsgesetzes, daß klassenstatutarisch auch einem einzigen Mitgliede oder mehreren Mitgliedern des Klassenvorstands die Vertretung nach Außen übertragen werden kann, ist im Hülfsklassengesetz nicht ausgesprochen, wohl aber — gelegentlich des Stimmrechts in der Generalversammlung (§ 25 II.) — in der Novelle ebenfalls als hier zulässig vorausgesetzt. — Um etwaigen particularrechtlichen Schwierigkeiten wegen der Legiti-

<sup>1)</sup> A.-B. 1886. S. 78.



mation des Kassenvorstands zu begegnen, soll nach dem, auch in § 35 des Krankenversicherungs-Gesetzes übergegangenen § 17 des Hülfskassen-Gesetzes zu solchem Zwecke bei allen, auch den das Hypotheken- und Grundschuldwesen betreffenden, Geschäften das nach Art. 18 der Novelle Stempel- und gebührenfrei und ohne Mühe aus dem unter II. erörterten Verzeichniß anzufertigende Zeugniß des Gemeindevorstands, daß die genannten Personen zur Zeit als Mitglieder des Kassenvorstands angemeldet sind, genügen. Der Legitimationspunkt ist im Kassenstatut zu berücksichtigen (§ 4 I. 5 und III. 6).

IV.) Während nach § 35 des Krankenversicherungs-Gesetzes dem Vorstande außer der vorgenannten Vertretung auch die laufende Verwaltung der Kasse nach Maßgabe des Kassenstatuts gebührt, schweigt das Hülfskassen-Gesetz hierüber, überträgt also dieselbe nicht von vorn herein hauptsächlich dem Vorstand, sondern überläßt es zunächst den Kassenmitgliedern und ihrer Generalversammlung, den beiderseitigen Wirkungsbereich näher abzugrenzen. — Nur bei einigen bestimmten Punkten berücksichtigt auch schon das Hülfskassen-Gesetz eine Betheiligung des Vorstands: nämlich bei Berufung der Generalversammlung (§ 25 II.), gegenüber örtlichen Verwaltungsstellen (§ 26 III. IV.), bei Auflösung der Kasse (§ 27 III.), bei der Wahl eines Verbands-Vorstands (§ 30); auch ist in § 45 des Unfallversicherungs-Gesetzes vom 6. Juli 1884 den Vorständen eingeschriebener Hülfskassen die Berechtigung zur Wahl von Bevollmächtigten behufs Theilnahme an Unfall-Untersuchungen beigelegt, jedoch nur dann, wenn jene Kassen dem § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes (§ 19) genügen.<sup>1)</sup> — Weitere Befugnisse des Vorstands sind genau festzustellen und im Kassenstatut auszudrücken (§ 4 I. 5). Regelmäßig gehören dahin: Entgegennahme der Eintritts-Erklärungen (§ 12 I.), Beschließung der Aufnahme (§ 12 II.), Verfügung des Ausschlusses von Mitgliedern (§ 15 III.), Bestimmung von Personen zur Abstattung der Anzeige Aus tretender (§ 14 II.), Ertheilung von Fristen und Stundungen der Beiträge (§ 16. 6), Bescheinigung der Kassenangehörigkeit (§ 19 III. 4), Anzeige von Errichtung örtlicher Verwaltungsstellen (§ 26 VI.), Einsendung der vorgeschriebenen Uebersichten etc. (§ 29 II.), nicht aber Erhebung von Extra Steuern und Aenderung der Beiträge (§ 16. 2 c.) und Unterstützungen (§ 17 V.), noch Beeinflussung der Zusammensetzung der Generalversammlung (§ 25 I.). (Wegen Theilnahme des Vorstands an der Generalversammlung und Stimmrechts in derselben, vgl. § 25 II.) Die einzelnen Personen des Vorstands üben neben dieser allgemeinen Thätigkeit meistens auch noch besondere Mithaltung. Der Vorsitzende nimmt alle schriftlichen und mündlichen Eingänge entgegen, leitet die Sitzungen des Gesamt-Vorstands, auch wohl der Generalversammlung, überwacht die Geschäftsführung des Kassiers (§ 22. 3). Der Schriftführer führt in allen Sitzungen das Protokoll, trägt die gefaßten Beschlüsse in ein besonderes Protokollbuch. Der Kassier besorgt unter Aufsicht des Vorsitzenden die Kassen- und Rechnungsführung (§ 22. 3), erhebt die Beiträge (§ 16. 6), zahlt die Unterstützungen (§ 19 I. 3), meldet die Aus tretenden (§ 14 I.). — Dazu kommen dann häufig noch besondere Revisoren (§ 22. 3), welche von Vorstand oder Generalversammlung gewählt werden, ebenso auch Krankenbesucher zur Ausübung der Krankenkontrolle (§ 15 I. 3; 19 I. 6), welche eine Hauptbedingung für die Leistungsfähigkeit der Kasse ist. — Der Vorstand haftet der Kasse für pflichtmäßige Verwaltung (wegen seiner Absetzung vgl. § 25 III., woneben auch

<sup>1)</sup> M. B. 1885. S. 403.



noch seine sonstige Verantwortlichkeit von Bestand bleibt (§ 29 3 4]). Er übt sein Amt unentgeltlich, mit Ausnahme des Kassiers, dem wohl eine angemessene Remuneration durch die Generalversammlung zugewilligt wird. — Ebenjowenig als im § 23 des Krankenversicherungs-Gesetzes, ist auch im Hülfskassen-Gesetz die Regelung der Beschlufsfassung des Vorstands erwähnt, dieselbe aber doch jedenfalls, wie bei der Generalversammlung, kassenstatutarisch zu ordnen (§ 4 I. 5). — Die Verwaltungskosten endlich (§ 16. 2) treffen hier, anders als nach dem Krankenversicherungs-Gesetz,<sup>1)</sup> die Kasse voll und ganz.

#### § 24.

##### B. Ausschuf.

Gemäß § 19 des Hülfskassen-Gesetzes kann nach freiem Belieben der Kasse dem Vorstand derselben ein Ausschuf zur Seite gesetzt werden, dessen Mitglieder deshalb auch nicht zum Vorstande gehören dürfen und welcher im Kassenstatut berücksichtigt sein muß (§ 4 II. 6). Sein eigentlicher Zweck ist Ueberwachung der Geschäftsleitung und Verwaltung des Vorstands; als Vertrauensorgan der Kassenmitglieder hat er wesentlich die Handlungen des Vorstands zu beobachten und zu prüfen; daß seine Erinnerungen vom Vorstand befolgt werden, hat die Generalversammlung (§ 25 III.) zu bewirken. Er selbst ist kein Vorstand, darf aber auch ebenjowenig Befugnisse der Generalversammlung (§ 25 III.) ausüben. Nach § 22 obigen Gesetzes darf er übrigens Abhaltung außerordentlicher Generalversammlungen veranlassen (§ 25 II.), auch nach § 35 desselben die Wahl von Verbands-Vorständen (§ 30) vornehmen (wegen seiner Verantwortlichkeit vgl. § 29. 3. 4). Die Erhebung von Extrastuern ist ihm — wie dem Vorstande — speziell verboten (§ 16. 2 c.). Seine Wahl und selbst seine nur interimistische Ergänzung geschieht, wie beim Vorstand (§ 23 I.), ausschließlich durch die Generalversammlung; auch ist hier ebenso während des Nichtzustandekommens der Wahl oder wegen Weigerung des Ausschusses betreffs Erfüllung seiner Pflichten ein Einschreiten des Gemeindevorstands jetzt unzulässig (§ 23 I. a. E.).

#### § 25.

##### C. General-Versammlung.

I.) Auf ihr hauptsächlich beruhet die Selbstständigkeit der Kasse. Zu ihr berechtigt sind sämtliche Kassenmitglieder, wenngleich nicht alle mit Stimmrecht (unter II.); auch die Vorstandsmitglieder, falls sie gleichzeitig Kassenmitglieder sind (§ 23 I.), gehören dazu, ebenso weibliche Kassengenossen (§ 11 III. 2); alle müssen aber persönlich anwesend sein und Bestellung von Vertretern durch die Einzelnen ist unzulässig. Während aber nach § 37 des Krankenversicherungs-Gesetzes die ganze Generalversammlung aus Vertretern bestehen muß, wenn die Kasse fünfhundert und mehr Mitglieder zählt, kann hier nach § 21 des Hülfskassen-Gesetzes und Art. 13 der Novelle vom 1. Juni 1884 bei einer beliebigen Uebersahl von Kassenmitgliedern, sodaf ihrer aller Berufung zur Generalversammlung schwierig ist, letztere auch ganz aus Abgeordneten gebildet werden, welche aus der Mitte der stimmfähigen (vgl. unter II.) Kassenmitglieder und von diesen oder den örtlichen Verwaltungsstellen (§ 26 IV.) zu wählen, jedoch zur Annahme nicht gezwungen sind; die Zahl der zu wählenden Abgeordneten muß jedoch, um eine unberechtigte Beeinflussung der Generalversammlung

<sup>1)</sup> Comment. citat. §§ 9 und 10, 35, 64 (zu 40).



durch dieselben zu erschweren, mindestens zwanzig betragen und doppelt so groß sein, als die Zahl der Vorstandsmitglieder; soll hierbei die Wahl nach Abtheilungen — namentlich nach örtlichen Verwaltungsstellen (§ 26), Beitragsfäßen (§ 16. 3) — vorgenommen werden, so muß deren Bildung und die Vertheilung der Abgeordneten auf sie — ebenso wie die ganze Bestimmung über die Zusammenfassung der Generalversammlung (§ 4 I. 6) — durch das Rassenstatut erfolgen. In letzterem muß nach Reichskanzler-Reskript vom 28. Dezember 1883 alles Betreffende genau geregelt werden, um hierbei Willkür des Vorstands möglichst fern zu halten. Die durch § 37 des Krankenversicherungsgesetzes vorgesehene Betheiligung der Aufsichtsbehörde bei der ersten Wahl der Abgeordneten nach Errichtung der Kasse ist hierher nicht ausgedehnt. — Die erste förmliche Generalversammlung tritt nach Genehmigung des Rassenstatuts (§ 5 I.) zusammen. Der § 23 des Hülfskassen-Gesetzes, welcher während des Nichtzustandekommens der Generalversammlung Wahrnehmung ihrer Befugnisse durch den Gemeindevorstand, jedoch nur bei Kassen mit Zwangspflicht nach Reichsgesetz vom 8. April 1876 (§ 1), zuläßt und auch in § 45 des Krankenversicherungsgesetzes übergegangen ist, hat mit Aufhebung des ersteren Gesetzes seine Bedeutung verloren und ist im Artikel 7 der Novelle vom 1. Juni 1884 ausdrücklich aufgehoben. — Die ebenfalls auf Gesetz vom 8. April 1876 beruhende, im § 21 des Hülfskassen-Gesetzes ausbedungene, auch nach § 38 des Krankenversicherungsgesetzes für dessen Einrichtungen geltende Theilnahme der Arbeitgeber an der Generalversammlung ist mit jener Verordnung gefallen und durch Artf. 7 der Novelle ausdrücklich für die eingeschriebenen Hülfskassen aufgehoben (§ 4 I. 6).

II.) Wenngleich sämtliche anwesende Rassenmitglieder an der Generalversammlung theilnehmen dürfen, haben dennoch nach § 21 des Hülfskassen-Gesetzes nur diejenigen unter ihnen, welche großjährig sind, also das 21. Lebensjahr vollendet haben, und im Besiz der bürgerlichen Ehrenrechte sind, ein Stimmrecht daselbst; im Gegensatz hierzu sind nach § 37 des Krankenversicherungsgesetzes überhaupt nur solche schon zum Besuche der Generalversammlung berechtigt. — Jenes Stimmrecht ist für alle Kassengenossen ohne Unterschied gleich, kann ihnen kassenstatutarisch nicht geschmälert, ebensowenig aber auch durch Rassenstatut auf Minderjährige oder Ehrlose ausgedehnt werden. Jedoch können nach dem Hülfskassen-Gesetze Mitglieder, welche mit Beiträgen im Rückstande sind (§ 16. 6), von der Theilnahme an der Abstimmung ausgeschlossen werden, und bedarf dies deshalb nicht einmal kassenstatutarischer Bestimmung; auch haben nach Artf. 7 der Novelle diejenigen Mitglieder des Vorstands, welche die Kasse gerichtlich und außergerichtlich vertreten (§ 23 III.), in der Generalversammlung nur eine beratende Stimme. — Die Abhaltung von Generalversammlungen hat nicht gerade am Sitze der Kasse (§ 9), sondern nach § 22 des Hülfskassen-Gesetzes und Artf. 14 der Novelle nur innerhalb des deutschen Reiches an einem Orte zu geschehen, an welchem die Kasse eine örtliche Verwaltungsstelle (§ 26) hat; letztere kann also bei weitverzweigten Kassen mit mehreren örtlichen Verwaltungsstellen angemessen wechseln. — Ueber die Berufung der Generalversammlung muß kassenstatutarisch das Nähere bestimmt werden (§ 4 I. 6). Die ordentlichen Generalversammlungen pflegen zeitlich festgesetzt zu sein, so daß es dort überall keiner Berufung bedarf; anders dagegen bei außerordentlichen. Ihre Berufung ist schon an sich als Ausfluß der Geschäftsleitung Sache des Vorstands (§ 23 IV.); nach dem Hülfskassen-Gesetz § 22 ist der Vorstand dazu verpflichtet, wenn der Ausschuß (§ 24) oder



der zehnte Theil der stimmfähigen Mitglieder dies verlangt; nach § 33 des Gesetzes und Artif. 17 der Novelle geschieht hier die Berufung durch die Aufsichtsbehörde (§ 29. 2), falls der Vorstand solcher Pflicht nicht genügt. Nach § 22 des Gesetzes ist bei der Berufung auch der Gegenstand der Berathung anzugeben, widrigenfalls über denselben, soweit er nach Normalstatut (§ 3) nicht die Leitung der Versammlung und einen Antrag auf Berufung einer außerordentlichen Generalversammlung betrifft, eine Verhandlung und Entscheidung ausgeschlossen ist. — Die Leitung der Generalversammlungen gebührt regelmäßig dem Vorsitzenden des Vorstands (§ 23 IV.). — Ueber die Art der Beschlußfassung in der Generalversammlung, namentlich Gewinnung der nothwendigen Stimmenmehrheit, muß das Kassensstatut Vorschriften enthalten (§ 4 I. 6). (Ueber das Erforderniß verstärkter Majorität bei Statuten-Änderungen vergl. § 25 III., bei Auflösung vgl. § 27 I.) Die auf Reichsgesetz vom 8. April 1876 beruhende, im § 23 des Hülfskassen-Gesetzes vorgesehene Berechtigung des Gemeindevorstands zur Wahrnehmung der Befugnisse der Generalversammlung, so lange die durch das Kassensstatut vorgeschriebene Beschlußfassung der Generalversammlung nicht zu Stande kommt, ist mit ersterem Reichsgesetze hinfällig geworden und durch Artif. 7 der Novelle ausdrücklich aufgehoben. (Wegen Schließung der Kasse bei ungesetzlichen Beschlüssen der Generalversammlung vgl. § 28 II. 3.)

III.) Die Befugnisse der Generalversammlung sind zunächst schon durch das Hülfskassen-Gesetz festgestellt: sie umfassen die Wahl des Vorstands (§ 23 I.) und des Ausschusses (§ 24), Betheiligung bei der Auflösung (§ 27), bei der Gründung von Verbänden (§ 30); auch bedürfen nach § 20 des Hülfskassen-Gesetzes und nach Artikel 12 der Novelle Änderungen des Kassensstatuts (§ 6), also auch alle Änderungen der Beiträge und Unterstützungen (§§ 16. 2 c., 17 V., 23 IV.), sowie Errichtung örtlicher Verwaltungsstellen (§ 26 II.) ihrer Genehmigung, welche regelmäßig eine verstärkte Majorität und betreffende Kassensstatutarische Bestimmung (§ 4 I. 7) erfordert. — Soweit ferner, nach § 20 des Hülfskassen-Gesetzes, die Angelegenheiten der Kasse nicht durch den Vorstand (§ 23 III. IV.) oder den Ausschuß (§ 24) wahrgenommen werden, steht die Beschlußnahme darüber der Generalversammlung zu und ist möglichst im Kassensstatut abzugrenzen (§ 4 I. 6). Dahin gehören regelmäßig: Entscheidung wegen Aufnahme von Kassensmitgliedern (§ 12 II.), wegen ihres Ausschlusses (§ 15 III.), Abnahme der Jahresrechnung (§ 22. 3), Absetzung der Vorstandsmitglieder (§ 23 IV.), Remuneration des Kassiers (§ 23 IV.), auch wohl Wahl der Revisoren und Krankenbesucher (§ 23 IV.), Fürsorge für Beachtung der Erinnerungen des Ausschusses durch den Vorstand (§ 24), Beschlußfassung über alle Angelegenheiten, welche ihr vom Vorstand oder von der örtlichen Verwaltungsstelle vorgelegt werden, nicht aber über Vermögens-Verwendung bei der Auflösung (§ 27 II.). — Nach derselben Gesetzesstelle kann die Generalversammlung ihre Befugnisse dritten Personen nicht übertragen, also auch selbst nicht Mitgliedern des Ausschusses (§ 24) oder der örtlichen Verwaltungsstellen (§ 26 II.) über deren gesetzlich begrenzten Wirkungskreis hinaus.

## § 26.

### D. Örtliche Verwaltungsstelle.

I.) Eingeschriebene Hülfskassen, deren Umfang (§ 8) und Wirksamkeit (§ 11 III. 1) sich, im Gegensatz zu den engeren Einrichtungen des Krankenversiche-



rungs-Gesetzes<sup>1)</sup>, örtlich weithin erstrecken kann, bedürfen dann einzelner Zweigstationen, um theils ihren, vom Sitze der Hilfskassen (§ 9) entfernter wohnenden Mitgliedern ihre Betheiligung zu erleichtern, theils dem Rassenvorstand geeignete Hilfsorgane zu gewähren. Solche sog. örtliche Verwaltungsstellen können nach Artf. 11 § 19 a. der Novelle vom 1. Juni 1884 für bestimmte Bezirke, nicht also für gewisse Klassen der Rassenmitglieder, von den Hilfskassen errichtet werden. — Verschieden hiervon sind die Rassen-Verbände (§ 30), welche aus mehreren an sich selbstständigen und nur rücksichtlich bestimmter gemeinschaftlicher Einrichtungen mit einander in nähere Beziehung gebrachten Hilfskassen bestehen.

II.) Schon das Hilfskassengesetz vom 7. April 1876 § 4 a. E. kennt örtliche Verwaltungsstellen, jedoch nur für Erhebung der Beiträge und Auszahlung der Unterstützungen, und noch das Reichskanzler-Reskript vom 28. Dezember 1883 gebietet diese Einschränkung ihres Wirkungskreises. Weil aber die Nützlichkeit jener immer mehr zu Tage getreten, hat die Novelle Artf. 11 § 19 a. und b. hierbei erweiterte Befugnisse zugestanden, außer welchen aber nach § 19 c. keine anderen beigelegt werden dürfen (§ 25 III.). Da die Verleihung dieser Befugnisse nicht gesetzlich obligatorisch, sondern dem Ermessen der Hilfskassen anheimgelassen ist, muß sie, sowie auch ihr innerhalb der gesetzlichen Grenzen beabsichtigter jedesmaliger Umfang, im Rassenstatut ihren Ausdruck finden (§ 4 I. 6 a und II. 8); in demselben brauchen jedoch überhaupt nur erst die Vorbehalte und Voraussetzungen für Errichtung örtlicher Verwaltungsstellen und ihr künftiger Wirkungskreis, nicht schon ihre Namen und Bezirke, genannt zu werden.

III.) Nach vorausgeführtem Gesetze können jetzt die örtlichen Verwaltungsstellen:

Beitritts-Erklärungen entgegennehmen (§ 12 I. II.), nicht aber förmlich neu aufnehmen,

Austritts-Meldungen empfangen (§ 14 I.), nicht aber Ausschluß verfügen (§ 15 III.),

Handzeichen Schreibsunkundiger beglaubigen (§ 12 I.),

Rassenbeiträge erheben (§ 16. 6.),

Stundungs-gesuche entscheiden (§ 16. 6.),

Unterstützungen auszahlen (§ 19 I. 3), aber nicht selbst bewilligen,

eingehende Gelder bis zum Belaufe einer nach dem Durchschnitt mehrerer Jahre zu ziehenden halben Jahresausgabe zum Zweck des Betriebes verwahren und anlegen (§ 22. 4);

jedoch ist auch der Rassenvorstand (§ 23 IV.) unbehindert, jederzeit dieselben ganz oder theilweise zur Kasse einzuziehen, welche dann aber auch nöthige Vor- und Zuschüsse an die örtliche Verwaltungsstelle zu leisten hat;

endlich Einrichtungen zur Wahrnehmung der Krankenkontrolle treffen (§ 15 I. 3.).

Noch ist durch Artikel 15 § 27 der Novelle der örtlichen Verwaltungsstelle die, deshalb kassenstatutarischer Erwähnung nicht bedürfende, Pflicht auferlegt, die in ihrem Bezirke sich aufhaltenden ausscheidenden Mitglieder auf Erfordern den betreffenden Aufsichtsbehörden anzuzeigen (§ 14 II.). Generalversammlungen der Kasse werden immer am Sitz einer örtlichen Verwaltungsstelle derselben abgehalten (§ 25 II.). Da örtliche Verwaltungsstellen keine juristische Persönlichkeit haben, entbehren sie selbst auch der Rechtsfähigkeit derselben (§ 10. 1)

<sup>1)</sup> Commentar citat. §§ 5, 16, 60, 73; N.-B. 1885 S. 256.



und können hierbei nur von der eingeschriebenen Hülfskasse, welcher sie angehören, vertreten werden. — Die der örtlichen Verwaltungsstelle bei Ausübung ihrer Obliegenheit erwachsenden Kosten sind von ihr selbst zu bestreiten<sup>1)</sup>.

IV.) Noch kann der Versammlung derjenigen Kassenmitglieder, für welche die örtliche Verwaltungsstelle errichtet ist und auf welche die für Generalversammlungen der ganzen Kasse geltenden formellen Bestimmungen (§ 25 II.) angemessene Anwendung finden werden, kassenstatutarisch die Befugniß beigelegt werden:

die geschäftsführenden Personen der örtlichen Verwaltung und den Kassenarzt (§ 19 I. 1) für den Bezirk der letzteren zu wählen, jedoch nur mit Bestätigung des Kassenvorstands (§ 23 IV.), welcher auch jene, wenn sie ihren Pflichten nicht genügen, beseitigen und durch andere ersetzen darf, woneben auch noch ihre sonstige Verantwortlichkeit (§ 29. 3. 4) zur Frage kommt;

Kassenrevisoren (§ 22 III.; 23 IV.) für die Kassen der örtlichen Verwaltungsstelle und Krankenbesucher (§ 23 IV.) für den Bezirk der letzteren zu wählen — dies alles aber, weil weniger wichtig, ohne vorstehende Betheiligung des Kassenvorstands,

einen oder mehrere Abgeordnete zur Generalversammlung (§ 25 I.) zu wählen, wenn dieselbe statutengemäß aus ersteren besteht,

Anträge und Beschwerden in Angelegenheiten der Kasse (§ 25 III.) an die Generalversammlung zu richten.

V.) Die Zulassung (§ 5 I.) einer eingeschriebenen Hülfskasse, welche örtliche, selbst in anderen deutschen Bundesstaaten gelegene Verwaltungsstellen errichtet, ist nach § 4 a. E. des Hülfskassen-Gesetzes und Artikel 3 der Novelle bei derjenigen Verwaltungsbehörde zu erwirken, in deren Bezirk jene ihren Sitz (§ 9) nimmt; sie braucht sich deshalb am Sitze der örtlichen Verwaltungsstellen nicht um Zulassung zu bemühen.

VI.) Weil die Aufsichtsbehörden (§ 29. 1) nicht nur die eingeschriebenen Hülfskassen selbst, welche in ihrem Bezirke ihren Sitz (§ 9) haben, sondern auch die innerhalb ihres Bezirkes befindlichen örtlichen Verwaltungsstellen auswärtiger eingeschriebener Hülfskassen zu überwachen haben, schreibt Artif. 11 § 19 d. der Novelle vom 1. Juni 1884 vor:

Die betreffende Hülfskasse — oder vielmehr regelmäßig deren Vorstand — hat der Aufsichtsbehörde, in deren Bezirk sie ihren Sitz hat, von Errichtung jeder örtlichen Verwaltungsstelle unter Angabe des Sitzes und Bezirks derselben und unter Bezeichnung der die Geschäfte derselben zur Zeit führenden Personen, binnen zwei Wochen Anzeige zu machen; von den zur Zeit der Publikation der Novelle bereits bestehenden eingeschriebenen Hülfskassen war diese Anzeige nach Artif. 20 der Novelle binnen 3 Monaten nach Inkrafttreten der letzteren zu erstatten. Die Aufsichtsbehörde hat, falls die örtliche Verwaltungsstelle ihren Sitz im Bezirke einer anderen Aufsichtsbehörde hat, dieser jene Anzeige mitzutheilen. Endlich hat solche örtliche Verwaltungsstelle selbst von jeder Aenderung ihres Bezirkes oder der Zusammensetzung ihrer geschäftsführenden Personen, sobald die neu gewählten vom Kassenvorstande bestätigt sind (oben bei IV.), der Aufsichtsbehörde ihres Sitzes Meldung zu machen. — Unterlassungen unterliegen den Strafbestimmungen des § 29. 3.

<sup>1)</sup> A. = B. 1886 S. 227.



## XIV. Ende der eingeschriebenen Hülfskassen.

### § 27.

#### A. Durch Auflösung.

I.) Im Gegensatz zu den Einrichtungen des Krankenversicherungs-Gesetzes, welche hierzu einer Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde bedürfen,<sup>1)</sup> können die eingeschriebenen Hülfskassen nach § 28 des Hülfskassen-Gesetzes in der Fassung des Art. 7 a. E. der Novelle sich jederzeit freiwillig auflösen. Am häufigsten wird dies geschehen, wenn es sich um Erhöhung der Beiträge (§ 22. 2) oder sonst um Schließung (§ 28 II. 5) handelt. Erforderlich ist aber ein Beschluß der Generalversammlung (§ 25 III.), welcher auch obendrein — zum Schutze der an Erhaltung der Kasse interessirten, weil schon jetzt oder bald der Unterstützung bedürftigen, Kassengenossen — unter Zustimmung von mindestens vier Fünftheilen der in der Generalversammlung anwesenden stimmfähigen (§ 25 II.) Mitglieder gefaßt werden muß.

II.) Die durch ihren freiwilligen Beitritt zu eingeschriebenen Hülfskassen von der Angehörigkeit an die Einrichtungen des Krankenversicherungs-Gesetzes Befreiten (§ 19 a. A. und III.) fallen nach Aufhören der ersteren den letzteren ohne Weiteres zu. — Daß bei der Auflösung der Kassen aber etwa vorhandene Vermögen (§ 22. 4) derselben ist zunächst selbstverständlich zur Tilgung von Kassenschulden (§ 10. 3), demgemäß also auch nach § 31 des Hülfskassen-Gesetzes zur Deckung der vor dem Zeitpunkte der Auflösung bereits eingetretenen Unterstützungsverpflichtungen (§ 18 ff.) zu verwenden und im zu berechnenden Betrage derselben einzubehalten, wie dies auch durch § 47 des Krankenversicherungs-Gesetzes vorgeschrieben ist. Während aber nach letzterem der dann verbleibende Rest immer denjenigen Krankenversicherungs-Einrichtungen gebührt, welchen die bisherigen Mitglieder der eingeschriebenen Hülfskassen nach deren Auflösung zufallen, ist es hier nach Reichskanzler-Rescript vom 28. Dez. 1883 Sache des Kassenstatuts, von vorn herein Bestimmung über Verwendung solches Restes zu treffen (§ 4 I. 8), und darf diese nicht der letzten Generalversammlung (§ 25 III.) oder der Urabstimmung der letzten Mitglieder überlassen bleiben, wie denn auch die Ueberweisung desselben an einen Verein oder Verband ohne juristische Persönlichkeit rechtlich unwirksam ist; kassenstatutarische Vertheilung desselben unter die letzten Mitglieder ist an sich nicht unzulässig, doch muß dann auch gleichzeitig ein bestimmter Maßstab hierfür — wohl Gesamtbetrag der gezahlten Beiträge, auch mehr oder weniger bald zu erwartende Unterstützungsbedürftigkeit — gesetzt sein.<sup>2)</sup> — Um jeglichen Anreiz auf die Mitglieder zur Auflösung fern zu halten, sollen ihre Verpflichtungen gegen die Kasse bei deren Auflösung nicht geringer sein, als bei ihrem eignen freiwilligen Ausscheiden: dieselben bleiben demgemäß nach § 31 des Hülfskassen-Gesetzes vom Zeitpunkte der Auflösung an noch für diejenigen Beiträge (§ 16 2 a.) — nicht also für Schulden (§ 10. 3) — verhaftet, zu welchen sie das Kassenstatut für den Fall ihres Austritts (§ 14 I.) verpflichtete.

III.) Nach § 30 des Hülfskassen-Gesetzes wird bei der Auflösung die Abwicklung der Geschäfte, sofern die Generalversammlung (§ 25 III.) darüber nicht anderweitig beschließt, durch den Kassenvorstand (§ 23 IV.) bei eigner Verantwortlichkeit (§ 29. 3) vollzogen. Genügt dieser seiner gesetzlichen Ver-

<sup>1)</sup> Comment. citat. §§ 47, 68 2c.

<sup>2)</sup> Vgl. aber A.-B. 1885 S. 86.



pflichtung nicht, so hat die Aufsichtsbehörde diese Versorgung anderen geeigneten Personen unter deren Verantwortlichkeit (§ 29. 3) zu übertragen, auch deren Namen in üblicher Weise bekannt zu machen.

IV.) Um zu verhindern, daß eine soeben erst zur Auflösung gebrachte Kasse nur mit anderem Namen sofort wieder ins Leben trete und neu gegründet (§ 2) werde, soll nach § 32 des Hilfskassen-Gesetzes einer für die gleichen Zwecke und für denselben Mitgliederkreis oder für einen Theil desselben neu errichteten eingeschriebenen Hilfskasse binnen Jahresfrist nach der Auflösung die Zulassung (§ 5) verweigert werden können.

#### § 28.

##### B. Durch Schließung.

1.) Dieselbe beruht, im Gegensatz zu der Auflösung (§ 27 1.), nicht auf dem freien Willen der Kassenmitglieder, sondern wird gerade gegen letzteren von der Behörde verfügt; anders aber, als nach § 47 des Krankenversicherungs-Gesetzes, welches gegebenen Falles unbedingte Schließung gebietet, kann diese nach § 29 des Hilfskassen-Gesetzes hier nur erfolgen, steht also im Ermessen der Behörde, welches sich danach richten wird, ob die Kassenmitglieder bereit und in der Lage sind, die Schließungs-Gründe noch rechtzeitig zu beseitigen.

II.) Als letztere sind im § 29 des Hilfskassen-Gesetzes nach der Fassung des Artif. 16 der Novelle aufgeführt:

- 1) wenn, nach dem Ergebniß der betreffenden Uebersichten und Rechnungsabschlüsse (§ 29. 2), mehr als ein Viertel der Mitglieder mit Einzahlung der Beiträge an die Kasse — nicht aber an die örtliche Verwaltungsstelle <sup>1)</sup> (§ 26 III.) — im Rückstand ist und trotz ergangener Aufforderung der Aufsichtsbehörde (§ 29. 2) binnen der gesetzten Frist weder die Beibehaltung der fälligen Beiträge (§ 10. 4) noch der etwa kassenstatutarisch angedrohte Ausschluß (§ 15 I. 2) der Schuldner erfolgt (§ 16. 6);
- 2) wenn die Kasse trotz Aufforderung der Aufsichtsbehörde mit Zahlung fälliger, nicht streitiger Leistungen während vier Wochen nach dem Zeitpunkt ihrer Fälligkeit im Rückstande ist (§ 17 II.);
- 3) wenn die Generalversammlung einen mit den Vorschriften des Gesetzes oder Kassenstatuts im Widerspruch stehenden Beschluß gefaßt hat (§ 25 II.), und der Auflage der Aufsichtsbehörde, denselben zurückzunehmen, innerhalb der gesetzten, auf mindestens 6 Wochen zu bemessenden, Frist nicht nachgekommen ist;
- 4) wenn zuwider dem § 6 des Hilfskassen-Gesetzes Mitglieder zu Handlungen oder Unterlassungen verpflichtet (§ 11 II. 2), oder entgegen dem § 13 desselben Beiträge von den Mitgliedern erhoben (§ 16. 2 d., § 22. 1), oder Verwendungen aus dem Vermögen der Kasse bewirkt (§ 17 I., § 22. 1) werden. — Diesem entspricht das Reichsgesetz vom 21. Oktober 1878 § 1 und 2, wonach eingeschriebene Hilfskassen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische, auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer, den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen, gefährdenden Weise zu Tage treten, der Schließung unterzogen werden können;

<sup>1)</sup> A.-B. 1885. S. 452.



- 5) wenn im Falle des § 26 Absatz 2 des Hülfskassen-Gesetzes innerhalb der bestimmten Frist die Erhöhung der Beiträge oder die Minderung der Unterstützungssätze in dem festgesetzten Maße nicht erfolgt (§ 22. 2);
- 6) wenn Mitglieder aus einem gesetzlich unzulässigen Grunde aus der Kasse ausgeschlossen werden (§ 15 I.);
- 7) wenn sich ergibt, daß nach § 3 und 4 des Hülfskassen-Gesetzes die Zulassung der Kasse hätte versagt werden müssen, und die erforderliche Abänderung des Statuts innerhalb einer von der höheren Verwaltungsbehörde zu bestimmenden, mindestens sechswochentlichen Frist nicht bewirkt worden ist (§ 6 II.);
- 8) die Eröffnung des Konkursverfahrens (§ 10. 3) über eine eingeschriebene Hilfskasse hat die Schließung kraft Gesetzes, nach § 100 der Reichs-Konkursordnung, zur Folge.
- 9) Endlich ist durch Artikel 19 der Novelle bestimmt, daß die in Grundlage derselben abzuändernden (§ 6 II.), aber nicht bis zum 1. Januar 1885, auch nicht binnen einer, von der höheren Verwaltungsbehörde zu setzenden weiteren Frist abgeänderten eingeschriebenen Hilfskassen geschlossen werden können.

Der in § 47 des Krankenversicherungs-Gesetzes aus dem Sinken der Rassenmitglieder unter 50 Personen entnommene Schließungsgrund gilt für eingeschriebene Hilfskassen nicht, wie denn auch bei Gründung derselben die Anzahl der Beitretenden nicht in Betracht kommt (§ 2).

III.) Gleich der Zulassung dieser Kassen (§ 5), ist auch ihre Schließung Sache der höheren Verwaltungsbehörde, mit Ausnahme der unter II. 8 schon nach Gesetz eintretenden Schließung durch Konkurs. Gegen alle Verfügungen derselben — mögen sie schon bestimmt die Schließung oder nur dahin zielende vorläufige Maßregeln bezwecken — ist nach § 29 des Hülfskassen-Gesetzes für die Kasse, selbstverständlich aber nicht für deren einzelne Mitglieder, der Rekurs zulässig; wegen des Verfahrens und der Behörden gelten die Vorschriften der §§ 20 und 21 der Reichs-Gewerbeordnung. In Elsaß-Lothringen finden statt derselben die dort geltenden Bestimmungen über das Verfahren in streitigen Verwaltungssachen entsprechende Anwendung. — Die bei der Auflösung der Kassen erörterten Grundsätze über das Vermögen derselben (§ 27 II.) finden auch auf ihre Schließung Anwendung, und ist hierüber ebenfalls immer schon im Rassenstatut (§ 4 I. 8) im Voraus zu bestimmen; auch wegen Beitrags-Haftung der letzten Mitglieder (§ 27 II.), sowie wegen Neugründung geschlossener Kassen (§ 27 IV.) gilt bereits Gesagtes. Anders aber, als bei der Auflösung (§ 27 III.), sind hier nach § 30 des Hülfskassen-Gesetzes an der Abwicklung der Geschäfte zunächst weder Generalversammlung noch Vorstand theilhaftig, weil die eignen Rassenorgane hier nicht die nöthige Gewähr für ordentliche Versorgung bieten werden, sondern die Aufsichtsbehörde hat dieselbe sofort anderen Personen zu deren Verantwortlichkeit (§ 29. 3) zu übertragen und deren Namen in üblicher Weise bekannt zu machen.

#### § 29.

### XV. Beaufsichtigung, Strafen.

- 1) Wenngleich den eingeschriebenen Hilfskassen möglichste Freiheit und Selbstständigkeit gewährt ist, vernöthwendigt sich dennoch im öffentlichen Interesse,



und um sie in den gesetzlichen Schranken zu halten, eine staatliche Aufsicht über dieselben und über ihre Organe, welche sich aber auf die Rechte und Pflichten der einzelnen Mitglieder gegenüber ihrer Kasse (§ 10. 2) nicht erstreckt. Nach § 33 des Hülfskassen-Gesetzes in der Fassung des Artif. 17 der Novelle, im Anschluß an § 44 des Krankenversicherungs-Gesetzes, unterliegen deshalb die Kassen und ihre örtlichen Verwaltungsstellen (§ 26 VI.) in Bezug auf die Befolgung dieses Gesetzes der Beaufsichtigung von Behörden, deren Bestimmung den einzelnen deutschen Landesregierungen überlassen ist. Gleichzeitig ist aus § 84 des Krankenversicherungs-Gesetzes der Vorbehalt hierher übertragen, daß mit den von den höheren Verwaltungsbehörden wahrzunehmenden Geschäften — wohin außer Genehmigung des Kassenstatuts und Zulassung der Kasse (§ 5 und 6), Sorge für ihr Gleichgewicht (§ 22. 2), Schließung derselben (§ 28 III.), auch noch das hier zur Frage stehende Aufsichtsrecht gehören kann — nur diejenigen höheren Verwaltungsbehörden zu betrauen sind, welchen nach Landesrecht auch die Aufsicht oder Oberaufsicht in Gemeinde-Angelegenheiten zukommt. — Einer Aufnahme ins Kassenstatut bedürfen diese Aufsichtsbehörden nicht (§ 4 IV. 5).

2) Von den gesetzlichen Befugnissen der Aufsichtsbehörden, welche ebenfalls nicht noch kassenstatutarisch wiederholt zu werden brauchen, sind schon erörtert: ihre Betheiligung an der Anzeige ausscheidender Kassenmitglieder nach § 27 des Hülfskassen-Gesetzes (§ 14 II.), ebenso an der Auflösung der Kassen nach § 30 (§ 27 III.) und an ihrer Schließung nach §§ 29 und 30 (§ 28 II., III.), endlich ihre Vorentscheidung im Streit über Kassenangehörigkeit (§ 19 III. 5) und bei der Unfallversicherung (§ 21 I., III.). — Nach § 27 des Hülfskassen-Gesetzes, welcher auch in § 41 des Krankenversicherungs-Gesetzes übergegangen und dann für ersteres in Artikel 15 der Novelle weiter modifiziert ist, sollen auch die Kassen, theils zur Orientirung der Aufsichtsbehörden über den Stand derselben, theils zu statistischen Zwecken, mit den vom Bundesrath vorzuschreibenden — und in Nr. 42 des Centralblatts für das deutsche Reich 1884 bereits bestimmten — Fristen und Formularen Uebersichten über die Mitglieder (§ 11), über die Krankheits- und Sterbefälle, über die vereinnahmten Beiträge (§ 16) und geleisteten Unterstützungen (§ 17 ff.), sowie einen Rechnungsabschluß (§ 22. 3) der Aufsichtsbehörde einsenden. — Letztere hat gegen noch nicht zugelassene Kassen (§ 5), gegen unzulässigen Anschluß von Mitgliedern (§ 15 I.), auch gegen zweckwidrige Beiträge und Verwendungen (§ 22. 1) einzuschreiten. Nach § 33 des Hülfskassen-Gesetzes müssen die Kassen der Aufsichtsbehörde auf Verlangen jederzeit ihre Bücher, Verhandlungen und Rechnungen im Kassenlokal — abgesehen von Beschlagnahmen wegen Verdachts strafbarer Handlungen also nicht außerhalb desselben — zur Einsicht vorlegen und ordentliche wie außerordentliche Revision der Kassenbestände (§ 22. 4) gestatten. Auch soll die Aufsichtsbehörde die Generalversammlung berufen, falls der Vorstand seinen desfalligen Pflichten nicht genügt (§ 25 II.).

3) Nach § 33 des Hülfskassen-Gesetzes kann die Aufsichtsbehörde die Mitglieder des Kassenvorstands (§ 23) und die geschäftsführenden Personen der örtlichen Verwaltungsstelle (§ 26 IV.), sowie die bei Auflösung oder Schließung einer Kasse mit der Abwicklung der Geschäfte Beauftragten (§ 27 III. und 28 III.) zur Befolgung desselben zunächst durch Androhung, dann durch Festsetzung und Vollstreckung von Geldstrafen bis zu 100 Mark, sowie durch die sonstigen, nach den Landesgesetzen ihr zustehenden Zwangsmittel anhalten. Diese bloßen Ordnungs- oder Ungehorsamsstrafen unterliegen im Gegensatz zu 4 nicht



gerichtlichem Verfahren, auch fehlt bei der Unmöglichkeit ihrer Vertreibung ein gesetzlicher Anhalt zu ihrer Verwandlung in Haftstrafe. Ihre Verhängung neben denjenigen unter 4 ist nicht ausgeschlossen, woneben noch Entfernung der Betroffenen aus ihrem Amte (§ 23 IV., 26 IV.) stattfinden kann. Gegen die Androhung und Festsetzung von solchen Geldstrafen und die Anwendung der Zwangsmittel steht den Kassenvorständen — selbstverständlich aber auch den anderen Vorgenannten — der Rekurs zu; wegen des Verfahrens und der Behörden gelten die Vorschriften des § 20 und 21 der Reichsgewerbeordnung.

4) Während es sich bei 3 um genaue Beobachtung und richtige Ausführung der Vorschriften des Hülfskassen-Gesetzes durch die dazu verpflichteten Organe handelt, kommt hier geradezu ein offenes Zuwiderhandeln gegen dasselbe zur Frage, durch welche das öffentliche Interesse geschädigt wird. Mitglieder des Vorstands (§ 23), des Ausschusses (§ 24), sowie die geschäftsführenden Personen der örtlichen Verwaltungsstelle (§ 26 IV.), welche sich dessen schuldig machen, werden nach § 34 des Hülfskassen-Gesetzes und Artikel 17 der Novelle mit Geldstrafe bis zu 300 Mark belegt, woneben auch noch die anderen Maaßregeln aus 3 je nach der Sachlage zulässig sind. Nach § 1 des deutschen Strafgesetzbuches wird jenes Zuwiderhandeln hier also als Vergehen benommen und gehört deshalb vor das Schöffengericht; die in § 34 des Hülfskassen-Gesetzes enthaltene Bezeichnung als gerichtliche Bestrafung ist freilich in Art. 17 der Novelle weggelassen, aber wohl nur als überflüssig. Wenn jene ferner absichtlich zum Nachtheil der Kasse gehandelt haben, so unterliegen sie der Strafbestimmung des § 266 des Strafgesetzbuches, werden also wegen Untreue mit Gefängniß neben Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und bei der Absicht der Verschaffung eines Vermögensvorteils neben Gefängniß noch mit Geldstrafe bis zu 3000 Mark belegt, insofern nicht noch der Thatbestand anderer Delikte vorliegt; diese Vorschrift ist aus § 34 des Hülfskassen-Gesetzes auch in § 42 des Krankenversicherungs-Gesetzes übergegangen. Dagegen ist die in letzterem enthaltene Bestimmung, daß bei Verwendung von Kassengeldern in eigenem Nutzen die Schuldigen außer sonstiger Ahndung und Ersatzpflicht von der Aufsichtsbehörde auch zur Verzinsung derselben mit acht bis zwanzig Prozent angehalten werden können, in die Novelle nicht mit aufgenommen.

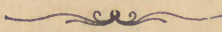
#### § 30.

### XVI. Kassenverband.

Gleichwie eine einzelne eingeschriebene Hülfskasse von größerem Umfange durch Errichtung mehrerer örtlicher Verwaltungsstellen (§ 26 I.) ihren Betrieb erleichtern und vereinfachen kann, dürfen auch nach § 35 des Hülfskassen-Gesetzes, welcher im § 46 des Krankenversicherungs-Gesetzes wesentlich sich wiederfindet, mehrere, meistens auf kleinere Kreise beschränkte, eingeschriebene Hülfskassen, im Uebrigen unter Bewahrung ihrer Selbstständigkeit gegen einander, unter Zustimmung ihrer Generalversammlungen (§ 25 III.) zu gleichen Zwecken eine Vereinigung, einen Verband mit einander schließen. Solche Zwecke sind — wie auch nach dem Krankenversicherungs-Gesetze — die Anstellung eines gemeinsamen Kassen- und Rechnungsführers (§ 22. 3) zur Kostenersparung, Abschließung gemeinsamer Verträge mit Aerzten, Apothekern (§ 19 I. 1 und 2) und Krankenhäusern (§ 20 II. 4), Anlage und Betrieb gemeinsamer Anstalten zur Heilung und Verpflegung erkrankter Mitglieder; ferner aber auch noch — wie bei den örtlichen Verwaltungsstellen — Einziehung der Beiträge auswärtiger Mitglieder (§ 16. 6), Zahlung der Unterstützungen an dieselben (§ 17 II.), Kontrolle der



Unterstützungsfälle; endlich besonders gemeinschaftliche Uebernahme der von den einzelnen Kassen zu tragenden Gefahren im Wege gegenseitiger Rückversicherung. — Die Pflichten und Rechte dieses Verbandes werden durch ein gemeinschaftliches Statut bestimmt, dessen Inhalt je nach dem einzelnen Falle verschieden sein kann, und keiner höheren Genehmigung bedarf. — Der Sitz (§ 9) des Verbandes darf nur an einem Orte sein, wo eine der theilgenommenen Kassen ihren Sitz hat. — Die Vertretung und Verwaltung wird durch einen, aus der Wahl der Vorstände (§ 23 IV.) und Ausschüsse (§ 24) der theilgenommenen Kassen, jedoch nicht aus der Mitte solcher Wähler, hervorgegangenen Vorstand wahrgenommen. — Juristische Persönlichkeit hat der Verband als solcher nicht, so lange die einzelnen Kassen die ihrige (§ 10. 1) festhalten; letztere stehen hier zu einander nur in einem Societäts-Verhältnisse. — Ueber die Verwaltungskosten ist Nichts bestimmt; jedoch werden die betreffenden Vorschriften im § 46 des Krankenversicherungs-Gesetzes, wonach jene durch Beiträge der theilgenommenen Kassen unter Umlage nach der Zahl der Kassenmitglieder oder unter anderweitiger Vereinbarung zu decken sind, auch hier entsprechende Anwendung finden. — Die Aufsicht (§ 29. 1) wird von der höheren Verwaltungsbehörde desjenigen Bezirks geübt, in welchem der Vorstand seinen Sitz hat; das Statut ist auch zu ihrer Kenntniß zu bringen, und sie kann gegen unzulässige Bestimmungen desselben einschreiten. Die Auflösung des Verbandes erfolgt durch Vereinbarung der betreffenden Kassen, im Uebrigen nach Maßgabe des Statuts. Falls die einzelnen Kassen vollständig in den Verband aufgehen, kann sich dieser ohne Mühe in eine einheitliche Kasse mit örtlichen Verwaltungsstellen umwandeln.





# Register.

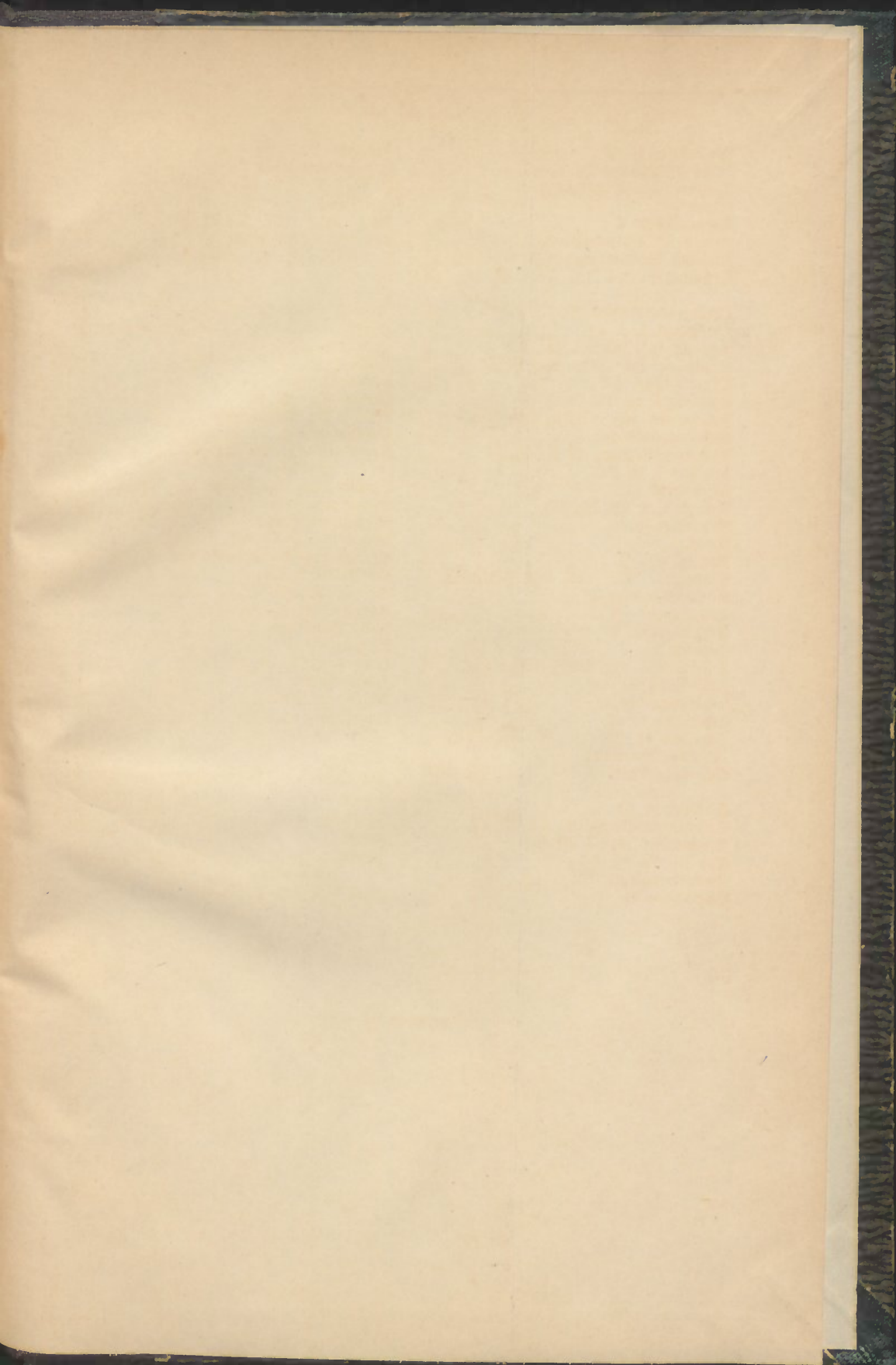
(Die Zahlen bezeichnen die Seite.)

- Abgeordnete 48 ff., 52.  
Ablösung von Arzt pp. 34, 35, 39, 41, 42.  
Administrativverfahren 12, 25; vgl. Aufsicht, Rekurs, Verwaltungstreitverfahren.  
Ältere Hilfsklassen 1, 2, 3, 9, 30.  
Änderung des Kassensatzes 8 ff., 10, 50, 55.  
Allgemeine Hilfsklasse 10, 13.  
Altersversorgung 1, 9.  
Anlage vgl. Belegung.  
Anrechnung der Unterstützungen 24, 25.  
Arbeitgeber vgl. Generalversammlung, Meldung, Vorschüsse, Vorstand, Zuschüsse.  
Arbeitsfähigkeit vgl. Erwerbsfähigkeit.  
Arbeitslohn vgl. Tagelohn.  
Armenunterstützung 20, 24, 32.  
Arznei 27, 38, vgl. Ablösung, Heilmittel.  
Arzt 27, 28, 30 ff., 38, 39, 41, 52, 57, vgl. Ablösung.  
Aufsicht 55 ff., 58.  
Ausschluß 18 ff., 26.  
Ausschuß 48, 57.  
Ausschweifung vgl. Selbstverschuldung.  
Austritt 17 ff.  
Banken 44.  
Beglaubigung der Handzeichen 15, 51.  
Beiträge 20 ff., 43.  
Beitritt vgl. Eintritt.  
Beitrittszwang 1, 2, 3, 27, 29, 35; vgl. Zwangskasse.  
Belegung von Geldern 44.  
Berufsgenossenschaft 13, 16, 19, 42.  
Beschuldigungen 7, 8, 37.  
Betriebsunternehmer 42.  
Betrug 18, 19.  
Beweis, der Mitgliedschaft 36, 37.  
Binden 30.  
Brillen 30, vgl. Kurzsichtigkeit.  
Bruchbänder 30.  
Buchführung vgl. Rechnungsführung.  
Cession, der Forderungen 25, 26.  
Dingliche Rechte 10.  
Doppelversicherung 3, 14, 15, 17, 24, 26.  
Ehefrauen vgl. Familienangehörige.  
Eigentumsverwerb 10.  
Einschreiben 1, 2, 6 ff.  
Eintritt 12 ff.  
Eintrittsgeld 15, 16, 42.  
Erlöschen der Mitgliedschaft 16.  
Ersatzforderungen 25, 26, 42.  
Erwerb der Mitgliedschaft 12 ff.  
Erwerbsfähigkeit 13, 19, 22, 31, 32, 35, 39.  
Erektion 12, 19; vgl. Rückstände.  
Erektionen 21, 48.  
Fahrt, Erkrankung auf derselben 25.  
Familienangehörige 28, 30, 31, 38 ff.  
Formulare 56.  
Freizügigkeit 36.  
Gebührenfreiheit 47.  
Gefängnis 57.  
Gegenseitigkeit 20, 24.  
Gemeindevorstand 6, 45 ff.  
Generalversammlung 48 ff.  
Gerichtsstand 11.  
Gerichtliches Verfahren 11, 12, 15, 18, 20, 25, 38, 42, 46, 57.  
Gesellschaft vgl. Verein.  
Gründung 3, 4, 6 ff., 54, 55.  
Haftstrafe 57.  
Handzeichen vgl. Beglaubigung.  
Hebamme 30, 39, 40; vgl. Schwangerschaft, Wochenbett.  
Heilmittel 27, 28, 30 ff., 38, 40, 41, 57; vgl. Ablösung.  
Höhere Verwaltungsbehörde 56.  
Höchstleistungen 27, 28, 38 ff.  
Hilfsklassengesetze 1 ff.  
Invalidenpensionen 9.  
Juristische Person 1, 3, 10 ff., 46, 51, 53, 58.  
Karenzen 24, 26, 27, 31, 40, 41.  
Kassenführung 42 ff., 57.  
Kassensatz 4 ff., 15, 58.  
Kassenverband 57 ff.  
Kassier 23, 44, 47, 48.  
Kinder vgl. Familienangehörige.  
Klassifikation 22, 23, 28, 39.  
Klumpfüße 9.  
Konkurs 55.  
Kostenvorschuß 11.  
Krankenbesucher 47, 52.  
Krankengeld 30 ff., 38, 39.  
Krankenhaus 27, 31, 38, 40, 57.  
Krankenkontrolle 19, 33, 47, 57.  
Krankenunterstützung 24 ff., 43.  
Krankheit, Begriff 9, 32, 41; vgl. Selbstverschuldung.  
Kreditirte Waaren 43.  
Kündigung 17.  
Kurzsichtigkeit 9, vgl. Brillen.  
Landarmenverband 25.  
Landesrechtliche Hilfsklassen 3, 29.  
Lebensfähigkeit der Kassen 4, 43.  
Mängel, körperliche vgl. Heilmittel.  
Meldung der Arbeiter 2, 15, 17, 18, 20, 36, 51.



- Meldestelle 18, 20.  
 Mindestleistungen 27 ff., 38.  
 Mißbildung, körperliche 9.  
 Name 10.  
 Normalstatut 4.  
 Nutzen der Hülfsklassen 3.  
 Örtliche Verwaltungsstelle 50 ff., 56, 57.  
 Ordnungsstrafen 12, 18, 19, 33, 43, 56, 57.  
 Ortsarmenverband 25.  
 Ortsstatut 1, 2, 27.  
 Papiere auf Inhaber 44.  
 Pfändung vgl. Unübertragbarkeit.  
 Protokollbuch 47.  
 Quittungsbuch 16, 23, 37.  
 Kaufhandel vgl. Selbstverschuldung.  
 Rechnungsabluß 56.  
 Rechnungsführung 42 ff., 56, 57.  
 Register 7, 8, 10.  
 Reichsbank 44.  
 Refers 7, 8, 18, 55, 57.  
 Reiserbefonds 43, 44.  
 Revision 56.  
 Revisor 44, 47, 52.  
 Rückstände 19, 23, 25; vgl. Exekution.  
 Rückversicherung 58.  
 Schenkungen 43.  
 Schiedsgericht 11.  
 Schielen 9.  
 Schlagereien vgl. Selbstverschuldung.  
 Schließung 54, 56.  
 Schöffengericht 57.  
 Schriftführer 47.  
 Schulden 11, 21, 53; vgl. Vermögen.  
 Schuldverschreibung 44.  
 Schwangerschaft 9, 14; vgl. Hebamme, Wochenbett.  
 Selbstmord 29.  
 Selbstverschuldung 29, 33, 35, 41.  
 Simulation 19, 27, 32 ff.  
 Sitz 10, 16, 52, 58.  
 Sozialdemokratie 54.  
 Sparkassen 44.  
 Statistik 56.  
 Stempelfreiheit 47.  
 Sterbegeld 1, 9, 10, 28, 31, 33, 40, 42.  
 Stundung 23.  
 Tagelohn 22, 27, 28, 31, 39.  
 Tod 16; vgl. Sterbegeld.  
 Trunkfälligkeit vgl. Selbstverschuldung.  
 Ueberfichten 56.  
 Umfang 10.  
 Unfallversicherung 42, 47.  
 Ungehorsamsstrafen vgl. Ordnungsstrafen.  
 Unübertragbarkeit 25.  
 Verband vgl. Klassenverband.  
 Verbandzeug 30.  
 Vereine 12, 20, 45.  
 Verlust der Mitgliedschaft 16 ff.  
 Vermächtniß 43.  
 Vermögen 11, 23, 42 ff., 53 ff.; vgl. Schulden.  
 Verpfändung vgl. Unübertragbarkeit.  
 Verwaltungsbehörde vgl. höhere.  
 Verwaltungskosten 43, 48, 52, 58.  
 Verwaltungsstelle vgl. örtliche.  
 Verwaltungsstreitverfahren 7, 8, 42, 55.  
 Vorschüsse 2, 21.  
 Vorsitzender 47.  
 Vorstand 45 ff., 49, 56 ff., 58.  
 Waisenpensionen 1, 9.  
 Wegzug 19.  
 Wiedereintritt 15, 16.  
 Wilde Klassen 1.  
 Wittwenpensionen 1, 9.  
 Wochenbett 30, 31, 38, 40; vgl. Hebamme, Schwangerschaft.  
 Wundarzt 30, 39.  
 Zahl der Mitglieder 4, 55.  
 Zinsen 43.  
 Zulassung 6 ff., 52.  
 Zuschüsse 2, 5, 21.  
 Zwangsklassen 3, 9, 45, 49, 50; vgl. Beitrittszwang.  
 Zweck 9 ff., 21, 24, 54.

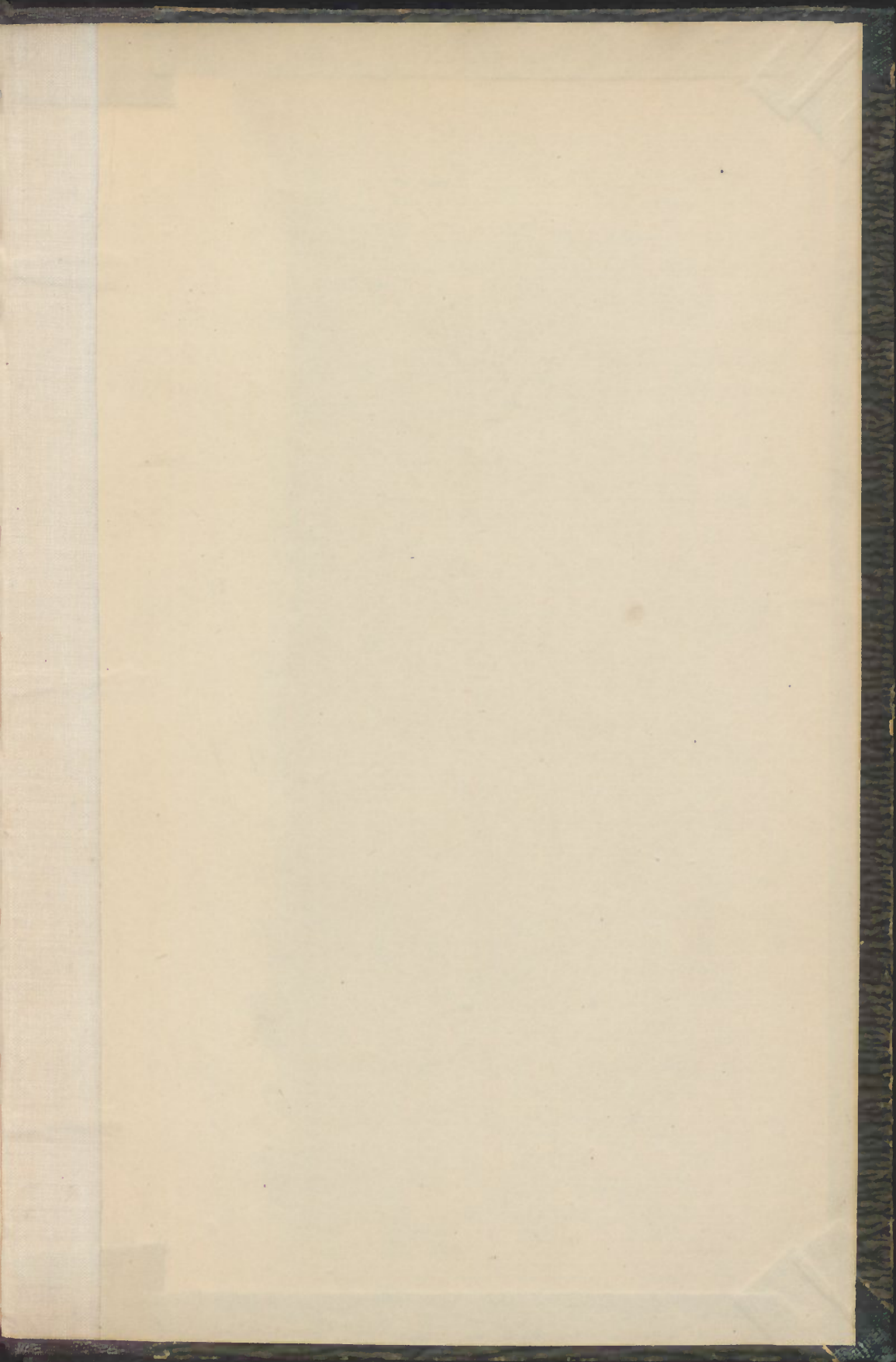
















206\$0796854X